

H. lit. U.

149

o

Staat, Gemeinde, Kirche, Schule,

insbesondere

U n i v e r s i t ä t e n

und ihre

R e f o r m.

Ein Beitrag zur Unterrichtsfrage und eine Ansprache an die
Deutschen Parlamente

von

Carl von Kaltenborn.

Halle,

Druck und Verlag von H. W. Schmidt.

1848.

Staat, Gemeinde, Kirche, Schule;

insbesondere

Universität

und ihre

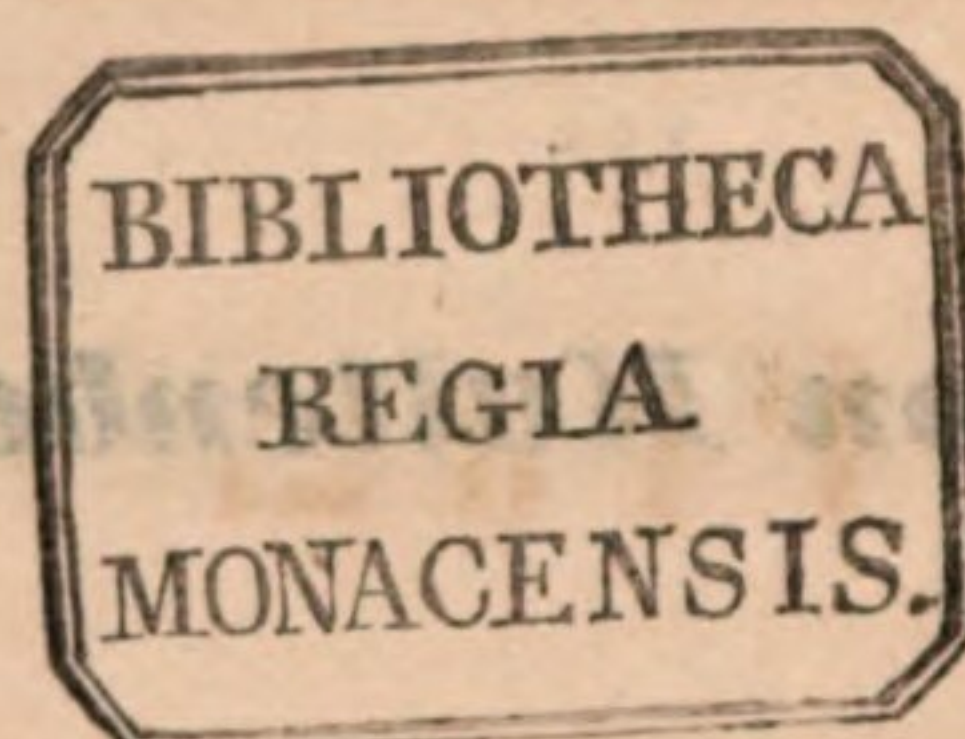
Historie

von 1806 bis 1818

Ein Beitrag zur Unterrichts- und Erziehungs-Geschichte von der

deutschen Pädagogik

von H. W. Schmidt



München

Verlag von H. W. Schmidt

1818

Zur

500jährigen Jubelfeier

der

ältesten Universität Deutschlands

Prag.

Front

108

500ährigen Jubeljahr

der

Alten Universität Deutschlands

1525

Vorwort.

Die Universitäten sind auf uns als ein edles Erbstück aus früheren Zeiten gekommen, und es ist für uns eine Ehrensache, ihren Besitz wo möglich vermehrt, wenigstens unverkürzt, den kommenden Geschlechtern zu überliefern. Ob sie steigen, ob sie sinken werden, das ist zunächst in unsere, des gegenwärtigen Geschlechts, Hände gelegt. Das Urtheil der Nachkommen wird uns darüber Rechenschaft abfordern.

Friedr. Carl von Savigny.

Grosse Ideen bewegen und erschüttern die jüngste Gegenwart. Die Zeit ringt mit schweren Geburten. Mögen wir einer grossen, glücklichen Zukunft entgegengehen! Leider ist zu bekennen, dass wilde Aufregung und blinde Leidenschaft noch allzu sehr mitbestimmend sind bei der Umbildung der Gegenwart und bei der Gestaltung der nächsten Zukunft unseres Deutschen Lebens, und doch soll und darf das nicht sein, wenn anders ein fester und sicherer Bau des Deutschen Lebensorganismus für und durch die Nation zu Stande kommen soll. In solchen Zeiten ist es denn fürwahr Beruf und heilige Pflicht eines jeden Patrioten, der, frei von Leidenschaft und Parteilichkeit, mit ruhiger Ueberlegung und mit einer allgemeinen objectiven Ansicht von den Dingen, irgend eine wichtige Frage der Gegenwart beurtheilen und beantworten zu können glaubt, ohne falsche Scheu hervorzutreten und sein Scherflein auf dem Altare des Vaterlandes niederzulegen. Man wird auf alle Fälle den guten patriotischen Willen ehren müssen, selbst wenn das Unternehmen von einem glücklichen Erfolge nicht begleitet sein sollte, sei es durch Zufälligkeiten,

sei es wegen der Leidenschaftlichkeit der Gegner, sei es endlich wegen der Geringfügigkeit der dargebrachten Gabe. In magnis voluisse sat est.

Diese Gedanken haben den Verfasser vermocht, seine Ansichten über einige wichtige Fragen in Betreff der Reform unserer Deutschen Universitäten von einem möglichst principiellen Standpunkte aus darzulegen und zu veröffentlichen, obgleich er sehr wohl einsieht, er werde diese wichtigen Fragen nicht erschöpfen können und zwar um so weniger, als er, zur Zeit der Abfassung dieser Schrift, durch eine andere damals eben absolvirte und publicirte grössere literarische Arbeit vielleicht noch zu angegriffen war, um mit der ganzen Frische und Kraft des Geistes den dargebotenen Stoff bewältigen zu können. Indessen dem mag nun sein wie ihm wolle, des Verfassers Wille ist der beste, und hofft derselbe durch seine Schrift wenigstens anregend zu wirken. Uebrigens wollte der Verfasser vorzüglich nur Andeutungen geben. Dies möge der Leser nicht vergessen und demnach besonders die Anordnung des Stoffes, sowie die Form der Darstellung nicht zu scharf kritisiren. Zeit und Ruhe zur letzten Ausfeilung waren nicht vergönnt.

Uebrigens scheint es angemessen, den Leser schon im Voraus darauf aufmerksam zu machen, dass der Verfasser, welcher sich allerdings vorzugsweise mit Jurisprudenz und Politik beschäftigt, keineswegs lediglich oder auch nur vorzugsweise vom einseitig juristischen oder politischen Standpunkte die vorliegenden Fragen in dieser Schrift hat erörtern wollen.

Endlich gereicht es dem Verfasser zur besonderen Genugthuung, dass manche von seinen Reformvorschlägen durch die inzwischen (gegen Ende des Druckes der Schrift) erfolgten Beschlüsse des Jenaer Docentencongresses bereits eine Art von Bestätigung erhalten haben. (Siehe Kap. VIII.)

Halle, Mitte October 1848.

Der Verfasser.

Inhalt.

Kapitel I. Staat, Gemeinde, Kirche, Schule . .	Seite 1.
Kapitel II. Die Wissenschaft	„ 29.
Kapitel III. Die Universität	„ 34.
Kapitel IV. Universität und Staat. Autonomie und Kanzelariat	„ 40.
Kapitel V. Die Deutschen Universitäten . . .	„ 64.
Geschichtliche Entwicklung. — Gegenwärtiger Bestand. — Reform im Allgemeinen.	
Kapitel VI. Reform im Einzelnen	„ 92.
Kapitel VII. Die Universitäten Centralbehörden des Unterrichts	„ 146.
Kapitel VIII. Die Thätigkeit des Jenaer Docenten- congresses	„ 152.
Anhang. Die Studenten in Eisenach	„ 164.

Inhalt.

Kapitel I. Städt. Gemeinde für die Schule	1.
Kapitel II. Die Hirschen	22
Kapitel III. Die Universität	34
Kapitel IV. Universität und Städt. Anatomie und Kanzlei	40
Kapitel V. Die Bonner Universität	61
Kapitel VI. Bonner in Fingern	92
Kapitel VII. Die Bonner Universität	146
Kapitel VIII. Die Thätigkeit der letzten Bonner- congresses	152
Anhang. Die Städtchen in Fingern	164

Capitel I.

Staat, Gemeinde, Kirche, Schule.

Der Staat. Die Volksgemeinschaften. Individuelle Gemeinschaften.

Der Staat ist das politisch concentrirte und organisirte Volk; er umfasst aber ausschliesslich nur die Gemeintheit des Volkes und demnach ist sein Einfluss und seine Wirksamkeit in allen Fällen berechtigt, wo es sich um ein Interesse der Gemeinexistenz des Volkes, um die nationalen Gesamtinteressen handelt. Es muss nun allerdings zugestanden werden, dass jegliche Interessen, Verhältnisse und Zustände, welche innerhalb eines Volkes zur Erscheinung kommen können, eine mehr oder weniger directe Beziehung und Einwirkung auf das Gesamtleben der Nation haben und demnach eine staatliche Seite an sich tragen, also der Wirksamkeit der Staatsgewalt in gewisser Weise unterworfen sind; aber daraus folgt noch nicht, dass diese Existenzen innerhalb des Staats und Volkes nun auch in jeder Beziehung dem Staate und seinem gewaltigen Einflusse untergeordnet wären und also keinen Anspruch auf selbstständiges Leben, auf eine freie, unabhängige Entwicklung und Geltendmachung ihres specifischen Inhalts in und neben dem Staate machen dürften. Eine solche abstracte Forderung kann höchstens der absolute Centralstaat stellen, dem noch nicht das Bewusstsein aufgegangen ist, dass der Staat ein lebendiger ethischer Organismus freier Volksthätigkeit mit den mannigfachsten und wahrhaft berechtigten Gliederungen sei, sondern der in dem Wahne steht, das Volk sei ein mechanisches Agglomerat, ein roher Haufe, ein Aggregat von Einzelnen und erst der Staat bringe

Leben, Geist, Wirksamkeit in diese Masse: etwas, was dann natürlich nur auf mechanische Weise geschehen kann, da eben Geist und Lebendigkeit erst von Aussen durch die Macht des Staats an das Volk herangetragen werden muss, nach dieser befangenen Ansicht. — Zum Glück ist nun diese Staatstheorie und Praxis durch den lebendigen geistigen Fortschritt des 19. Jahrhunderts, besonders in unserem deutschen Vaterlande, allerdings mit einigen extremen Wendungen und krankhaften Zuckungen, so völlig bereit überwunden zu werden, dass wir uns bei deren Bekämpfung nicht weiter aufzuhalten brauchen. Es ist die organisch-ethische Auffassung des Volks- und Staatslebens eine so herrschende geworden, dass wir sie schon schlechthin und ohne weitläufige Begründungen als Fundament für einige nachfolgende Betrachtungen über das Wesen der deutschen Unterrichtsverhältnisse, namentlich der deutschen Universitäten und besonders für deren Stellung zum Staate nehmen dürfen, ohne den Vorwurf fürchten zu müssen, die nachfolgenden Erörterungen gleichsam durch ein *petitio principii* erschlichen zu haben.

Der Staat nach dieser Ansicht ist ein Reich der Persönlichkeit, d. h. er weiss sich zwar als eine höhere Ordnung und als eine selbstständige Anstalt über den Staatsangehörigen zum Zweck der Aufrechterhaltung eines nationalen Gemeinwesens, und dies liegt eben im Begriffe eines „Reiches“, aber er erkennt auch und zwar nach dem Charakter der „Persönlichkeit“ in den Bürgern die menschliche Freiheit, die selbstständige Individualität an und lässt den Menschen nicht im Bürger untergehen, gewährt und schützt ihm principiell und in allen Consequenzen jegliche Sphäre der Freiheit und Selbstständigkeit, der individuellen Lebensentfaltung, soweit dadurch nur das Volksgemeinwesen nicht verletzt wird. Ja der vernünftige Staat erkennt es sehr wohl an, dass gerade in dieser Selbstständigkeitserklärung des Individuellen im Volke, in diesem vielgegliederten Bestande einer freien Lebensentwicklung der Volksangehörigen die organische Kraft und die ethische Grundlage für alle nationale Gemeinexistenz, für den Staat zu suchen sei. Der deutsche Staat nun namentlich hat zu allen Zeiten diese Tendenz gehabt, innerhalb

seines Reiches diese Selbstständigkeit des individuellen Lebens zu gestatten und auf dieser Basis sich zu einem sicheren Bestande aufzuerbauen, sich gleichsam nur als die Krone der Volksthätigkeit betrachtend. Der deutsche Staat hat sich immer nur die Aufgabe gestellt oder hätte es wenigstens seinem innersten Principe nach thun sollen, den äussersten Kreisring des Volkslebens als den eigentlichen Zusammenschluss und die wahre Peripherie des nationalen Gesamtlebens als das ausschliessliche Reich seiner Thätigkeit zu betrachten, allerdings aber auch mit diesem einen Kreise sich nicht isolirend, sondern durch die aus dem Mittelpunkte des Volkslebens überall auslaufenden Radien mit allen übrigen concentrischen Kreisen des Volkslebens d. s. die kleinern Gemeinschaften des Volks innerhalb des nationalen Ganzen, sowie mit jedem einzelnen Punkte dieser kleineren Kreise d. s. die einzelnen Individuen, in lebendiger Verbindung und organischer Wechseldurchdringung stehend. Der Staat hat eine lebendige Beziehung zu jedem Einzelmenschen und zu allen den Gemeinschaften, in welcher dieser noch innerhalb des Volkslebens zur Befriedigung seiner materiellen und geistigen Interessen stehen kann; der Staat hat nur die Aufgabe, dieser Thätigkeit der Einzelmenschen und der von diesen innerhalb des Volks zu dem angedeuteten Zwecke begründeten kleineren Gemeinschaften durch die politische Gemeinschaft des Volks zur nationalen Einheit zusammenzuschliessen und zu diesem Behufe, zu keinem andern, einen Rückschlag und eine berechtigte Einwirkung auf jegliche Thätigkeit innerhalb des Volkslebens auszuüben.

Der vernünftige Staat der Deutschen Gegenwart erkennt demnach zuerst jedem einzelnen Bürger als Menschen eine weite Sphäre individueller Selbstständigkeit zu und überlässt es diesem, frei und unabhängig je nach seiner Eigenthümlichkeit seine persönlichen Verhältnisse zu gestalten, willkürlich seinen Wohnort zu nehmen und zu wechseln, sich Vermögen zu verschaffen, sein Vermögen zu verwenden, sich sittlich, intellectuell und religiös zu bilden, seinen Lebensberuf zu bestimmen, sich zu verhebelichen oder nicht, seine Gedanken durch das freie Wort oder die Presse zu veröffent-

lichen u. s. w. Dieser Kreis des Individuellen geht den Staat principiell nichts an und es bewahrt derselbe durch sein negatives Verhalten in diesen Verhältnissen dem Bürger die sogenannten Urrechte, Menschenrechte, Grundrechte, auf deren Grundlage und Anerkennung jede Staatsthätigkeit zu ruhen hat. Es muss also dem Staate gleichgültig sein, ob der Einzelne reich, arm, gebildet, sittlich, religiös etc. sein wolle oder nicht, und der Staat hat hier einzugreifen nur dann das Recht, wenn der Einzelne durch sein sittliches, religiöses, ökonomisches etc. Verhalten das Ganze, den Staat, gefährdet, verbrecherisch auftritt. Dann hat der Staat zur Wahrung seiner Existenz — und diese ist eine höhere als die des Individuums, — das Recht der Unterdrückung und Bestrafung. Eigenthümlich verhält es sich aber doch mit dem Einflusse des Staats auf die sittliche und geistige Bildung jedes Einzelnen. In einem Kulturstaate, wie er in der Gegenwart zu finden ist, muss es allerdings wahrhaft gefährlich sein, eine grosse Klasse völlig roher, ungebildeter Bürger im Staate zu haben, die so leicht ein Spielball der Parteien werden, den Staat in Gefahr, ja zum Untergange führen können. Desshalb ist, und zwar wiederum nur aus dem Gesichtspunkte der Aufrechterhaltung des nationalen Gemeinzustandes, der eben ohnedem gefährdet erscheint, der Elementar-Schulzwang gerechtfertigt, d. h. es steht dem Staate das Recht zu zu verlangen, dass seine jungen Bürger einige Zeit (etwa bis zum 12. oder 14. Jahre) Schulunterricht geniessen, um wenigstens die ersten Elemente sittlicher und geistiger Bildung zu erhalten und demnach dem Staate eine gewisse Bürgschaft dafür zu gewähren, dass sie nicht als willenslose Werkzeuge zum Sturze der Staatsgemeinschaft von bösen Parteien benutzt werden mögen u. s. w. In Deutschland wird dieses staatliche Schulzwangsrecht wirklich anerkannt und praktisch geübt, in England nicht und scheint dies fürwahr nicht ein Vorzug, sondern ein beklagenswerther Nachtheil für die englische Verfassung zu sein, der sich vielleicht bald auf fürchterliche Weise geltend machen wird, wenn nicht, wie dies in England aber schon bereits im grössten Umfange geschehen ist, durch freie Entschliessung der Gemeinden,

Grundherren, Fabrikbesitzer etc. der Volksunterricht noch viel mehr ausgebreitet wird, als es bereits geschehen; freilich so lange das Prinzip nicht anerkannt wird, sind die Wirkungen dieser andern Mittel immer problematisch.

Aber mit Anerkennung der Selbstständigkeit des Individuums als solchen in seiner Isolirung innerhalb dieser Sphären des äusseren Wohles, der Gesittung, Bildung, Religiosität von Seiten des Staats ist denn doch noch nicht alle Selbstständigkeit gewährt, welche der Staat diesen Sphären zu gewähren hat. Der Staat hat zugleich alle diejenigen, sich innerhalb der National-Gesammtheit bildenden Gemeinschaften in ihrer freien Thätigkeit anzuerkennen, welche zur Befriedigung materieller Bedürfnisse, zur Stärkung der Sittlichkeit und Religiosität, zur Förderung der Bildung der Einzelnen wie dieser Genossenschaften selbst zu Stande kommen. Der Staat muss den Bürgern als Menschen das Recht gewähren, sich in Associationen, Genossenschaften, Korporationen oder wie man es nennen will, zu jenen ange deuteten besonderen Zwecken zu verbinden und muss denselben alle Mittel geben, welche dazu dienen können, den selbstständigen Inhalt einer solchen Genossenschaft auf das Beste zur Entfaltung zu bringen. Der Staat fördert durch solche Unterstützung überall sein eigenes Interesse, seine eigenen Ziele und Zwecke; denn es ist Interesse des Staats, auf Wohlhabenheit, Sittlichkeit, Religiosität und Bildung seiner Bürger seine Existenz aufzuerbauen, damit diese Bürger als lebendige Glieder des ethischen Staatsorganismus thätig sein können und nicht als todte Maschinen dazu beitragen müssen, das ethische Wesen des organischen Staats in ein mechanisches Aggregat zu verzerren. Sodann ist auch dem Staat selbst Zweck und Ziel die Wohlhabenheit, Sittlichkeit, Religiosität und Bildung des Volks, aber eben des Volkes in seiner Gesammtheit. Der Staat hat alle und jegliche Verhältnisse, Beziehungen, Interessen, Bedürfnisse des menschlichen Lebens innerhalb eines Volkes zu seiner Aufgabe, aber er hat nicht die Absicht, dieselben einzig und allein zu betreiben und zu versorgen, er will nicht der absolut einzig thätige Factor für die Belebung und Hebung des Volkes sein, son-

dern er gestattet den freiesten Spielraum für jede Thätigkeit, die sich innerhalb des Volkes und Staats diesen Zwecken widmet und fühlt nur den Beruf in sich, alle jene mehr vereinzelt und zufälligen Thätigkeiten der Einzelnen, der verschiedenen Genossenschaften, Gemeinden, Associationen, Korporationen zu einer lebendigen Einheit, zu einem organischen Ganzen, zur Volksgesammtheit zusammenzuschliessen, sie alle zu diesem Zwecke zu beherrschen und zugleich selbst vom Standpunkte des nationalen Gesamtinteresses — aber auch von keinem anderen — noch unmittelbar und direkt zu beleben und zu befördern. Der Staat wird sich aber überall die Befugniß vindiciren dürfen, auf den Inhalt und sogar die Form dieser Gemeinschaften mit ihren individuellen Zielen und Zwecken unmittelbar einzuwirken, soweit dies das Interesse der Nation als eines Ganzen verlangt, soweit eben jene Gemeinschaften eine Beziehung zum nationalen Ganzen haben und soweit sich ihrer der Staat als Organe und Kanäle bedienen muss, um sein Staatsinteresse in Beziehung auf die ökonomische, sittliche, religiöse und culturliche Lage und Beschaffenheit der Nation zu wahren und zur Geltung zu bringen. Jede dieser kleineren Gemeinschaften innerhalb des Volkes mit ihrem selbstständigen individuellen Inhalte wird demnach doch nicht isolirt und völlig unabhängig im Staate, etwa als ein Staat im Staate dastehen dürfen, sondern sie werden zugleich in gewisser Weise als Staatsabtheilungen, als unmittelbare Staatsorgane anzusehen sein, soweit nämlich ihr specielles Interesse eine Beziehung hat zum Gesamtleben der Nation und der Staat sich ihrer bedienen muss, um innerhalb dieser kleineren Kreise sein staatliches Interesse an der Bildung, Gesittung etc. des Volkes geltend zu machen. Diese Abhängigkeit jener individuellen Gemeinschaften vom Staate soll allerdings eine bestimmte Grenze haben und es giebt dafür einen grösseren oder geringeren Grad, je nachdem nämlich die durch eine solche untergeordnete Genossenschaft beabsichtigten Ziele und Zwecke eine grössere oder geringere Beziehung unmittelbar zum nationalen Gesamtleben haben und je umfassender, eigenthümlicher und bedeutsamer oder je geringfügiger der Inhalt ist, den die individuelle Genossenschaft

sich gesetzt hat. Der Einfluss des Staates auf die kirchlichen Genossenschaften der Art und deren selbstständige Stellung wird z. B. ganz anders sein als die staatliche Abhängigkeit und Bestimmung und die corporative Selbstständigkeit einer Actiengesellschaft oder eines Besserungsvereins oder einer Mässigkeitsgenossenschaft oder einer sogenannten Lese-museum-Vergnügungsgesellschaft. Es sind nun die wichtigsten genossenschaftlichen Institute hervorzuheben.

Gemeinden.

Die Gemeinden in Stadt und Land dienen zur Befriedigung der Localinteressen der durch die unmittelbare Nachbarschaft eng verbundenen Volksangehörigen. Der spezifische Inhalt des Gemeindewesens ist nichts Anderes als das besondere, durch die nachbarlichen Ortsverhältnisse hervorgerufene Interesse und ist mithin seiner Haupttendenz nach mehr rein materieller Art. Der Nahrungsbetrieb, die Güte der Lebensmittel, das Bauwesen, Pflege der Armen und Kranken, Schutz gegen Elemente, Sorge für die Oertlichkeit selbst, für Reinlichkeit, Gesundheit, Verschönerung, Communication u. s. w., endlich das Gemeindevermögen als Mittel für dieses Alles, mit einem Worte das äussere, durch die Localität bedingte Wohl der Gemeindeangehörigen ist Gegenstand der eigentlichen Gemeindeangelegenheiten. Was darüber ist, ist nicht spezifische Gemeindesache, und geht die Gemeindeglieder nicht als solche an, sondern weil und insofern sie eben zugleich Mitglieder des Staates und namentlich auch der Kirche sind. Demnach sind die höheren Angelegenheiten der Sittlichkeit, der Religiosität, der Bildung der Gemeindeangehörigen nicht eigentlich Sache der Gemeinde, sondern Sache des Staates und der Kirche; es erscheint in dieser Beziehung die Gemeinde als ein fremdes Organ, als eine kirchliche oder staatliche Anstalt. Die autonomische Selbstständigkeit der Gemeindeverfassung und -Verwaltung gegenüber dem Staate kann sich natürlich nur auf wirklich spezifische Gemeindeangelegenheiten beziehen. In jeder anderen Beziehung erscheint die Gemeinde einzig als Abtheilung des Staats- oder Kirchenganzen und ist durchaus abhängig. — Uebri-

gens ist die Gemeinde nicht die einzige Gemeinschaft innerhalb des Volks zur Befriedigung materieller Interessen, aber sie ist die vornehmste und da sie zugleich als Staatsanstalt benutzt wird, die dem Staate wesentlichste und wichtigste.

Kirche.

Zur Befriedigung ihrer Religiosität schliessen sich Religionsverwandte zu einer Gemeinschaft zusammen, sie bilden eine Kirche, die in Bezug auf ihre specifischen Angelegenheiten, die eben aus dem Begriffe und Wesen der Kirche folgen, eine gleiche Freiheit, Unabhängigkeit und Selbstständigkeit gegenüber der Staatsgewalt beanspruchen darf, als die Gemeinde für ihre eigenthümlichen Verhältnisse. Wenn die Kirche noch andere als rein religiöse und kirchliche Dinge besorgt, wie dies namentlich bei der protestantischen Kirche in Preussen und überhaupt in Deutschland der Fall ist, so handelt sie hier nur kraft eines Auftrages von Seiten des Staats, erscheint zugleich als ein staatliches Organ, als unmittelbare Staatsanstalt: etwas was freilich gegen ihr innerstes Wesen zu sein scheint und was demnach hoffentlich bald aufhören wird. Jene Unabhängigkeit der Kirche in rein kirchlichen Angelegenheiten kann aber nicht eine völlige Isolirung vom Staate sein sollen. Geht ja doch dem Staate auch die Religiosität seiner Bürger an, kann er doch erst auf der festen Grundlage der Religiosität des Volkes sich zu einem dauernden Bestande aufbauen und wird er demnach für die grösstmögliche Ausbreitung geläuterter religiöser Grundsätze bemüht sein. Der Staat wird zu diesem allgemeinen Zwecke, nämlich die Gesammtheit seines Volkes von Religiosität erfüllt zu wissen, sich der innerhalb seiner bestehenden kirchlichen Gemeinschaften als Mittel bedienen dürfen, sie demnach zugleich schützen, fördern, auch wohl äusserlich besonders ausstatten und honoriren, alles zu dem genannten Ziele, ohne irgend den specifischen Inhalt der einzelnen Kirchen bestimmen zu wollen. Dass der Staat darüber zu wachen habe, damit von der Kirche nichts gegen seine eigene Existenz geschehe, versteht sich von selbst, Der Staat ist die höchste Anstalt des Rechts zum politischen Zusammenschluss der ganzen Na-

tion und darum ist ihm auch die Kirche nach ihrer äusseren Existenz innerhalb des Volkes untergeordnet.

Sittlichkeit, Bildung, Schulen.

Die eigentliche und unmittelbarste Sorge für das äussere Wohl überlässt daher der Staat der Gemeinde und nur aus dem Gesichtspunkte des Gesamtwohls der Nation greift er noch besonders ein. Die Religiösität zu verbreiten überlässt er aber in noch grösserer Unabhängigkeit der Kirche als freien Beruf und sorgt nur ganz allgemein dafür, dass nichts gegen Religion und Kirche geschehe. Der moderne Staat, in dieser vernünftigen Begrenzung seines Inhalts und seiner Wirksamkeit, hat nun allerdings die innerste Wurzel seines Lebens tief in dieselben christlich-religiösen Ideen der Kirche hineingeschlagen; aber es ist doch nicht seine Aufgabe, diese religiösen Ideen zur organischen Entfaltung zu bringen; dies ist vielmehr der eigenthümliche Beruf der Kirche, denn diese hat gerade das heilige Amt, ausschliesslich die religiösen Ideen zu pflegen und zu diesem Behufe die Gemeinschaft der Gläubigen äusserlich durch ein organisches Band in einer geordneten Kirchenverfassung zusammenzuvereinen. Dagegen ist es Aufgabe des Staates, das intellectuelle und sittliche Wohl des Volkes als eines Ganzen zu fördern und durch seine organische Thätigkeit und eine freie Staatsverfassung zu schützen. Beide Institute stützen und tragen sich gegenseitig in Erreichung ihrer verschiedenen Ziele. —

Wenn nun in Bezug auf diese besonderen beiden ersten Sphären die Gemeinschaften innerhalb des Staats von der grössten Selbstständigkeit sind, so ist dies weniger bei den übrigen der Fall. Sittlichkeit nämlich und Bildung sind vorzugsweise allgemeiner Natur und erfüllen die Nation als solche. Eine Nation erscheint in ihrer Gesammtheit durch eine bestimmte Sittlichkeit und Bildung getragen und charakterisirt. Sittlichkeit und Bildung sind unmittelbar Nationalangelegenheiten. Demnach ist Verwirklichung derselben vorzugsweise Staatssache. Bildung und Sittlichkeit haben allerdings auch wieder einen allgemein menschlichen Charakter, sie führen zur Humanität. Wenn demnach die Realisirung dieser

Sphären auch hauptsächlich Sache der nationalen Gesammtheit, des Staats ist, so hat nicht weniger jeder Einzelmensch eben als Mensch den innersten Beruf diese Ziele selbstständig zu verfolgen und zu verwirklichen, um sich wahrhaft zum Menschen zu bilden, zur vollen Humanität zu erheben. Der Staat wird diese geistigste Grundlage des Individuums willig anerkennen und die individuelle Neigung und Eigenthümlichkeit als etwas zum Typus einer freien menschlichen Persönlichkeit und zur individuellen Existenz durchaus Nothwendiges im höchsten Masse respectiren. Der Staat gewährt darin dem Individuum als solchem und in den rein individuellen und sittlichen Sphären (also auch der Ehe und Familie) die allgrösste Freiheit und Selbstständigkeit. Dagegen Alles was in diesen Sphären der Sittlichkeit und Bildung über diesen engen Kreis des Individuellen hinausgeht und demnach irgend eine Beziehung zum Ganzen der Nation nimmt, vindicirt sich der Staat ausschliesslich. So verweist er die Gemeinde als solche und die Kirche als solche hierin völlig unter seine Botmässigkeit. Es ist dies durchaus nothwendig, wenn er nicht an irgend eine Gemeinschaft innerhalb seiner selbst sein innerstes Princip und seinen einzigen geistigen Inhalt aufgeben will, der nichts Anderes ist als die Nation zur Sittlichkeit und Bildung zu erheben, zu einem vernünftigen Gliede der grossen Menschheit zu machen, zur Humanität heranzubilden.

Das Institut, dessen sich der Staat zu diesem Behufe vorzugsweise bedient, ist die Schule in ihrer weitesten Ausdehnung. Die Schulanstalten sind also Staatsanstalten, nicht Sache der Gemeinden, denn diese haben nur die materiellen Interessen der Oertlichkeit zu versorgen; nicht Sache der Kirche, denn deren Reich ist überweltlich, ist die Religion, nicht die Sittlichkeit und Bildung und nur soweit die Grundsätze der Moral unmittelbar in der Religion wurzeln, wie dies jedesfalls beim Christenthume der Fall ist, hat die Kirche sich den Unterricht in der Moral theilweis zu vindiciren neben der religiösen Unterweisung und Stärkung der Gemeindeglieder. Das Recht des Unterrichts, der Schule, theilt sich demnach hier zwischen Staat und Kirche, und da beide

grossen Institute so leicht in Collisionen aus vielerlei Gründen gerathen können, so ist es Pflicht, diese Gelegenheit zu Streitigkeiten in allen Sphären, wo es irgend möglich ist, zu verringern, abzuschneiden. Dies scheint in der Unterrichtsfrage möglich und wünschenswerth. Die Kirche hat den Religionsunterricht und theilweise auch die moralische Unterweisung und in dieser Beziehung gebührt ihr und ihren Schuleinrichtungen die grösste Selbstständigkeit. Aber sie ist nun auch völlig aus der Sphäre des übrigen Unterrichts zu verdrängen und demnach auf das Bestimmteste Kirchenschule und Staatsschule, oder doch diese einzelnen Zweige innerhalb derselben Schule zu trennen. Doch steht wieder jedenfalls dem Staate die Controle auch über den Religions- und Moralunterricht der Kirche zu, doch nur in soweit, dass in ihm nicht die Existenz des Staats gefährdet werde, so dass allerdings die Staatseinwirkung nur negativ ist. Dagegen geht die Kirche weder der Volksunterricht, noch die gelehrte Bildung des Volks irgend etwas an und der Staat ist hier völlig selbstständig, ja die Verbreitung von Bildung und Sittlichkeit ist seine eigentliche Aufgabe. Darum muss er denn auch mit aller Bestimmtheit hier den Eingriffen der Kirche entgegentreten. Man bedenke nur! Wenn dem Staate dieses Reich der Bildung und Sittlichkeit entrissen oder geschmälert wird, so sinkt er wirklich zu einer hohlen Existenz, zu einem todten Mechanismus herab, denn nur diese beiden Gesichtspunkte sind es, aus welchen der Staat sich zu einem ethischen Organismus erheben kann. Die Kirche, welche hier den Einfluss des Staats schmälert, erscheint als ein Vampyr, der dem Staate das lebendige Blut seiner Existenz aussaugen will, um ihn zu tödten und sich dann selbst als Staat zu proclamiren. Jedem das Seine. Wir verweisen die Kirche in ihre Schranken, ganz ebenso wie den Staat in die seinigen. In keiner Streitfrage muss der Staat mehr auf seinem Rechte fest, hartnäckig stehen bleiben als hier; er ist im besten Rechte und das geringste Nachgeben bedroht seine Existenz. Jetzt wo die Kirche sich völlig vom Staate emancipirt, gerade jetzt muss auch der Staat sich völlig von der Kirche emancipiren, von seinem specifischen Inhalte nichts mehr der Kirche zur

Verwirklichung überlassen, auch nicht kraft Auftrags, damit auch nicht der Schein gegen das Recht des Staats ist, damit nicht zu Uebergriffen von Seiten der Kirche Gelegenheit gegeben werde, damit der Staat überhaupt noch lebensfähig existiren könne. Gebet dem Kaiser was des Kaisers ist und Gotte was Gott ist. Das ist die Gerechtigkeit, so rufen wir der Kirche zu, die vor Gott gilt. Hatte die Kirche bisher einen grösseren Einfluss auf die Staatssache des Unterrichts, so war das so lange möglich und erträglich als auch der Staat einen grösseren Einfluss auf Kirchensachen ausübte, als ihm zukam. Die Uebergriffe wogen sich in wechselseitiger Durchdringung von Kirche und Staat auf und die Gefahr von verderblichen Collisionen war zwar gross und ist oft genug über uns Deutsche losgebrochen, aber es war doch gerade kein Kampf auf Tod und Leben, der unfehlbar jetzt zur Erscheinung kommen müsste, wenn man einseitig die Kirche emancipiren, den Staatseinfluss auf sie auf das äusserste Nothwendige beschränken und nun trotzdem der Kirche noch einen ihr nun durchaus gar nicht mehr gebührenden Einfluss auf specifische Staatsangelegenheiten belassen wollte. Das hiesse eine Knechtung der staatlichen Selbstständigkeit; eine privilegierte Priesterdespotie aber in einer allen Privilegien so feindseligen Zeit ist ein gefährliches Ungeheuer.

Die Kirche verliert demnach mit Recht jeglichen Einfluss auf Ernennung von Lehrern auf Bildungsanstalten, sowie nun namentlich alle Inspection über Schulen jeglicher Art, auch über Volksschulen. Ihr Reich ist fortan nur die Religion und die Religionsschule in allen Graden von der Volksschule bis zu den geistlichen Seminarien und selbst der Universität in ihrer theologischen Fakultät, doch hier mit besonderen Modificationen. Dagegen kann man nicht umhin dem Staate in Bezug auf die Ernennung der kirchlichen Unterrichtsbeamten wenigstens ein einfaches Bestätigungsrecht einzuräumen, damit die Kirche nicht staatsgefährliche Subjecte creire und honorire. Dies geringste der Rechte wird dem Staate zu gewähren sein, wenn er anders seine ihm obliegende Herrschaft des Rechts wie in allen Sachen der Nation, so namentlich

auch in den äusseren Verhältnissen der Kirche durchzusetzen im Stande sein soll.

Doch hat der Staat mit seiner Thätigkeit für Sittlichkeit und Bildung des Volkes keineswegs den Beruf, jegliche andere selbstständige Wirksamkeit für diese Sphären auszuschliessen und zu unterdrücken. Er beansprucht nur eine Ausschliesslichkeit gegenüber der Kirche, denn es handelt sich hier um sein innerstes Lebensprinzip, um seine Existenz als ethische Anstalt. Er erkennt aber dabei einmal an, dass Sittlichkeit und Bildung des einzelnen Bürgers, des Individuums als solchen, diesem (bis auf den sogenannten Elementarschulzwang) völlig frei anheimzugeben und ihrer individuellen Neigung zu überlassen ist, dass der Staat mehr durch gute Schulanstalten, durch das Beispiel seiner Beamten, durch allgemeine Aufsicht zu sittlichen Zwecken, um Unsittlichkeiten und Verbrechen möglichst zu verhüten, soweit diese Polizeimassregeln nicht der Freiheit oder Persönlichkeit zu nahe treten, an die freie sittliche Entschliessung, an den aufstrebenden Geist der Humanität und Bildung seiner Bürger appelliren und deren grösste Betheiligung an diesen Anstalten, in denen sie erst wahrhaft zu Menschen werden, zuversichtlich erwarten muss, als dass er durch zwangsmässige Bearbeitung der Individuen sie zu Sklaven, nicht zu freien Pflegern der Bildung und Gesittung machen sollte. Nur wird es gut sein, dass er von denen, die sich unmittelbar als seine Organe gebrauchen lassen wollen, also von den Beamten, die höchste Bildung und Gesittung verlange, einmal damit der Staatsorganismus durch diese seine unmittelbarsten Glieder mit ihrer Bildung und Moralität in seiner ethischen Eigenschaft recht glänzend hervortrete und damit die übrigen Bürger des Staats darin einen Ansporn zur Erreichung gleicher Bildung und Gesittung finden mögen.

Und welche selbstständige Stellung gewährt der Staat der Gemeinde in Bezug auf Gesittung und Bildung des Volks? Der Gemeinde als solcher fürwahr durchaus gar keine, wenn der Staat und wenn die Gemeinde ihrem Prinzipie treu bleiben und wenn nicht beide das ächte Wesen der Bildung und Sittlichkeit verrücken und zu einem hässlichen Wechsel-

balge verzerren wollen. Das örtliche Interesse ist Gemeindegache und weiter nichts. Aber Bildung und Sittlichkeit haben durchaus nicht Locales, sind vielmehr unmittelbar Sache der Nation und werden unmittelbar nicht von dem beschränkten Geiste der Gemeinden, sondern von dem erhabenen Pathos der ganzen Nation getragen und durch die freie Thätigkeit jedes einzelnen Bürgers nach dem innersten Triebe seines Gewissens und seiner individuellen Eigenthümlichkeit in jedem einzelnen Falle zur concreten Erscheinung gebracht. Es darf der Staat die selbstständige und alleinige Leitung des Unterrichtswesens und der Sittenaufsicht von der Gemeinde ebensowenig wie von der Kirche sich aus den Händen winden lassen, wenn er nicht seinen vollen ethischen Inhalt und seinen ganzen organischen Charakter verlieren soll. Denn was ist der Staat, der jene Sphären sich nicht vindicirt, anders als eine Finanz- und Militär-, eine Kriegs- und eine Justizmaschine, der jeder höhere Antrieb fehlt? Das Ministerium des Unterrichts im weitesten Sinne ist der eigentliche Träger für den ethischen Gehalt des Staates und dieses muss so selbstständig und so frei, so universell und so gesammtnational namentlich gegenüber den im Staate vorhandenen Kirchen sein, dass es mit diesen auch in gar keine Verbindung tritt, dass es mit ihnen jegliche Collision vermeidet, so dass es die Feststellung der wechselseitigen Beziehungen zwischen Staats- und Kirchengewalt in unparteiischer Weise und nach dem gewöhnlichen Wege Rechtens den Gerichtshöfen überweist und demnach auch die allgemeine Controle über die Kirchen dem Justizministerium anheimgibt. Die Verhältnisse zwischen Staat und Kirche sollen vorzugsweise nicht nach dem mehr unbestimmten Gesichtspunkte der Bildung und Sittlichkeit entschieden werden, wie dies von einem Ministerium des Unterrichts und zwar natürlicher und sogar nothwendiger Weise unter den mannigfachsten Collisionen geschehen würde, sondern sollen vielmehr einzig nach den strengen Normen des Rechtes mit seiner sicheren Bestimmtheit und Klarheit und gleich von vornherein mit dem Anscheine der Unparteilichkeit auseinandergelegt werden und demnach gebührt ihre Leitung der staatlichen Justizgewalt und keiner anderen.

Der Staat wird sich aber denn doch wiederum gerade der Gemeinden bedienen, um seine Bildung und Gesittung zu verbreiten. Aber es sind in dieser Beziehung die Gemeinden eben nicht mehr blosse Gemeinden, nicht mehr die socialen Elemente des Staats auf der Grundlage der Oertlichkeit, sondern einfach unmittelbare Organe, Abtheilungen des Staates und handeln nur kraft Auftrages und unter völliger Abhängigkeit vom Staate. Der Staat kann den Gemeinden diese seine Geschäfte recht füglich und vertrauensvoll — (viel eher als der Kirche, denn diese hat einen so selbstständigen und erhabenen Inhalt, dass sie sich fürwahr schwer daran zu gewöhnen vermag, in einer zum wenigsten doch nicht erhabeneren Angelegenheit; wie die Bildung es ist, als eine blosse Dienerin und Vollstreckerin des Staatswillens aufzutreten, vielmehr wird sie auch diese Geschäfte des Staats mit kirchlicher Selbstständigkeit zu besorgen suchen und darum allemal mannigfache Collisionen herbeiführen) — überweisen; denn die Gemeinden haben gegenüber dem Staat nicht selbstständige Kraft und keinen hinlänglich erhabenen Inhalt, um nicht gern und willig und zugleich ohne alle Gefahr für die Selbstständigkeit des Staats neben ihren specifischen Gemeindeangelegenheiten zugleich noch rein staatliche Geschäfte zu besorgen. Dahin gehören die Geschäfte der höheren Sitten-Polizei, d. h. einer solchen, die eben nicht bloss die oben genannten localen Verhältnisse in Obacht nimmt; ferner die innerhalb der Gemeinde sich findenden Schulen und zwar nicht bloss die für höhere Bildung bestimmten, nämlich Gymnasien, Handelsschulen, Forstakademien, Ackerbauschulen, Lyceen, Seminarien etc. etc., sondern auch die ganz gewöhnlichen Volksschulen, die Elementarschulen. Denn selbst solche niedrige Bildungsanstalten sind Sache der Nation als eines ethischen Ganzen und der Gemeindeglieder als Staatsgenossen und als Menschen, nicht als durch die Interessen der Oertlichkeit und Nachbarschaft Verbundener. Alle, auch diese Schulen sind Staatsanstalten. Demnach erfolgt ihre innere Einrichtung und Organisation durch den Staat, die Lehrer sind Staatsbeamte mit der Aufgabe, gesittete und gebildete Staatsbürger für die

verschiedenen Sphären des Volks- und Staatslebens, sowie für wahres Menschenthum, für ächte Humanität heranzubilden und somit dem ganzen Volke und Staate die ethische Grundlage des politischen Bestandes zu erhalten. Wenn die Gemeinden als solche Patronatsrechte, namentlich das Recht die Lehrer zu ernennen, ausüben, so ist dies durchaus nur historisch zu erklären und findet seinen tiefern Grund darin, dass im Mittelalter die einzelnen, besonders grösseren Stadtgemeinden eine Art von staatlicher Selbstständigkeit wie in anderer Beziehung so auch in dieser Hinsicht zu behaupten wussten, und bis in die neueste Zeit in einzelnen Dingen, namentlich in Bezug auf das Schulwesen behielten. Indessen ist dies jetzt, wo an eine staatliche Selbstständigkeit der Gemeinden nicht mehr zu denken ist, ohne allen Sinn und Verstand. Die Gemeinde hat ihrem innersten beschränkten Wesen nach dergleichen jetzt nur missbräuchlich ausgeübte Rechte an den Staat aufzugeben. Dass aber, wenn ähnliche Rechte, über die Schule etwa, der Kirche oder gar einzelnen Privatpersonen als Patronen oder nun vollends als Nachkommen irgend eines berühmten, um eine Anstalt verdienten Mannes (z. B. des August Hermann Francke in Bezug auf die grossartigen Schulanstalten im sogenannten Waisenhaus zu Halle) zustehen, dieses noch vielmehr als ein unvernünftiges Recht vor dem Geiste der Zeit erscheinen müssen, ist an sich klar. — Wenn die Gemeinden die Schulgebäude unterhalten, die Lehrer besolden, so folgt für sie daraus noch kein berechtigter Einfluss auf den Schulunterricht, auch nicht auf die Ernennung der Lehrer; sondern es stammen dergleichen Verpflichtungen aus den Zeiten her, wo die Gemeinden zugleich jene obigen Rechte ausübten, und hingen unmittelbar mit diesen zusammen, sind jedoch allerdings jetzt nicht mehr wahrhaft begründet; aber da doch alle Gemeindeglieder als Staatsglieder nun einmal an den Lasten des Nationalunterrichts nach ihrem Vermögen Theil nehmen müssen und fürwahr das Gemeindevermögen, wenn es über die Befriedigung der örtlichen Interessen hinausreicht, nicht besser als zu diesen ethischen Staatszwecken verwandt werden mag, so erscheint es fürwahr nur als eine Vereinfachung der Staatsfinanzwirthschaft, wenn der Staat diese

Lasten den Gemeinden belässt; doch hat er dabei die Verpflichtung zur Controle dieses Vermögens und letzteres erscheint jetzt überhaupt mehr als Staatsvermögen, was die Gemeinde nur im Auftrage des Staates und zur Realisirung von Staatszwecken verwaltet. — Wie sehr aber die Unterrichtsangelegenheiten auch in der kleinsten Gemeinde Staatssache seien, ergiebt sich noch ganz besonders aus der dem Staate unstreitig obliegenden Verpflichtung, im Falle, dass nicht genügendes oder auch gar kein Gemeindevermögen vorhanden ist und etwa auch die Gemeindeglieder zu arm sind, um Staatsabgaben irgend einer Art zu zahlen, namentlich auch nicht zur Bestreitung der Schullasten, in diesem Falle unmittelbar aus der Staatskasse die Ausgaben des Unterrichts zu bestreiten.

Es ist wirklich durchaus nicht abzusehen, weshalb es vernünftig sein sollte, die Patrimonialgerichtsbarkeit der Kirche, der Rittergüter, Gemeinden etc. aufzuheben, um der Kirche, den Grundherren und Gemeinden diese patrimoniale Unterrichtsgewalt im modernen Staate der Gegenwart zu belassen. Mit dem Einen muss auch das Andere fallen.

Sämmtliche Schulen im Staate sind demnach für Staatsschulen zu erklären und hier werden die jungen Bürger durch Zucht und Ordnung zum freien Gehorsam und zur Sittlichkeit, durch methodischen Unterricht zu einer sittlichen und intellectuellen Bildung erhoben. Sämmtliche Lehrer sind Staatsbeamte. Es beruht in der freien Entschliessung des Staates, in welcher Weise er diese seine Anstalten zur Verbreitung der Bildung und Gesittung organisiren wolle. Dass in der volksfreien Monarchie diese Organisation nicht bloss von dem Könige und seinem Ministerium, sondern zugleich von der Volksvertretung ausgehen müsse, versteht sich von selbst.

Der Unterricht des Staates ist dann einmal nicht absolut zwingend: seine (besonders die höheren) Anstalten zu sittlicher und intellectueller Bildung stehen dem Volke und den Einzelnen mehr als eine sittliche Anforderung, denn als zwingende Anstalten zur Benutzung gegenüber. Der Einzelne bedient sich ihrer, weil er als Mensch und als Bürger, als Glied dieses nationalen Körpers den innersten Drang dazu spürt

und von einem sittlichen Instincte dazu getrieben wird. Staat und Volk, das Ganze und die Einzelnen begegnen sich hier gegenseitig in ihren Wünschen, Zwecken und Zielen. Das Volk hat den Beruf, als eine von Sittlichkeit und Intelligenz erfüllte Gemeinschaft dazustehen; der Einzelne will sich allgemein menschlich und nun ganz besonders als Bürger dieses Staats, als Glied dieser besonderen Volksindividualität bilden. Der Staat kommt dem durch seine Bildungsanstalten entgegen. Zweck derselben ist eben nichts Anderes als die Glieder des Volks als Menschen wie als Bürger zur Sittlichkeit und Bildung zu erheben. Der Staat fühlt sich zwar einmal als die Anstalt zur organischen Manifestation dieses bestimmten Volksganzen, und demnach gehen seine Bildungsanstalten darauf aus, eine feste Grundlage für ein nationales Bürgerthum in den jungen Geistern niederzulegen; er weiss aber auch, dass er über dem Volksparticularismus stehn müsse, dass er von allgemeiner Menschlichkeit, von dem Geiste wahrer Humanität erfüllt sein solle, und demnach werden die Staatsschulen die ihrer Pflege Befohlenen nicht weniger mit dem Typus ächter Menschheit zu erfüllen, sie zu Menschen wie zu Bürgern in harmonischer Vereinigung zu erziehen suchen. Indem sich so die individuellen und die staatlichen Absichten einheitlich begegnen, erscheinen die Schulanstalten des Staats eben so freitheitlich wie volksthümlich, ebenso human als national. Namentlich wird aber die Deutsche Schule auch als Staatsanstalt nicht leicht in Gefahr sein, sich particularistisch zu gebärden, denn der deutsche Sinn ist überall mehr unbefangen, weltbürgerlich, humanistisch wie in allen Sphären, so auch in der Region des Staats; der Deutsche Staat erkennt nicht bloss das Individuelle seines Bürgers als eines Deutschen, sondern eben so gern das Individuelle desselben als Menschen an und richtet darnach principiell den seinen Schulanstalten zum Grunde gelegten Unterricht ein. Zugleich giebt es aber in Deutschland Bildungsanstalten, die weniger den Charakter der Schule als den von freien Anstalten der Wissenschaft an sich tragen, ich meine die Deutschen Universitäten, die schon ihrer principiellen Tendenz nach ganz universell den Standpunkt der Bildung einzunehmen wis-

sen und aus dem Gesichtspunkte der Wissenschaft, nicht aus dem des Staats und seiner Schulthätigkeit noch ganz besonders bemüht sind, die Deutsche Bildung vor bornirtem Particularismus zu bewahren.

Ist aber durch diese Erklärung der Schule für eine Staats- sache nicht einmal jede individuelle Thätigkeit für Bildung und Sittlichkeit und sodann nun namentlich die Existenz der Universitäten bedroht? Wir wollen uns sogleich an Widerlegung solcher aus unseren obigen Satzungen fälschlich gezogenen Folgerungen machen und bemerken nur sofort schon im Voraus, dass wir allerdings auch hier der individuellen Thätigkeit freien Spielraum lassen und zwar haben wir schon weiter oben dem Einzelmenschen dies gewährt, müssen aber hier zugleich noch individuelle Kreise und Genossenschaft für die Verhältnisse des Unterrichts erwähnen; dann aber machen wir nachdrücklich darauf aufmerksam, dass die Universitäten uns nicht als Schulen, sondern vorzugsweise, wie sie bis jetzt wenigstens sind, als freie Vertretung der Wissenschaft, als wissenschaftliche Korporationen erscheinen: eine Ansicht, die im Folgenden näher zu begründen ist und die wir allerdings als Leitfaden für unsere Erörterungen über die Universitäten ansehen müssen, wenn wir auch den Universitäten, wie gleichfalls unten auseinanderzusetzen sein wird, mit Erhaltung dieser ihrer bisherigen Selbstständigkeit (als freier Korporationen mit ihrem ebenso specifischen Inhalte, Wissenschaft, als die Kirche mit dem ihrigen, Religion), eine neue zugleich rein staatliche Stellung geben möchten, und dies wird sich am Schlusse unserer Abhandlung hoffentlich nicht als ein blosser Widerspruch abfertigen lassen.

Für individuelle Sittlichkeit.

Für Belebung und Erhebung der Sittlichkeit giebt es innerhalb des Staates viele kleinere Kreise, welche in selbstständiger Weise neben dem Staate, aber doch entweder nur neben einer anderen sich vorzugsweise gestellten Aufgabe oder nur in ganz speciellen Beziehungen und immer aus dem beschränkten Bewusstsein der Einwirkung auf eine eng gezogene Sphäre durch besondere sittliche Bande umschlungener Per-

sonen, hier dem Staate in die Hände arbeiten und einmal zur Stärkung der Sittlichkeit des einzelnen Individuums, sodann aber ganz vorzüglich zu einer mehr objectiven Begründung des Gesammtethos der Nation hinwirken.

Familie.

Das vornehmste, wenn auch dem Umfange nach immer nur auf wenige Personen beschränkte Institut der Art ist die Ehe und die auf ihr gegründete Familie. Die Ehe ist ein sittlich-natürliches Band und fürwahr nicht ihre kleinste Aufgabe ist es, die Ehegatten zur Sittlichkeit durch die innige Vereinigung der verschiedenen Geschlechter zu erheben, durch das gegenseitige Erkennen, Ertragen, Lieben, Verzeihen der Gatten, durch die Treue in allen Gefährlichkeiten und Schicksalen des so zarten Verhältnisses. Die Familie hat aber geradezu den Beruf, die unvollendete Persönlichkeit der Kinder nicht bloss zur physischen, sondern vor Allem zur sittlichen Selbstständigkeit durch eine heilsame elterliche Zucht und besonders durch ein gutes Beispiel aufzuerziehen.

Die Familie hat nur so lange ein ausschliessliches Recht der Kindererziehung, als die Kinder mit ihrem körperlichen und geistigen Zustande noch nicht reif sind zur unmittelbaren Berührung mit den Anstalten des Staats, also bis sie wenigstens die kleinste Art von persönlicher Selbstständigkeit gewonnen haben, bis die eigentliche Kindheit, die *Infantia* der Römer (etwa das siebente Lebensjahr) aufgehört hat und sie *impuberes* geworden sind. Die Gemüthlichkeit des Familienlebens, die Herzlichkeit des Verhältnisses unter allen Familiengliedern, die sanfte Zartheit des weiblichen Mutterherzens lässt diese Familienerziehung weniger vom Gesichtspunkte des Verstandes als des Herzens, Gemüthes, Gefühles ausgehen, und mit Recht, denn nie bietet sich im Leben je wieder eine Gelegenheit dar, diese nothwendigsten Seiten des jungen Menscheingeistes auszubilden. Die Erziehung wird hier mehr durch eine allgemeine Gesinnung, Tact, Liebe, Vertrauen, Instinct getragen, und es ist das in dieser Sphäre genug, da es ja bei Menschen so zarter Jugend, wo der Geist zur Selbstthätigkeit noch nicht erwachsen ist, vor Allem nur auf die Bil-

dung des Herzens, Charakters ankommen kann. Freilich geht die Familienerziehung nicht bloss darauf aus, nun gerade einzig die Gesittung und Gesinnung der Pfleglinge zu bilden, sondern ist zugleich, bemüht schon für dessen intellectuelle Bildung möglichst zu sorgen; aber dies letztere ist doch mehr Nebensache und ist dem ersteren Gesichtspunkte untergeordnet. Es wird vor Allem nur darauf ankommen, den Geist des Kindes zu wecken, ihn an Beobachtung zu gewöhnen, ihm Auffassung, Darstellung, Nachahmung, Festhalten von sinnlichen und nach und nach geistigen Gegenständen zu gewöhnen. In dem patriarchalischen Bande zwischen Eltern und Kindern ist der Urtypus aller Erziehung zu suchen. Die Hauszucht und Hauslehre mit ihrer Häuslichkeit, Einfalt, Frömmigkeit, schlichten Sitte, Zartheit und Gemüthlichkeit muss die Grundlage aller Erziehung, aller Bildung, alles Unterrichts sein; hierin muss das Fundament in dem jungen Menschenleben niedergelegt werden für jegliche spätere Selbstbildung aus der Kraft und Eigenthümlichkeit des Individuums heraus, sowie aus dem nationalen Gesichtspunkte des Staats und dessen Schule.

Analog den Kindern in der Familie stehen zu den Eltern als der Dienstherrschaft die Dienstboten. Das Dienstbotenverhältniss ist als ein analoges Familienverhältniss aufzufassen; erst unter diesem Gesichtspunkt wird die Masslosigkeit und Niedrigkeit der Dienste einen versöhnenden Abschluss bekommen. Das Abhängigkeitsband der weitesten Art ist nun einmal vorhanden und bei der Getrübtheit irdischer Verhältnisse nicht zu beseitigen; man wird immer wohl daran thun, es ethisch zu verklären zu suchen, indem man es als eine Art Familienband auffasst. Die Ansicht von dem Verhältnisse, als sei es bloss eine einfache obligatorische Dienstmiethe und gehöre dasselbe ins Vermögensrecht, vermag die Härte im Verhältnisse viel weniger zu heben. Nach unserer Ansicht müssen nun die Herrschaften zugleich den Beruf haben, für die Sittlichkeit ihrer Dienstboten besorgt zu sein, mit möglichster Schonung der individuellen Selbstständigkeit, die freilich durch den unbestimmten Charakter, durch die Unmessbarkeit und oft Niedrigkeit der Dienste gleich von Anfang an

gebrochen ist. Es ist fürwahr das Angemessenste, dass besonders nur jüngere Leute in einem solchen Dienstbotenverhältnisse sich befinden, damit ihre analoge Kindesstellung möglichst ihrer Persönlichkeit nicht zu nahe trete. Die Herrschaft hat dahin zu sehen, dass die Dienstboten durch sittliche Thätigkeit und Rührigkeit mit der Zeit in den Stand gesetzt werden, aus dem Abhängigkeitsverhältnisse herauszutreten und einen eigenen selbstständigen Heerd zu begründen.

Berufsgemeinschaften.

Die verschiedenen Berufsgeschäfte der Menschen dienen zur Erstarkung der individuellen Sittlichkeit, sind deren reale Bethätigung. Wenn die Genossen desselben Berufsstandes sich zu einem geschlossenen Ganzen, Korporation, Innung, Zunft zu vereinigen den Drang fühlen, so ist davon der Grund nicht bloss in den materiellen Vortheilen, die daraus erwachsen, zu suchen, sondern es liegt auch ein ethisches Motiv und Ziel, wenn auch den Einzelnen oft unbewusst, vor. Man will dadurch nicht bloss seine Kunst, sein Handwerk, seine Fabrik, seinen Handel fördern, sondern zugleich die ganze Genossenschaft in allen ihren Gliedern heben, und wacht deshalb sorgfältig, dass auch alle Genossen sich ehrenhaft, sittlich benehmen. Viele hält Scheu vor den Genossen von Unsittlichkeit ab und erzieht sie zuletzt so weit, dass sie endlich aus ihrer Innerlichkeit und freien Entschliessung heraus sittlich zu handeln verstehen.

Aber das menschliche Unvollkommenheitsgefühl erkennt, dass durch alle diese mehr zufälligen Förderungen der Sittlichkeit in den genannten Instituten noch nicht genug gethan ist. Demnach schliessen sich die Individuen zusammen, einzig und allein zur Erreichung gewisser sittlicher Zwecke, zur Stählung ihrer Moralität. Dahin gehören Mässigkeitsvereine, Freimaurerlogen etc. Sie sind der freiesten Natur und der Staat lässt gern diese Institute und Gesellschaften, soweit sie ihn nur nicht principiell zu verdrängen und die nationale Gesammtheit als solche zu umspannen, also in dieser Sphäre die Staatsthätigkeit auf Null herabzusetzen suchen, für sittliche Zwecke thätig sein; er kann dabei nur gewinnen, indem

dadurch ja die sittliche Basis seiner Existenz und seine eigenen Bemühungen für die Verbreitung der Sittlichkeit durch seine Schulanstalten erweitert und befestigt wird. Ja der Staat wird auch der Kirche hier einen freien Spielraum gewähren, durch ihre Zucht und durch ihren religiös-moralischen Unterricht auf die Sittlichkeit zu wirken, weist aber mit Recht alle Prätensionen der Kirche, die Verbreitung der Sittlichkeit ausschliesslich zu ihrem Berufe zu machen oder auch nur die Staatsanstalten zur sittlichen Bildung der Bürger controliren, beschränken zu wollen, mit Entschiedenheit zurück. Die Kirche verfolgt ihrem Wesen nach ursprünglich und selbstständig einzig religiöse Zwecke, sittliche nur secundär und allemal nur aus dem Gesichtspunkte ihrer positiven Religion. Der Staat hat sein ethisches Fundament vorzugsweise in der Sittlichkeit und wer ihm dies bestreitet, der gefährdet seine Existenz.

Für individuelle Bildung.

Wenn zur Verbereitung der Sittlichkeit mit der staatlichen Thätigkeit durch die Schule so viele andere Kreise innerhalb des Volkes wirken, so ist dagegen die Schule viel selbstständiger und exclusiver in ihrer Aufgabe zur Förderung der intellectuellen Bildung des Volkes. Zwar schliesst sie keineswegs die individuelle Thätigkeit ganz aus, ja erst auf deren Grundlage, auf der innerlichen Entschliessung und freien Selbstbestimmung des Individuums zur Bildung vermögen die noch so grossartigen Bemühungen, Anstalten, Förderungen des Staates von wirklichem Erfolge zu sein, da sonst jegliche Thätigkeit des Staats nur auf ein mechanisches Abrichten hinauslaufen müsste und an Förderung wahrer Bildung nicht zu denken wäre. Ferner steht diese Thätigkeit der Schule mit ihrem Berufe zur Heranbildung der Sittlichkeit in engster Beziehung; die Sittlichkeit soll nicht bloss durch heilsame Ordnung und Zucht in der Schule geübt, sondern auch durch Wort und systematische Darlegung ihrer Grundlage gelehrt werden. Die Bildung soll nicht bloss eine kalt verständige, sondern auch eine sittliche werden, ja der Staat wird durch die Vermittelung der Kirche in den Religionsschulen dahin

zu wirken haben, dass diese Bildung zugleich eine religiöse werde und somit die letzte und beste Stütze erhalte.

Der Kirche das Recht zu gestatten, allgemeine Bildungsanstalten (nicht bloße Religionsschulen) einzurichten, darf der Staat seiner eigenen Existenz wegen nicht wagen. Die Kirche würde diese Unterrichtssache nicht als im Auftrage des Staats zu verwalten geneigt sein, sondern kraft eigenen Rechts, und so die selbstständige Macht des Staats gefährden, den eigenthümlichen Inhalt des Staats und dessen freien geistigen Charakter in Frage stellen, indem gerade die Kirche den edelsten Theil der Staatsaufgabe sich vindicirte. Darum wird der sich selbst würdigende, vernünftige Staat der Kirche solche Befugnisse niemals einräumen können.

Privaten wird dagegen der Staat füglich und vertrauensvoll gestatten dürfen, Schuleinrichtungen zu treffen, neue Schulanstalten zu gründen und darin als Lehrer zu fungiren, doch versteht es sich von selbst einmal, dass die anzustellenden Lehrer ihre Qualification zum Lehramte dem Staate genügend zu documentiren haben, damit der Staat Bürgschaft dafür habe, dass sie im Geiste des Volks und Staats unterrichten; sodann wird er selbst für solche Privatschulen unbedingt wenigstens das Bestätigungsrecht der zu ernennenden Lehrer in Anspruch nehmen und deren Qualification zum Lehramte feststellen und prüfen. Nur so lange die Privatschule sich innerhalb der Schranken der Familie hält (Hauslehrer), wird er von diesem Bestätigungsrechte abgehen können, damit nicht der unabhängige Charakter, die Heiligkeit der Familie durch den Staat verletzt erscheine und weil die Sache hier nicht von so grosser Wichtigkeit ist; die Qualificationen eines solchen Hauslehrers hat aber der Staat durchaus zu bestimmen das Recht, um so mehr, da eine Controle der Thätigkeit solcher Lehrer unmöglich scheint. — Ferner wird der Staat zu Gründung von Schulen der Privaten nur dann Erlaubniss geben, wenn ein Bedürfniss dazu nachgewiesen wird und der Staat sich selbst nicht im Stande sieht, diesem Bedürfnisse sofort zu entsprechen. Und der Staat hat als Anstalt für die sittliche und culturliche Erhebung des Volkes die heilige Pflicht, durch Schulanstalten aller Art dem Volksbedürfnisse so zu genügen,

dass den Privaten möglichst kein Spielraum hierin gelassen werden braucht. Unterricht und Bildung ist Sache der Nation. Die Nation soll darin möglichst unabhängig von Privatwillkür sein. Der individuellen Freiheit geschieht dadurch kein Abbruch, denn die Autodaxie ist ja keineswegs ausgeschlossen. Eine grössere Willfährigkeit ist aber dem Staate von Uebel und lieber möge der Einzelne im einzelnen Falle dadurch leiden, als dass der individuellen Neigung des Einzelnen zu Liebe die Ordnung des Ganzen bedroht werde. Nun weiss ich zwar sehr wohl, dass diese Ansicht der gegenwärtig (namentlich in Berlin und Frankfurt) herrschenden durchaus entgegengesetzt ist. Indessen das kann mich noch nicht bestimmen, hier von meiner principiellen Auffassung auch nur um ein Haar breit abzuweichen. Ich glaube, diese Ansicht von Schule und Unterricht als einer rein individuellen und privaten Sache und diese Scheu vor dem Staatseinflusse in diesen Dingen ist durch nichts Anderes als durch die Furcht vor einem Gespenste von Staate, der eben nicht mehr existirt, hervorgerufen. Diejenigen, welche solche willkürlichen Satzungen aufstellen, haben immer noch den absoluten, volksbevormundenden Staat vor Augen und dem gegenüber hätten sie allerdings Recht sich zu fürchten. Aber das ist ja nun jetzt eine leere Gespensterfurcht, etwas durchaus Lächerliches. Der gefürchtete, gehasste Gegenstand existirt nicht mehr. Fürwahr die volksfreie Monarchie ist erblüht; in dem volksfreien, constitutionellen Staate soll jeder Act ein volksthümlicher sein; dies Postulat wird auch an die Schulthätigkeit des Staates zu stellen sein und es ist nicht abzusehen, warum die constitutionelle Volksvertretung die Staatsgewalt nicht dahin zu bestimmen im Stande sein solle, das Unterrichtswesen in jeder Beziehung volksthümlich, auf der Basis der Volksfreiheit, der Anerkennung der Individualität und Humanität zu gestalten.

Endlich soll ja die Schule und selbst die Hochschule nicht die ausschliessliche und letzte Bildnerin des Volkes sein, sondern nur die Vorbildung, die Einführung ins Leben übernehmen, diesem aber und der individuellen Freiheit die Ausführung und Vollendung des von ihr begründeten Werkes über-

lassen. Die Staatsschulbildung hat ja eine bestimmte Schranke. Der Staat will ja nur die jungen, noch unvollendeten Persönlichkeiten in seinen Bürgern in seinen Unterricht nehmen, um ihnen später eine höhere Selbstständigkeit durch Stärkung ihrer Sittlichkeit und Intelligenz zu geben. Also der Staatsunterricht erstreckt sich nur auf die Jugend, die mit ihrer Bildung in irgend einem Studium und so lange dies dauert noch nicht zum Abschlusse gekommen ist und sich noch nicht entschlossen hat, statt der Schule das Leben und den Lebensberuf als ihren nunmehrigen einzigen Bildner und Zuchtmeister zu erwählen. Die Staatsschule ist nur die Vorbereitung des Bürgers zu einer Weiterbildung durch das Leben. Sodann, und das hängt unmittelbar damit zusammen, der Staat will in seiner Schule überhaupt nie die Bildung des Einzelnen zum Abschlusse bringen. Der Staat will seinen Bürgern nur die sichere Möglichkeit zur Weiterbildung in einem jeglichen Lebensberufe, den der Einzelne durchaus nach freier Wahl und nach seiner innersten Eigenthümlichkeit und Persönlichkeit zu bestimmen hat, durch seine Staatsschulen gewähren; er will die Bürger keineswegs zu lauter Leuten der Wissenschaft, zu wissenschaftlichen Theoretikern machen. Nein, nimmermehr ist es Aufgabe des Staats, seine Bürger alle insgesamt möglichst zu Gelehrten und sein Reich zu einer Gelehrtenrepublik zu machen, sondern vielmehr das Gegentheil, allgemein zur vernünftigen Humanität und speciell zur Tüchtigkeit im Berufsleben will er sie vorbereiten, indem er jedem jungen Bürger die sittlich-intellectuelle Befähigung zum Menschenthume und für jeden Beruf gibt und zwar nach einem gewissen Verhältnisse und in richtigem Ebenmasse mit dem allgemeinen höheren oder niederen Charakter des individuell zu wählenden Lebensberufes des Einzelnen, ohne aber doch auch wiederum speciell für den einzelnen Beruf particularistisch vorbereiten zu wollen, sondern immer nur den Gesichtspunkt auf das Ganze der Nation und ihre grossartigsten und nothwendigsten Gliederungen richtend, für die verschiedenen Klassen von Berufsarten nur insofern verschieden sittlich-intellectuell vorbildend, als sie eine höhere oder geringere Bildung als Fundament ihres Seins und Lebens verlangen. Die Staatsschu-

len lehren demnach die allgemeinen Grundsätze eines vernünftigen Bürger- und Menschenthums, sie geben den Zöglingen nicht ein System der Wissenschaft, sondern geben ihnen die zur Humanitäts-Bildung und zu jeglichem Berufe nothwendigen Kenntnisse in diesem oder jenem Grade, weder eigentliche Gelehrsamkeit, noch Spezialfachkenntnisse für einen individuellen Beruf, also ohne Rücksicht auf den Einzelnen als solchen. Es gliedern sich die Staatsschulen einmal in Volksschulen, worin für die niederen Lebensberufe, zu denen keine tiefere Bildung nothwendig ist, die allgemeinsten Kenntnisse beigebracht werden. Lesen, Schreiben, Rechnen, Naturkunde, vaterländische Geschichte, deutsche Grammatik, Moral und füglich Weise für reifere Schüler eine übersichtliche Kenntniss des socialen und politischen Zustandes unseres Volks und Staats bilden die Gegenstände des Unterrichts. Die kleinen Handwerker, Ackerbauer, Arbeiter finden hier genügende Vorbereitung zu ihren einfachen Berufsgeschäften und lernen gerade so viel, dass sie ihrer Menschenwürde sich bewusst werden, dass sie ihre Geschäfte geistig zu beherrschen, ihre Handlungen moralisch zu prüfen im Stande sind, sich als nothwendige Glieder des Staats erkennen und somit als Menschen und Bürger glücklich fühlen. — Eine andere Art von Schulanstalten sind solche, die für einen höheren Beruf vorbereiten, der eine umfassendere Geistesbildung erfordert. Zweck dieser Anstalten ist, den Geist in jeder Beziehung zu einer höheren Stufe der Sittlichkeit und Intelligenz zu erheben, damit er sich in mehr geistigen Berufsbeschäftigungen zu bewegen lerne. Es ist hier eine Unterweisung in den alten Sprachen, Naturkunde, Mathematik, Geschichte, deutscher Literatur, Moral, Religionsgeschichte, in Deutschland üblich und zweckmässig zu einer Art universeller Bildung. Ein aus solchen Anstalten hervorgegangener Bürger wird den Anspruch auf geistige Bildung machen können und ist nun befähigt, entweder auf Grundlage seiner erworbenen Kenntnisse ein wirkliches Studium der Wissenschaft als solcher zu betreiben und dem Lebensberufe eines Gelehrten wiederum entweder zeitweilig (als Studiosus der Gelehrsamkeit) oder auch lebenslänglich als ein Mann der Wissenschaft, als ein

eigentlicher Gelehrter (Universitätsdocenten ganz besonders oder auch als Privatgelehrter oder Akademiker in specie) sich zu widmen, oder aber einen geistigen Beruf zu wählen, der gerade keine gelehrte, strengwissenschaftliche (Universitäts-) Bildung erfordert, wohl aber eine gewisse grössere Bildung verlangt, oder auch endlich zur Selbstbefriedigung seines geistigen Strebens mit dieser gewonnenen Bildung durch die Schule abschliessend und dem Lebensstrome sich hingebend mit diesem gewonnenen geistigen Rüstzeuge, ohne gerade die Anwendung auf einen bestimmten Beruf zu machen. Diese Schulen sind in Deutschland mit verschiedenen Namen belegt und theilweise verschieden eingerichtet, so dass sich namentlich die protestantischen vortheilhaft vor den katholischen durch geistige Regsamkeit und universelle Tendenz, durch deutsche Volksthümlichkeit und Freiheit wie durch einen gewissen Humanitätscharakter auszeichnen. Die Namen dafür sind: Gymnasien, Pädagogien, lateinische Schulen, Lyceen; überall ist im Ganzen dieselbe Tendenz. Die sogenannten höheren Realschulen der neuesten Zeit sollen mehr speciell zu gewissen höheren Fächern des praktischen Berufslebens im Gegensatz zum gelehrten Studium auf der Universität vorbereiten und sind an sich eine unglückliche Schöpfung, da sie die Tendenz der Spezialschule haben, ohne solche doch ganz sein zu können und zu wollen, haben aber ein begründetes Recht für ihre Existenz, so lange die Gymnasien noch so manche mittelalterliche Zuthat (wie Lateinsprechenlernen) beibehalten oder auch überhaupt nur einseitig die Tendenz haben, gerade für die Universität speciell vorbereiten zu wollen. — Spezialschulen scheinen nur in den wenigsten Fällen zweckmässig, nämlich zur Vorbereitung für gewisse Berufsarten, die höhere technische Kenntnisse voraussetzen, ohne gerade ein wissenschaftliches, gelehrtes Studium zu verlangen, z. B. Handelsschulen, Ackerbauschulen, Handwerksschulen. Ihr Verhältniss zu den Gymnasien ist schwierig; sie bilden eine Mittelstufe zwischen diesen und den Volksschulen mit irgend einem speciellen Charakter; wenigstens sollte die ganze oder doch theilweise Gymnasialbildung die Vorbereitung zum Eintritt in diese Spezialschulen abgeben, damit die Zöglinge eine

möglichst geistige Grundlage für die theoretische Vorbildung zu dem speciellen höheren technischen Beruf mitbrächten.

Schliesslich erlaube ich mir nur noch die Bemerkung, dass die in diesem ersten Kapitel gegebenen allgemeinen Erörterungen lediglich zu dem Endzwecke niedergeschrieben sind, um gewisse Fundamente zum richtigen Verständniss über die Universitätsfrage zu legen. Aus diesem beschränkteren Gesichtspunkte bitte ich sie zu beurtheilen.

Capitel II.

Die Wissenschaft.

Der Beruf und das Leben bilden dann diese der Schule Entlassenen weiter. Es giebt nun aber gewisse höhere Lebensberufe, zu deren tüchtiger Erfüllung eine tiefere Bildung, ein wissenschaftliches Studium als Vorbereitung nothwendig ist, indem die (durch Gymnasialbildung) gewonnenen Kenntnisse zur tüchtigen Uebung der Berufsthätigkeit nicht hinreichen, sondern vielmehr eine streng wissenschaftliche, systematische, gelehrte Vorbildung dazu erforderlich ist. Die Grundlage dieser Berufe ist ein gelehrtes und systematisch geordnetes Wissen und dazu wird erfordert, dass man von der Wissenschaft selbst als solcher wenigstens eine Zeitlang Beruf gemacht, sie selbst als einen (theoretischen) Beruf betrieben habe.

In jedem Volke nämlich, in welchem sich auf dem vernünftigen Principe der Theilung der Arbeit die organische Mannigfaltigkeit aller möglichen Lebensberufe, der höheren wie der niederen, der materiellen wie der geistigen, der theoretischen wie der praktischen, der öffentlichen wie der privaten herausbildet, wird nothwendig auch ein besonderer geistiger, theoretischer Lebensberuf darin bestehen, das Wissen als solches zum Gegenstande und zur Aufgabe der mensch-

lichen Berufsthätigkeit zu machen, auf Alles, was des Wissens werth ist (und es ist nun eben Alles des Wissens werth, was da ist in der physischen wie geistigen Sphäre) — die Energie des Geistes zu richten, es zu durchdringen, zu beherrschen, diesen ungeheuren Stoff zu ordnen, dafür ein oberstes Princip, die untergeordneten bewegenden Elemente und Grundlagen zu suchen, das Ganze organisch zu theilen, systematisch zu einen, überhaupt das Wissenswürdige d. i. das materielle und geistige Sein und Werden zu einem geordneten, systematischen Wissen, zur Wissenschaft zu erheben, sich mithin der Wissenschaft als einem Lebensberufe zu widmen. Es ist wohl zu merken, dieser Beruf ist ein rein theoretischer, das Wissen als solches ist sein Gegenstand wie sein letztes Ziel, immer Wissenschaft und abermals Wissenschaft, ein Versenken in das Wissen um des Wissens willen, nicht etwa um der praktischen Anwendung willen. Diejenigen, welche nun dauernd und als ausschliesslichen Lebensberuf die Wissenschaft wählen, das sind die eigentlichen Männer, Meister der Wissenschaft, die Gelehrten. Aber auch diejenigen, welche diesen Beruf nur als ein Uebergangsstadium ansehen und deren letzte Absicht keine andere ist als auf Grundlage dieses theoretischen Berufes künftighin, früher oder später, einen anderen praktischen Lebensberuf zu üben, müssen, wenn sie anders eine tüchtige Vorbereitung zu diesem letzteren heranbringen wollen, sich gewöhnen an eine Versenkung in das Wissen, sie müssen wenigstens zeitweilig der Wissenschaft als solcher leben und huldigen, damit sie ein wahrhaft wissenschaftliches Fundament ihres spätern praktischen Berufes legen, sie müssen sich, wenn auch nicht als Meister der Wissenschaft, als Gelehrte, so doch als Jünger der Wissenschaft, als, wie man sagt, *Studiosi literarum*, Studirende, Studenten betrachten.

Lebensberufe, welche ein so systematisches Wissen, die Wissenschaft und ein wissenschaftliches Studium voraussetzen, sind aber vornämlich alle diejenigen, welche eine unmittelbare Thätigkeit in Staat und Kirche zu ihrem Ziele haben, kirchen- und staatsamtliche Lebensstellungen der verschiedensten Art.

Also namentlich auch die Lehrer in den Staatsschulen, wenn sie anders die Kenntnisse der Schulbildung einmal selbst wahrhaft beherrscht haben und sodann den Schülern wahrhaft gründlich vortragen sollen, müssen zeitweilig Beruf von der Wissenschaft gemacht, studirt haben, ehe sie ihren praktischen Beruf ausüben, welcher auf der Schule keineswegs der ist, den Schülern Wissenschaft selbst zu lehren, sondern ihnen die allgemeinen Kenntnisse, die allgemeine Bildung zu verschaffen, welche nothwendig ist, um das Wissen als selbstständigen Beruf zu treiben, um die Wissenschaft später (auf der Universität) als eine freie Kunst und Thätigkeit unter dem Einflusse nicht von eigentlichen Lehrern, sondern von Gelehrten, von Meistern der Wissenschaft zu betreiben. Doch nicht bloss künftige Staatsbeamte etc. bereiten sich durch zeitweilige berufsmässige Uebung der Wissenschaft für das praktische Leben vor, sondern auch alle diejenigen, welche überhaupt den Drang in sich fühlen, ihr künftiges praktisches Berufsleben, gleichviel welcher Art und welcher Sphäre, mit wissenschaftlichem Bewusstsein, mit der Kraft und auf der Grundlage der Wissenschaft zu vollbringen, und fürwahr es wird immer ein Segen sein, eine solche Grundlage an irgend einen Beruf des Lebens, sei es ein Handwerk, sei es ein Handelsgeschäft etc. heranzubringen und vom Standpunkte der Wissenschaft die technische Uebung des Geschäftes zu vervollkommen zu suchen. — Doch wir lassen diese praktischen Berufssphären, welche den wissenschaftlichen Beruf nur als ein theoretisches Provisorium für eine praktische Thätigkeit betrachten, hier zur Seite liegen. Uns interessirt fortan nur dieser wissenschaftliche, dieser theoretische Beruf als solcher, das Studium der Wissenschaft als solches. Und dieses hat zugleich noch eine andere ideale, allgemein menschliche Seite.

Das Wissen ist die höchste Kraft des menschlichen Geistes und die Wissenschaft als das geordnete, systematische Wissen ist wiederum die vollendete Blüthe alles Wissens und die schönste Frucht des menschlichen Geistes. Diese Geistigkeit der Wissenschaft macht sie zum eigentlichen Typus des Menschlichen und in ihr wird der Mensch erst

wahrhaft zum Menschen, zur Stufe edler Humanität emporgehoben. Es ist Tendenz der Wissenschaft, den Geist wahrer Humanität zu verbreiten. Dadurch wird sie für jedes Individuum Ziel und Aufgabe sowie das Mittel, wodurch er aus seiner Vereinzelung und Beschränktheit heraustritt und sich zum Bewusstsein der Allgemeinheit erhebt. Zugleich wird durch die Wissenschaft die nationale Schranke, welche an sich zwar berechtigt ist, doch nicht absolute Geltung hat, gebrochen und die Nation und alle ihre nationalen Einrichtungen, namentlich denn auch die höchste Spitze und die vollendete Krone aller nationalen Organisationen, der Staat, zu einer Gliederung des Menschlichen erhoben und mit dem universellen Charakter der Humanität durchdrungen. Das Individuum als solches sowie als Glied in irgend einer Sphäre des Lebens, und die Nation in allen ihren Manifestationen und Instituten empfangen durch die Wissenschaft und durch nichts Anderes den Humanitätszug, der Jedem so wohl thut und der nicht anders zu erwerben ist, jene Universalität des Geistes, die die Schranken von Zeit und Oertlichkeit leicht zu überspringen weiss und den Zusammenhang unter den einzelnen Spezies des Menschen und der Menschheit zu erkennen und zu würdigen versteht.

Das Reich des Wissens und der Wissenschaft ist unermesslich gross, nie zu ergründen. Alle Spären des Seins im Himmel und auf Erden, in den Tiefen und Höhen der Natur und des Geistes in Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft, die Adern der Erde, die Adern des Pflanzen- und thierischen Lebens, die Geheimnisse des menschlichen Herzens und die Richtungen des menschlichen Verstandes und der Vernunft, endlich das Wesen Gottes und alle Manifestationen der Natur, des göttlichen wie des menschlichen Wesens, Religion, Moral, Recht, Alles dieses fällt in den Kreis des Wissens und soll Gegenstand der Wissenschaft sein: fürwahr ein unermessliches Gebiet, das auch nur zu betreten der Einzelmensch mit heiliger Scheu unternehmen mag; er möge sich nicht darin verirren; nun vollends aber die Herrschaft über dieses Reich des Wissens in seinem ganzen Umfange zu beanspruchen, ganz universell diese unermessliche Wissenschaft zu pflegen

und; sich zu eigen zu machen, das wäre Vermessenheit für den Einzelnen; das ist unmöglich.

Das Princip und das Bedürfniss von der Theilung der Arbeit macht sich denn auch hier geltend im geistigen Gebiete sowie im materiellen, und wie im letzteren auf Grundlage dieses principiellen Bedürfnisses die menschliche praktische Berufsthätigkeit im Allgemeinen in viele besondere Strahlen ausläuft, die aber alle doch nach einem gemeinsamen Mittelpunkt streben und sich gegenseitig zu ergänzen, zu durchdringen und zu einem lebendigen Ganzen zu vollenden den Trieb haben, also in die verschiedenen Gewerke, Künste etc. auseinander sich legt, — so breitet sich die eine grosse Wissenschaft der Natur und des Lebens in eine unendliche Mannigfaltigkeit von Gliederungen und Spitzen aus, die aber alle ein organisches Ganze bilden, indessen doch in ihrer Besonderheit einen gewissen Kreis der Selbstständigkeit beanspruchen dürfen, insofern sie sich auf einzelne bestimmte Seiten der Natur und des Lebens erstrecken. So entstehen die verschiedenen Zweige der Wissenschaft, die verschiedenen Wissenschaften, wie man sich ausdrückt, um jede einzelne doch wieder als ein Glied des Ganzen zu bezeichnen. Diese lassen sich wieder nach gewissen Hauptgruppen abtheilen, insofern mehrere gemeinsame Punkte haben.

Dieser einzelnen Gliederungen der einen grossen Wissenschaft vermag der Einzelne sich schon zu bemächtigen und ihrer Herr und Meister zu werden; und fürwahr in jeder grossen gebildeten Nation wird sich eine solche Mannigfaltigkeit der individuellen Neigungen zu dieser und jener Reihe der Wissenschaften finden, dass jede derselben ihre Pfleger und Vertreter, ihre Jünger und Meister finden wird. Die organische Kraft des Volks treibt mit richtigem Instincte zu dieser Universalität der Pflege der Wissenschaft hin, doch ist zu gestehen, dass ein Volk hier vollständiger, ein anderes lückenhafter ist, und daran zu erinnern, dass es ein Recht jedes Menschen und nun namentlich der bewussten Volksgesamtheit, also des Staats ist, durch freie vernünftige Entschliessung und bewusste Ergänzung nachzuhelfen, wenn der Volksinstinct eine Lücke gelassen hat. Sodann mag jeder Vertreter einer ein-

zelnen Wissenschaft oder einer einzelnen Art von Wissenschaften nie den lebendigen Zusammenhang vergessen, der unter allen Wissenschaften besteht und der alle dahin treibt, sich als liebende Töchter mit der einen grossen Mutter in inniger Verbindung und Wechselwirkung zu erhalten. Und die einzelnen Pfleger und Vertreter der Wissenschaften haben ganz gemäss diesem innigsten verwandtschaftlichen und sich zu ergänzen und zu vollenden strebenden Zuge dieser einzelnen Gliederungen der grossen Wissenschaft das innerste und tiefste Bedürfniss und einen wahren Drang zu einer einheitlichen Genossenschaft sich zu verbinden und so auch äusserlich ein Band unter sich zu befestigen, welches innerlich und nach der Natur der Sache von Anfang an unter ihnen schon besteht. Diese Genossenschaft der freien Vertreter der Wissenschaft in ihrer Ganzheit ist die Universität.

Capitel III.

Die Universität.

Die Universität erscheint demnach ihrem wesentlichen Charakter nach als eine freie selbstständige Anstalt der Wissenschaft. Ihr vornehmstes und wesentlichstes Princip ist demnach nichts Anderes als die Wissenschaft, ein Princip so edlen und so vollendeten Inhalts wie irgend ein anderes, und dieses giebt der Universität gegenüber jedem andern menschlichen Institute, namentlich gegenüber jeder anderen Anstalt innerhalb einer Nation, einen berechtigten Anspruch auf selbstständige Existenz, auf freies Wachsen und Blühen in treulicher Erfüllung der durch das Princip gesteckten Aufgabe, eine gewisse Unabhängigkeit und Selbstständigkeit, auch selbst gegenüber den mächtigsten Instituten des nationalen Lebens, der Kirche nämlich und dem Staate. Wie die Kirche die Freiheit und das Recht hat, ihr Princip, die Religion,

zur Erscheinung zu bringen und zur Erreichung dieses Zweckes durch eine eigenthümliche Organisation der Kirchengenossen sich zu einer selbstständigen Anstalt gegenüber dem Staate zu erheben, so hat auch die Universität das Recht, ihr innerstes Princip, die Wissenschaft zu pflegen und zu diesem Behufe eine organisch gegliederte Anstalt mit einem selbstständigen Charakter gegenüber dem Staate wie der Kirche, der Familie, der Schule, der Gemeinde zu bilden, denn deren aller Princip ist ein ganz anderes, ist nicht die Wissenschaft und durch die Entfaltung eines freien Universitätslebens und -wesens kann keine jener anderen Institute getrübt, sondern vielmehr wegen des inneren Zusammenhanges aller nationalen und menschheitlichen Einrichtungen nur gefördert werden.

Fürs Erste ist also fürwahr die Förderung und das Wachsthum der Wissenschaft und somit die persönliche Selbstbefriedigung der Vertreter der Wissenschaft eben durch das in ihrer Thätigkeit geförderte Grünen und Blühen ihres Principis das belebende Element und der Träger des Universitätslebens. Man schrecke davor nicht zurück. Wir werden dadurch nicht in Gefahr gerathen, die Universitäten principiell zu todtgeborenen Akademien nach französischem Muster und Styl (wie sich deren auch in Deutschland finden) zu setzen. Aber das Obige ist allerdings ihr Grundcharakter, ein Charakter, der wenn man nur alle Consequenzen seines principiellen Wesens zieht — und man muss sie ziehen — nothwendig die Universitäten zu etwas Lebensfähigerem macht als zu jenen sog. Akademien, in denen allerdings dasselbige Princip der Universität vorliegt, aber als ein todttes, starres, hohles, in der Erde verscharrttes, so dass es nicht im Stande ist sich zur vollen Entwicklung seines mächtigen Inhaltes irgendwie zu erheben.

Die Wissenschaft ist aus dem menschlichen Geiste herausgeboren, dessen höchste Vollendung und Verklärung; ihre grösste Blüthe wird demnach sein, wenn sie in möglichst vielen, in allen Geistern der Menschen sich niederlässt und die ganze Menschheit in allen ihren Gliedern von ihr erfüllt ist, sie ausbaut, pflegt, schmückt, wenn die Wissenschaft und die Menschheit völlig zusammenfallen und somit der Geist wahrer Humanität verbreitet ist. Dies Ziel der Wissenschaft ist jene

Universalität und Humanität, die geistige Veredelung des Menschengeschlechtes. Von diesem edlen Charakter der Wissenschaft getragen wird die Universität und werden die einzelnen Vertreter der freien Wissenschaft auf ihr den Beruf in sich verspüren, die Wissenschaft recht allgemein zu verbreiten und somit deren höchste Vollendung zu erreichen, die Durchbildung des ganzen Menschengeschlechtes, die Ausbreitung echter Humanität auf dem ganzen Erdboden unter allen Menschen. Diesen Beruf als das letzte Ziel sich setzend, werden sie nicht bloss durch Schrift ihre Wissenschaft zu verbreiten bemüht sein, sondern namentlich durch die Macht des beflügelten Wortes die Herrschaft der Wissenschaft und somit wahre Humanität zu verallgemeinern suchen. Dazu kommt, dass jeder Mensch, und darum auch der Gelehrte das Bedürfniss hat sich mitzutheilen, seine Ansicht von der Wissenschaft in Anderen herrschend zu machen, um seine Wissenschaft, sein zweites Ich in Anderen wieder aufleben zu sehen. Jener Beruf und dieses Bedürfniss drängen jeden Vertreter der Wissenschaft zur Verbreitung der Wissenschaft und somit zur Verbreitung der Humanität, zur Erziehung des Menschengeschlechtes durch die Macht des Wissens. Und dies Ziel wird um so leichter werden, da der Mensch nach seinem innersten Trieb bereit ist zur Wissenschaft als dem Brennpunkte vollendeter Menschenbildung heranzutreten. Wo irgend nur ein Sitz der Wissenschaft errichtet ist, da werden, dem innersten Zuge ihres Herzens nach Humanitätsbildung nachgebend, Jünger sich finden, um die Wissenschaft zu lernen und somit zur Humanität sich heranzubilden. Die Universität ist in dieser Beziehung zugleich eine Lehranstalt, die Bildungsanstalt zur Humanität, zur vollendeten harmonischen Bildung des Menschen. Der Unizersitätsgelehrte soll und muss zugleich Lehrer der Wissenschaft sein. Das ist die innere Freudigkeit am Lehren und am Lernen im freien Dienste und Geiste der Wissenschaft, die wahre Freudigkeit des Unterrichts und das freieste wie innigste, weil geistigste Band eines Verhältnisses zwischen Meistern und Jüngern der Wissenschaft. Das ist die wahre akademische Freiheit. Wer diese heiligste Regung zum Geben und Empfangen der reinen Wissenschaft nicht in sich

trägt, wer diese freie Pflege der Wissenschaft nicht zu begreifen, nicht zu hegen versteht, der bleibe fern von der Universität. Sein Geist passt weder zum Jünger noch zum Meister der Wissenschaft. Dieses Lehren hat aber nicht den Zweck, blosse Kenntnisse mitzutheilen, wie dies Tendenz der Schule (der Volksschule wie des Gymnasiums) war, sondern um den Menschen mit dem reinen Geiste der Wissenschaft zu erfüllen, ihn zu den Principien der Wissenschaft heranzuführen und aus diesen ihn durch selbstthätiges Mitdenken einen vollendeten systematischen Bau aufrichten zu lassen.

Die Wissenschaft aber und demnach die Universität nimmt es mit dieser Ausbildung zur Humanität so genau als möglich. Wie der vollendete Mensch ebenso sehr verständig als vernünftig wie nach seinem Herzen, Gemüthe, seiner Gesittung, ja auch in physischer Hinsicht wahrhaft ausgebildet sein muss und somit ein organisches Ganze bildet, so strebt auch die Universitätsbildung dahin, alle diese Seiten des Menschenthums zur vollendeten Erscheinung zu erheben und die Jünger der Wissenschaft nicht bloss mit verständiger Bildung, mit Vernunftbegriffen auszustatten, sondern ihn zugleich zur Gesittung zu erheben und Herz und Gemüth zu veredeln, alles dieses allerdings nur durch die Macht des Wissens und der Wissenschaft, durch den edlen Inhalt und durch die schöne Form der Theorie. Dies muss aber der echten Wissenschaft leicht werden, da sie mit ihrem universellen Charakter gleichmässig sich erstreckt auf alle Sphären des materiellen und geistigen Seins, da sie namentlich Religion, Moral, Recht, das Schöne, das Gefühlvolle, die Kunst u. s. w. zum Gegenstande ihrer Herrschaft hat und auch abgesehen von diesem speciellen Inhalte, ihr Wesen in jeder Beziehung von solcher Klarheit, Erhabenheit und Tiefe erfüllt ist, dass sie dem für sie Empfänglichen fürwahr ebenso sehr mit Begeisterung und Liebe erfüllen, als sittlich erheben wie intellectuell bilden wird. Die Universität hat die Aufgabe, den Menschen durch die Theorie nicht etwa bloss zum scharfen Denker, zum gewandten Dialectiker zu bereiten, sondern namentlich nicht weniger seinen Charakter zu befestigen, den Sinn für alles Schöne und Gute zu wecken, selbst, soweit dies die Theorie vermag,

auf die Kräftigung des Körpers bedacht sein, ja zur Erreichung dieser letzteren Zwecke mit den praktischen Künsten der Musen willig Hand in Hand gehen, wohl begreifend, dass hier die Theorie nur wenig vermag, wenn nicht zugleich die Praxis unmittelbar damit verbunden ist; freilich wird sie die Belehrung durch die Praxis nicht den eigentlichen Vertretern der Wissenschaft, also den eigentlichen Universitätsdocenten zumuthen können, sondern dies den Künstlern überlassen. Die Turnermeister, Fechtmeister, Zeichenmeister, Tanzmeister, Musikmeister etc. mögen mit ihrer unmittelbaren Uebung der Kunst den Theoretikern zu ihrer Wirksamkeit helfend an die Hand gehen.

Aber die Universität weiss wohl, dass es keine Menschen ohne ein concretes Bürgerthum gibt und dass die Humanität erst dann existiren und Blüthen und Früchte tragen könne, wenn die Wissenschaft auch dieses Bürgerthum unter ihre besondere Wirksamkeit nimmt und demnach sich die Universität auch geradezu das Ziel setzt, wie vollendete Menschen, so tüchtige Bürger zu erziehen, nämlich durch nichts Anderes als durch die Wissenschaft und Beides in voller Harmonie, dass im vollendeten Bürger der vollendete Mensch sich widerspiegele und das Bürgerthum vom Geiste der Humanität getragen werde. Und es wird der Universität leicht, diesen Doppelzweck zu erfüllen. Wir haben oben gesehen, dass die Wissenschaft alle Zweige des Lebens, der Natur, der Materie, des Geistes, alles Wissenswürdige zu ihrem Gegenstande hat. Sie verbreitet sich demnach nach diesem ihren universellen Charakter jedenfalls auch über diejenigen Sphären und ruft auch solche besondere Wissenschaften hervor, welche eben den Bürger als Bürger bilden können, indem sie den socialen, politischen Stoff in seinem ganzen Umfange darlegen und organisch gliedern, so dass er leicht zu beherrschen ist. Durch diese Wissenschaften wirkt die Universität unmittelbar für die Heranbildung eines kräftigen gesunden Staatsbürgerthums, indem sie den Geist der Bürger mit den wissenschaftlichen Principien von dem erfüllt, was im Reiche des bürgerlichen, staatlichen, socialen Lebens irgendwie von Wichtigkeit ist; aber sie bildet eben nur durch die Wissenschaft und ihre

Haupttendenz ist nur diese; es ist vielmehr als eine segensreiche Wirkung und Folge der Universität zu betrachten, wenn sie durch die gründlichen Lehrvorträge über solche Realwissenschaften den Bürger ganz besonders zu seinen privaten oder öffentlichen Berufsgeschäften befähigt. Natürlich kann die Universität am wenigsten bloss als Bildungsanstalt für angehende Beamte betrachtet werden, als Staatsschule. Der angehende Beamte findet allerdings hier ebenso seine wissenschaftliche Vorbildung wie der gewöhnliche Bürger, der sich zum Dienste für andere Berufsgeschäfte (in der Familie, im Handwerk, im Handel) wissenschaftlich heranbilden will. Aber einmal sind diese Zwecke allemal nur für untergeordnet zu halten und wer sich auf der Universität nicht wegen des Studiums der Wissenschaft als solcher aufhält, wer nicht was man sagt studirt, der missbraucht den Charakter der Universität, setzt sie zur Specialschule herab, kann also auch ihren wahren Segen, den Geist echter Humanität, nicht erlangen, studirt nicht, sondern lernt, ist ein Schüler, kein Student, kein Jünger der Wissenschaft.

Universitäten sind mithin ihrem innersten Triebe nach Pflegerinnen und Vertreterinnen der freien Wissenschaft und in dieser Beziehung kann man sie mit Recht als Akademien bezeichnen; sie sind aber nicht weniger Bildungsanstalten zur Verbreitung des Geistes wahrer Humanität, zur universellen Humanitätsbildung des Individuums wie des Volksganzen durch die Pflege der Wissenschaft, und in dieser Hinsicht sind die Universitäten nicht weniger Hochschulen, das sind eben Anstalten zur Verbreitung der durch die Wissenschaft möglichen höchsten Bildung zur Humanität; endlich sind zwar die Universitäten nun und nimmermehr blosser Specialschulen zur Bildung tüchtiger Bürger in ihren Specialberufen oder nur gar blosser bürokratische Staatsschulen zur Vorbereitung für den unmittelbaren Staatsdienst; aber sie schliessen doch dieses Ziel nicht absolut von sich aus, sondern vielmehr es ergibt sich aus dem Charakter der Hochschule und aus dem universellen Wesen der Universität und Wissenschaft ganz von selbst der ganze volle Segen der

Specialschule, ohne dass irgend die Beschränktheit, Befangenheit und Trivialität dieser Institute damit verbunden wäre.

Capitel IV.

Universität und Staat. Autonomie und Kanzelariat.

Wegen ihres eigenthümlichen Inhalts, der Wissenschaft, macht denn die Universität mit Fug und Recht Anspruch auf eine freie selbstständige Stellung gegenüber allen anderen menschheitlichen, nationalen Instituten, namentlich auch dem Staate. Wie die Kirche wegen ihres besonderen Inhaltes (Religion), wie selbst die Familie zum Behufe der freien Entfaltung der ihr zum Grunde liegenden Idee, wie die Gemeinde zur freien Versorgung des örtlichen Bedürfnisses einen selbstständigen Charakter und eine freie organische Entwicklung und zu dem Behufe eine eigenthümlich organisirte äussere Verfassung beanspruchen und namentlich alle diese Institute zur Erreichung ihrer eigenthümlichen Ziele die Freiheit vom Staate fordern, so darf diese Freiheit vor Allem beanspruchen die Universität mit einem Inhalt, mit dessen Grossartigkeit und Erhabenheit nur der Charakter des Staats und der Kirche sich zu messen und zu wetteifern vermag. Dies begründet denn die corporative Eigenschaft der Universität und ihrer Glieder, eine Eigenschaft, die sich nicht bloss auf die eigentlichen Meister, sondern in gewisser Weise auch auf die Jünger der Wissenschaft erstrecken muss und demnach Lehrer wie Studirende zu corporativen Gliedern der Universität erhebt. Es ist diese corporative Stellung um so nothwendiger, damit die Universität trotz ihres der Kirche und dem Staate verwandten Inhaltes ihre freie Selbstständigkeit behaupten und zur Erscheinung bringen möge. Auch Staat und Kirche haben zu ihrem mehr oder weniger ent-

fernteren Ziele die Bildung des Menschen, die Kirche vom Standpunkt der Religion aus, obgleich sie sich dabei gegen die übrigen Seiten des menschlichen Lebens nicht völlig gleichgültig, passiv oder auch nur neutral verhalten kann; der Staat bildet den Menschen, um die Nation als Ganzes gebildet zu wissen, verschliesst sich aber trotz seines von Anfang an mehr nationalen Gesichtspunktes keineswegs gegen Humanitätsbildung; die Universität will zwar Verbreitung der Bildung nur secundär, nämlich in Folge der Pflege und Verbreitung der Wissenschaft, aber einmal will sie damit unmittelbar die Humanitätsbildung, das andere Mal ist sie keineswegs der Ausbildung einer tüchtigen Nationalität feindlich gestimmt, sondern fördert mittelbar auch diese. Man sieht, hier sind zwischen den verschiedenen Instituten, namentlich Staat und Universität, die verschiedensten Berührungspunkte gegeben und diese können nun zwar gewiss ganz besonders dazu dienen, eine Harmonie der menschlichen Lebensentfaltung zu vollbringen, aber sie werden auch leicht Collisionen bewirken können und so geradezu gegen ihre eigene Neigung dahin getrieben werden, jene principiell beabsichtigte Harmonie zu stören. Wenn aus diesem Gesichtspunkte eine gewisse Trennung des Staats von der Kirche, so ist namentlich auch die Unabhängigkeitsfeststellung der Universität nothwendig und namentlich die Gestattung einer freien Fixirung derselben in einer selbstständigen Korporation, die nicht etwa eine dem Staate, der Kirche etc. feindliche Stellung einzunehmen beabsichtigt, sondern einzig dazu dienen soll die freie Entfaltung des Universitätscharakters zu ermöglichen und auf die Dauer zu verbürgen.

Nach unserer Ansicht vom Princip und Wesen der Universität wird man auch nicht leicht in Versuchung kommen, den Inhalt des Staats und den der Universität für identisch zu halten. Diejenigen allerdings, welche das eigentliche Princip der Universität in die Verbreitung der Humanität setzen, sind eher in Gefahr. Denn einmal ist zwischen Humanitäts- und zwischen Nationalbildung kein Gegensatz. Dann aber ist allgemein menschliche Bildung, Humanität, zu verbreiten mittelbar auch Zweck der Schule und des Staats, da dieser die

Schule hiezu als sein unmittelbares Organ benutzt und die Schule eben nichts als Staatsanstalt ist; Schule und Universität würden sich in ihrem Zwecke sowie im Princip fast gar nicht unterscheiden und es würde consequent daraus zu folgern sein, dass die Universität so gut als die Schule eine blosse Staatsanstalt zu werden den innersten Beruf habe; es würde ihr ja an jedem eigenthümlichen Inhalt fehlen, um sich specifisch von der Schule zu unterscheiden, um gegenüber der Schule und überhaupt gegenüber dem Staat etwas Besonderes und Eigenthümliches in berechtigter Weise selbstständig zu vertreten und somit eine unabhängige und selbstständige Stellung vom Staate beanspruchen zu dürfen. Wenn man der Universität nicht gleich von Anfang an ein specifisches Princip im Unterschiede von dem Princip der Schule und des Staats gibt und somit ein principiellles Fundament für die selbstständige Lebensentfaltung des Universitätswesens setzt, so ist es vergeblich, nachträglich der Universität einen Unterschied von Staat und Schule unterzubreiten und rein unmöglich das Recht zu einer selbstständigen unabhängigen Existenz der Universität nachzuweisen. Und doch ist die Sache klar genug. Die Universität hat die Wissenschaft zum Princip, der Staat die nationale Gesamtbildung; die Universität bedient sich als Mittel zur Geltendmachung ihres Inhalts gerade der Wissenschaft selbst; der Staat wendet sich an die Schule, die nur Kenntnisse verbreitet, nicht die Wissenschaft lehrt, und sie ist seine eigentliche Anstalt zur Bildung des Volks; die Universität verfolgt als unmittelbares Ziel immer die Wissenschaft und deren Ausbreitung; die Bildung des Individuums, des Volks, der Menschheit sind zwar unmittelbare Folgen und Segnungen dieses Zieles, aber nicht Ziel selbst; der unmittelbare Ausgangspunkt des Staats ist nichts Anderes als die Vollendung des Volks in sich selbst. Doch ist leicht zu ersehen, welche unendliche Wechselbeziehung zwischen beiden Instituten stattfindet und wie sie unverkennbar einen grossen Einfluss auf einander ausüben müssen. Wie sich nun der Staat als eine Anstalt des Geistes von dem geistigen Inhalt der Universität wird willig durchdringen und bestimmen lassen müssen, so wird die Universität gern die äussere Herrschaft des Staats

über sich anerkennen, da der Staat den Beruf hat, alle Rechtsverhältnisse, also auch alle Korporationen in sich zum nationalen Ganzen zusammenzuschliessen, und wird dem Staate zu diesem Behufe einen Einfluss auf ihre äussere Gestaltung und Verfassung gewähren, soweit einmal dadurch nicht die Entfaltung des Universitätsinhaltes gefährdet wird, und sodann soweit dieser Einfluss zur Existenz des Staats, zum harmonischen Nebeneinanderbestehen des Staats und der Universität oder besser zur vernünftigen Existenz der Universität innerhalb des Staats nothwendig ist. Die Universität ist aber darum keine Staatsanstalt, keine Staatsschule, denn sonst würde auch die Kirche eine solche sein müssen.

Somit hat sich der Staat um den innersten Inhalt der Universität nicht zu kümmern. Die Freiheit der Wissenschaft ist unantastbar. Unbedingte Lehr- und Pressfreiheit ist der Universität zuzuerkennen. Sogenannte staatsgefährliche Doctrinen sind wiederum einzig durch Doctrinen zu überwinden, so lange sie sich innerhalb der Universität, also der Wissenschaft halten, nicht sich auch in der Staatsschule (Volksschulen, Gymnasien) geltend machen wollen; und der Staat muss Vertrauen zur Tüchtigkeit der Wissenschaft haben, die ja eben kein Gegensatz zu einem nationalen Staatsleben ist. Doch wird man zu diesem Behufe dem Staate und auch der Kirche willig die Befugniss einräumen, Lehrer an die Universität zu bringen, welche im Sinne der Kirche und des Staats die betreffenden Disciplinen vortragen; natürlich müssen Staat und Kirche dazu die äusseren Mittel besonders hergeben. Es ist wirklich nicht abzusehen, wesshalb man Staat und Kirche solche Befugniss verweigern wollte, über den Etat der Docenten noch neue ihrer Art und auf ihre Kosten zu bestallen. Die Wissenschaft kann durch vielseitige Pflege nur gewinnen, und räumt man denn nicht jedem Privaten das Recht ein, seine eigenthümlichen Ansichten von der Wissenschaft, eben durch seine Habilitation, an der Universität geltend zu machen? Warum sollte man ein solches Recht der Kirche und dem Staate zur Erhaltung ihrer Existenz entziehen? Doch würde andererseits die Universität das Recht haben, das besondere Verhältniss dieser eigenthümlichen Lehrer, auch

wohl ihre Zahl zu bestimmen, damit nicht der ungetrübte, an sich unparteiische Charakter der Wissenschaft gefährdet werde.

Es wird nun darauf ankommen, die Abhängigkeit der Universität vom Staate in's gehörige Licht zu stellen. Sie rechtfertigt sich uns aber in folgender Weise:

I. Wie jede andere Korporation und Institution im Staate, so muss sich auch die Universität eine vom Staate abhängige Stellung gefallen lassen. In Betreff auf das Mass dieses Verhältnisses zum Staate streitet zwar einmal wegen des erhabenen Inhaltes der Universität die Vermuthung für eine grosse Selbstständigkeit der Universität innerhalb der Entfaltung ihres specifischen Inhaltes, aber wegen der unendlichen Wichtigkeit des Universitätsinstituts wird auch in allen Beziehungen, welche die Universität zum Staate mittelbar und unmittelbar hat, für einen bedeutenden Einfluss des Staats zu vermuthen sein.

II. Staat und Universität verfolgen in letzter Instanz dieselben Lebensziele: Verbreitung von Bildung. Wegen dieses verwandten Inhaltes sind Collisionen leichter möglich. Um so mehr wird der Staat dahin zu wirken berechtigt sein, dass sie womöglich nicht stattfinden, dass nichts gegen sein eigenes innerstes Lebensprincip geschehe innerhalb und von Seiten eines Institutes, welches allerdings seinem Princip nach die Tendenz haben müsste, ein geistiger Träger des Staatslebens zu sein. Es kann ja die Universität ihrem Principe untreu werden und vielleicht schon dadurch dem Staate schaden, dass sie die dem Staate nothwendigsten Wissenschaften vernachlässigt, oder auch, dass sie sich mehr als Akademie denn als Hochschule gerirt, oder auch, dass eine Universität, da es notorisch immer verschiedene Richtungen in der Wissenschaft und ihrer Methode giebt, durch Zufälligkeit so sehr sich dieser oder jener besonderen Richtung einseitig anschliesst, dass sie eben nicht mehr eine wahre universitas, kein studium generale ist, oder auch endlich dass sie gar nur Extreme in wissenschaftlichen Ansichten vertritt, die gegen das Wesen der Kirche und des Staats sich feindlich setzen. Um Alles dies möglichst zu vermeiden und ob es da ist, zu wissen, und

wenn es sich setzt, es in angemessener Weise zu bekämpfen, dazu ist der Staat berechtigt. Er hat also eine Aufsicht über die Universitäten zu üben. Er muss dann, um einseitige oder gefährliche wissenschaftliche Ansichten bekämpfen zu können, die Befähigung haben. Der Kampf kann aber auch vom Staate nur auf wissenschaftliche Weise geführt werden. Der Staat muss in einem solchen Falle das Recht haben, Lehrer der Wissenschaft an der Universität anzustellen, die eben, im Sinne des Staats und der Kirche, ihre Disciplinen vortragen. Weiter darf die Befugniss des Staats nicht gehen; denn sonst ist die Freiheit der Wissenschaft gefährdet. Die Wissenschaft ist nur durch die Wissenschaft, mit geistigen, nicht mit materiellen Waffen zu bekämpfen. Auch liegt fürwahr in einer solchen Anstellung von Lehrern zur Vertretung der Wissenschaft im Interesse, im Geiste des Staats durchaus nichts Gehässiges, falls man sich nur nicht scheut, so etwas öffentlich zu bekennen, falls nur die Sache gesetzlich normirt wird, falls der Staat nur solche Subjecte zu Lehrern wählt, einmal die ihre bestimmte wissenschaftliche Ansicht bereits früher documentirt haben und die als ehrenwerthe Leute bekannt sind, mithin nicht im Verdachte stehen können, dem Staate knechtisch zu willfahren in Proclamirung dem Staate förderlicher Theorien.

III. Unstreitig würde dem Staate das Recht zustehen, zur besonders tüchtigen Heranbildung unmittelbarer Militair- oder Civil - Staatsdiener besondere Spezialschulen (natürlich möglichst mit einem gelehrten wissenschaftlichen Typus) einzurichten und sich also der Nothwendigkeit der Benutzung der Universitäten zu diesem unmittelbaren Staatszwecke zu überheben. Er mag dieses aber nicht thun, weil er weiss, dass eine wahrhaft universelle wissenschaftliche Vorbereitung zum Staatsdienste die beste und dass eine solche eben nur auf specifisch-wissenschaftlichen Anstalten, Universitäten, zu erlangen ist. Der Staat richtet also keine Spezialschulen ein (und auch der Staat der Gegenwart schafft ja mehr und mehr solche noch vorhandenen ab) und macht sich somit von der Universität wesentlich abhängig, gewährt dieser einen bedeutenden Zufluss und bringt ihr einen grösseren und lebens-

volleren Wirkungskreis, einen grösseren und unmittelbareren Einfluss auf die Nation und den Staat zu Wege. Der Staat darf eine solche bedeutende Macht nicht aus seinen Händen geben, ohne Gewähr der guten Benutzung, ohne Garantie gegen Missbrauch, ohne Sicherung seines Interesses. Es ist nothwendig, dass der Staat nun einen directeren und grösseren Einfluss auf die Universität ausübe als ihm sonst in Bezug auf diese Korporation zustehen möchte, wenn er ihr diese Gewalt nicht gegeben hätte. Der Staat wird zu diesem Behufe einen Einfluss auf die Anstellung der Lehrer haben müssen, damit er sicher sei, es werden nun die angehenden Staatsdiener auch wirklich tüchtig vorbereitet. Es kann dies nicht ein blosses einfaches Bestätigungsrecht der Docenten sein, denn der Staat hat das Recht, die Bestätigung aller Korporationsbeamten sich zu vindiciren. Es muss dies ein Mehr sein, das sich denn allerdings mehr positiv als allgemein und rationell bestimmen lässt. Ich will den Versuch dazu machen. Ich denke mir die Lehrer der Universität in die bekannten drei Klassen auseinandergehend: 1) sog. Privatdocenten *) d. h. solche Mitglieder der wissenschaftlichen Lehrerkorporation, welche als Meister der Wissenschaft diese an der Universität zu ihrem Lebensberufe machen und sie durch Wort und Schrift verbreiten, ohne irgend durch höhere gelehrte Titel oder durch regelmässige Besoldung von Seiten der Korporation oder des Staats begünstigt zu sein. Es sind das die einfachen Meister der Wissenschaft. Der Staat soll ihre Qualifikation nicht bestimmen, denn das Urtheil, wer überhaupt Meister werden könne, das muss der Universität als der künftigen Genossenschaft zustehen. Der Staat muss zwar ein Bestätigungsrecht haben, aber dies ist eine blosser Form, ein Zeichen der Staatsherrschaft über die Korporation und bloss nothwendig, weil dieser Meistertitel auch ausserhalb der Grenzen der Korporation im Staate überhaupt respectirt werden soll. Der Staat kann die Bestätigung nur aus Gründen des Rechts

*) Ich werde diese sog. Privatdocenten später noch weiter in Betrachtung ziehen müssen. Man wird schon aus dem Obigen ersehen, dass sie mir keineswegs ausserhalb der Korporation zu stehen scheinen, wie die Meisten meinen.

verweigern. Selbst über die Sittlichkeit des Individuums muss die Korporation ein besseres Urtheil als der Staat haben.

2) Ausserordentliche Professoren. Wenn die Universität erst Meister ernannt hat, so wird man nun schon dem Staate das Recht zugestehen dürfen, aus diesen diejenigen zu wählen, welche ihm zur Vertretung seines besonderen Inhaltes durch die Wissenschaft am geschicktesten erscheinen. Der Staat wird dabei mehr den Standpunkt der Schule einnehmen und hauptsächlich solche wählen, welche gute Vorträge halten; sodann aber wird er auch diejenige wissenschaftliche Richtung besonders begünstigen dürfen, welche ihm am meisten zusagt. Wir wollen nun dem Staate zur Geltendmachung dieser seiner Interessen einen grossen Einfluss auf die Ernennung von ausserordentlichen Professoren in ähnlicher Weise erhalten wissen, wie dies jetzt noch in Preussen der Fall ist und zu gleicher Zeit den Privatdocenten Gelegenheit zur Selbstbeförderung geben. Diese können sich, sobald sie genug Verdienste zu haben glauben, um die ausserordentliche Professur bewerben entweder direct oder durch die Fakultät und dazu entweder ein Gutachten ihrer eigenen oder irgend einer anderen fremden Fakultät ihres Faches beibringen. Ferner steht der Fakultät (und mithin auch der Universität) das Recht des Vorschlages überall zu. Der Staat aber hat das Recht, aus den Meistern Privatdocenten — aber auch nur aus diesen — über den gegenwärtigen Etat und mit einer besonderen Besoldung soviel ausserordentliche Professoren zu ernennen, als er will. Die Nothwendigkeit der vor der Volksvertretung zu rechtfertigenden Besoldung lässt keinen Missbrauch fürchten. Die gegenwärtigen etatmässigen Stellen mag er zu $\frac{2}{3}$ allein besetzen, nachdem er ein Gutachten irgend einer Fachfakultät über den zu Befördernden eingeholt; über das andere Drittel verfügt die Universität und der Staat hat nur ein Bestätigungsrecht als Formalität. — 3) Ordentliche Professoren. Dies sind die höchsten Meister der Wissenschaft. Dazu sollen nur creirt werden solche, welche sich wahrhaft im Dienste der Wissenschaft ausgezeichnet haben, indem sie die Wissenschaft wirklich weiter förderten: etwas, was sich allerdings vor Allem nur durch Schriftstellerei bewerkstelligen oder doch

mit Sicherheit documentiren lässt und sich zeigt entweder in Production eines sehr gelehrten, durch grossen Fleiss zu Stande gebrachten Werkes oder eines Buches, in welchem neue wissenschaftliche Bahnen gebrochen werden mit genialem Geistesblicke. Von einem solchen Manne wird zu vermuthen sein, dass er schon durch seine blossе Autorität so für die Wissenschaft zu fesseln weiss, dass man auf seine Gabe zum „Schulmeistern“, wie wir sie bei den ausserordentlichen Professoren aus dem Gesichtspunkte des Staats etwas berücksichtigen zu müssen glaubten, nicht besondere Rücksicht zu nehmen brauchte. Kurz es ist diese Klasse das Centrum zur Vertretung der Wissenschaft. Der Staatseinfluss muss geringer sein, aber da Rang und pecuniäre Vorthеile des höchsten Grades damit verbunden und seine Stellung sehr einflussreich in der Korporation nicht bloss, sondern und zwar deshalb auch im Staate, in der Nation ist, so darf der Staat doch auch hier von Rechts wegen mehr als ein blosses Bestätigungsrecht verlangen. Wir würden hier der Universität ein Vorschlagsrecht einräumen. Drei sind vorzuschlagen und unter diesen muss der Staat einen wählen. Doch ist allemal eine freie Bewerbung auszuschreiben, der Staat darf seinen Kandidaten bezeichnen, endlich wird es die Universität nur gern sehen können, wenn der Staat es gerathen findet, über den Etat in jeder Fakultät mit besonderer Besoldung ordentliche Professoren zu ernennen. Missbrauch ist auch hier aus dem genannten Grunde nicht zu befürchten. Zur ordentlichen Professur können entweder ausserordentliche Professoren oder Privatdocenten direct erhoben werden; andere nur in Fällen eines gänzlichen Mangels von tüchtigen Universitätsdocenten dieses Faches.

IV. Der Staat wird die Universitäten mit Geldmitteln unterstützen; sie sind für ihn zu wichtige Institute; ferner er wird auch das der Korporation durch Privatgunst zugeflossene Vermögen unter seine oberste Aufsicht stellen, dass es nicht veruntreut werde. In dieser vermögensrechtlichen Beziehung wird der Staatseinfluss völlig berechtigt sein und die Universität wird sich ihn gefallen lassen müssen. Es ist hier überall etwas Grosses nur im Falle eines vernünftigen Ver-

trauens und einer billigen Vereinbarung in jedem einzelnen Falle möglich. Der Grundsatz gleicher Vermögenszuwendungen für die einzelnen Fächer wird zwar principiell aufzustellen sein, aber durch die Besonderheit des Falles vielfache Modificationen erleiden müssen. Nur wenn Staat und Universität in voller Harmonie sich wissen, wird hier der Staat zu ausserordentlichen, oft nöthigen Opfern sich entschliessen müssen, z. B. zum Ankauf zufällig angebotener kostbarer Sammlungen, zu ausserordentlichen Zulagen an ausgezeichnete Docenten, um sie an der Universität zu fesseln etc.

V. Die durch Promotionen erworbenen Titel sollen doch nicht bloss einen privaten, sondern einen öffentlichen Charakter haben, im ganzen Volke und gegenüber dem Staate anerkannt, auch mit besonderen Privilegien ausgestattet werden. Desswegen ist zu deren Ertheilung unbedingt die specielle Genehmigung und Autorisirung des Staats in jedem einzelnen Falle nothwendig. Dies erkannte man selbst schon in einer Zeit, wo die Universitäten fast völlig unabhängig vom Staate existirten. In Bologna und in Paris gab es bereits in den ältesten Zeiten des Universitätslebens theils kirchliche (Archidiaconus, Domkanzler), theils aber auch und zwar mehr und mehr und zuletzt allein staatliche Beamte zur Beaufsichtigung der Promotionen. Später wurde der Titel Kanzler für diese Aufsichtsbeamten üblich, die dann überhaupt die Rechte des Staats nach den Privilegienurkunden der Universitäten zu wahren hatten. Karl IV. ernannte bei der Gründung von Prag den Erzbischof zum Kanzler. Uebrigens ist diese Kontrolle leider nothwendig genug zu nennen im Angesichte des schändlichen Doctortitel-Handels, den bis vor Kurzem einige kleinere Deutsche Universitäten trieben und der diese Deutschen Titel namentlich in England so sehr in Misskredit gebracht hat. Die schlechte Aufsicht des Staats liess hier leicht der Habsucht der Zunftgenossen Spielraum gewinnen. Der Staat hat hier ganz besonders scharf zu wachen.

VI. Diese Abhängigkeit der Universität ist endlich wünschenswerth in der Beziehung, dass dieselbe einmal, was sie doch innerhalb des nationalen Ganzen allemal ist, als ein untergeordnetes Glied des Nationallebens sich erkenne, dass sie zum Heile der Nation durch

die Wissenschaft zu wirken mehr und mehr sich aufgefordert fühle, dass sie erkenne, wenn auch Bildung und Wissenschaft eine mehr allgemein menschliche Seite an sich tragen, sie sich doch nur innerhalb eines bestimmten Volkes in ihren Blüthen und Früchten schauen und verwirklichen lassen und zwar am ehesten und besten wohl in dem Volke und Staate, dem die Universitätsgenossen als Kinder angehören, im Vaterlande. Die Universität mag daraus den Beruf entnehmen, vor Allem patriotisch, zum Heile des Vaterlandes zu wirken und mag sich versichert halten, es werde der volksfreie Staat der Gegenwart nicht leicht diese seine Herrschaft wie über alle so auch über die akademischen Verhältnisse missbrauchen.

Die Staatsgewalt wird dann füglich diese ihre Rechte direct und unmittelbar durch das Staats-Ministerium an jeder Universität ausüben können. Indessen scheint dies gerade im Angesichte der constitutionellen Monarchie nicht wünschenswerth. Bekanntlich ist in dieser Staatsform ein häufiger Wechsel der Minister unvermeidlich. Einmal nutzen sich die Persönlichkeiten bei dem fortwährend angestregten Gebrauche aller ihrer Kraft sowie bei dem schnell fortschreitenden politischen Geiste der Nation leicht ab und sodann erliegen auch die begabtesten Minister in der Blüthe ihrer Kraft den Parteenkämpfen. Dieser Wechsel kann leicht auf die Universität einen üblen Einfluss haben, indem sie leicht ein Spielball dieser oder jener politischen Tagespartei werden mag. Eine Liebe der Minister unmittelbar zu den Universitätsanstalten wird schwer erwachsen. Desswegen scheint es sehr angemessen, dass bei jeder Universität ein möglichst unabhängiger, stehender Staatsbeamter unmittelbar angestellt werde, der trotz der verschiedenen Ministerwechsel bleiben muss und nur nach einem mit Stimmeneinhelligkeit gefassten Gutachten der Universitätsdocenten entfernt werden kann. Dieser wird durch seine dauernde Stellung eine gewisse Liebe für die Anstalt gewinnen, durch unmittelbare Anschauung, durch Mündlichkeit etc. sich am besten von den individuellen Verhältnissen der Universität unterrichten können, und im Stande sein, wahrhaft im Geiste der Wissenschaft diese Anstalt der Wissenschaft zu behandeln. Man wird nun vielleicht einwenden, ein solcher Beamter werde aber doch unzweifelhaft leicht dieser oder jener bestimmten

wissenschaftlichen Richtung den Vorzug geben. Es ist dies fürwahr besser, als wenn ein Minister die Universität seinen Parteizwecken opfern darf. Dieser Beamter, der sämtliche Rechte des Staats gegenüber der Universität vertritt, ist verantwortlich der Universität, kann aber selbst vom König und Minister nur durch ein gerichtliches Urtheil entfernt werden. — In Deutschland hat es in den Kanzlern immer schon einen solchen staatlichen Ehrenposten gegeben; freilich ursprünglich und vornämlich war diser zur Beaufsichtigung der im Namen des Landesherren (Kaisers, Papstes) erfolgenden Promotionen bestellt, doch besorgte er später auch wohl alle Staatsgeschäfte bei der Universität. Sogenannte Kuratoren hatten von Staatswegen die Aufsicht und die Leitung aller Vermögensverhältnisse der Universität, namentlich auch die vom Staate ertheilten Unterstützungen (an Docenten und Studirende) unter ihren Händen. Da wurde 1819 das gehässige Institut der Regierungsbevollmächtigten geschaffen zur Beaufsichtigung des Verhaltens der Lehrer und Studirenden, hervorgerufen durch das Misstrauen gegen die Wissenschaft und deren Vertretung, die Universität, und in der Absicht die verschiedenen Richtungen der Wissenschaft, namentlich ihre Extreme, nicht etwa wiederum durch die Wissenschaft, sondern durch Polizeimassregeln zu bekämpfen. Es war eine arge Täuschung und musste selbst den redlichsten Mann, der einen solchen Posten bekleidete, in ein gehässiges Licht stellen, wenn er anders als Staatbeamter, was er doch von Gottes und Rechts wegen thun musste, seine Pflicht that und die nun einmal bestehenden Gesetze handhabte. Jetzt ist dies Institut verschwunden. Es scheint nun nicht angemessen, für jeden Zweig der Rechte des Staats auch einen besonderen Beamten zu schaffen, also nicht etwa zugleich einen Kurator, Kanzler und auch noch einen Director der Universität von Staatswegen neben dem Rector zu bestellen, sondern vielmehr sämtliche Rechte des Staats Einem Beamten zu übertragen, dem man aber statt des hässlichen Namens Kurator, wobei man allzu leicht an die *cura minorum* oder auch *furiosi* oder *ventris* denkt, den alten guten Titel eines Kanzlers der Universität beilegen mag. Dessen Verhältniss zu den Studirenden ist nachher noch kurz zu besprechen.

Die Kirche wird einen auch nur entfernt ähnlichen Einfluss wie der Staat auf die Universität nicht beanspruchen dürfen; sie ist selbst nur ein particuläres Institut innerhalb des Volks und Staats. Doch wird man ihr zugestehen, dass sie Docenten an die Universität sende, die im Sinne und Geiste der Kirche die Wissenschaft bekennen; doch müssen sich solche Docenten vorerst die für jeden anderen Universitätslehrer nothwendigen Qualificationen erwerben.

Durch eine solche Fixirung dieses Verhältnisses zwischen Staat und Universität wird man sich zugleich wahrhaft an das Bestehende, Gegebene anschliessen sowie für die künftige Fortdauer, wegen der organischen Verbindung des Neuen mit dem Alten, eine gewisse Bürgschaft setzen; und auf letzteres muss es doch bei allen Neugeburten des politischen Lebens ganz besonders ankommen. Was hilft ein Bau auf wenige Monate? Ein Genuss ist da nicht möglich. Es kann nimmer darauf ankommen, abstracte Ideale der Philosophie oder vielmehr — da ja verschiedene Systeme der Philosophie sich in jeder Zeit und namentlich in der Gegenwart durchkreuzen und innerhalb jeder Schule jeder Anhänger wieder sein bestimmtes Systemchen hat — eines Philosophen, wenn diese Ideale auch noch so glänzend aussehen, ins Leben einführen zu wollen, abgesehen von der Möglichkeit der Verwirklichung, abgesehen von den in dem gegenwärtigen Bestande der nationalen Lebensverhältnisse vorhandenen Fundamenten, denn dann ist ja alles Bauen ein Setzen in die Luft oder doch auf Sand; sondern das wird immer festzuhalten sein, ob die Möglichkeit der Verwirklichung und die Hoffnung auf dauernde Existenz vorhanden sei. Man wird die idealen Postulate der Philosophie anerkennen, aber nicht weniger das praktische Bedürfniss in diesen Fragen des praktischen Lebens berücksichtigen müssen; man wird nicht abstract philosophisch, sondern praktisch politisch und von dem Hauche des unmittelbaren Lebensduftes der Vergangenheit und Gegenwart erfüllt die Neugestaltungen bereiten, nach Massgabe der gegebenen positiven Verhältnisse, nach der praktischen Möglichkeit, d. i. nach dem innersten Bedürfnisse des wahren Nationalgeistes; denn gerade in

dem Bestande der positiven Verhältnisse ist ein objectiver Ausdruck des Volkswillens in seiner historischen Continuität durch die einzelnen Generationen hindurch zu verspüren. Somit ist dem wahren vollen Willen der Nation voraussichtlich eher Genüge gethan als in jedem anderen Falle, und das muss doch immer der Hauptgesichtspunkt sein, denn alles Andere ist trüglich. — Zwar will ich nun keineswegs meine Vorschläge sowohl in Betreff des Kanzelariats als auch in anderen Dingen als absolut diesem Bedürfnisse, diesem innersten Willen, Wunsche oder besser Instincte der Nation entsprechend ausrufen. Aber es war wenigstens mein bestimmtes Streben, dem nachzukommen, Theorie und Praxis, Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft, Philosophie und Leben zu versöhnen, weniger als Philosoph ideale Postulate unmittelbar ins Leben führen wollend, als vielmehr in Weise des lebensklugen Politikers nach der vorhandenen Möglichkeit auf Grundlage der bestehenden und vom Volksgeiste wenigstens schon einmal durchdrungenen Verhältnisse aufbauend, die idealen Postulate nur als letztes Ziel, als Leitstern auf dem Pfade zur Zukunft betrachtend. Es ist eine leere Abstraction, die Universität einzig als ein ideales Institut der Wissenschaft zu betrachten; sie ist allemal zugleich das Institut eines bestimmten Volkes und dient der Bildung dieses Volkes; sie ist zugleich das Organ eines bestimmten Staatsganzen und muss sich den universellen Zwecken desselben unterordnen. Dabei soll die Universität niemals ihr Princip, die reine Wissenschaft, aufgeben, aber sie soll sich doch eine organische Verkettung und Durchdringung desselben mit den übrigen die Nation und den Staat erfüllenden grossen Ideen und Principien gefallen lassen und ihren wissenschaftlichen Bau auf nationalen und politischen Grundlagen, zum Wohle und Heile des Volks und des Staats zu Stande zu bringen suchen. Diese Harmonie ist ein praktisches Bedürfniss und wird zugleich als ein Ideal für denjenigen erscheinen müssen, der nicht bloss den abstracten Standpunkt der Wissenschaft, sondern den universelleren und doch wieder concreteren des bestimmten Volkes und Staats zu nehmen weiss. Die Anwendung auf die Deutschen Universitäten ergibt sich von selbst.

Diese Stellung der Universität zum Staate ist denn auch keineswegs der Art, dass mit ihr nicht zugleich ein freier korporativer Charakter der Universität mit der nöthigen Selbstständigkeit in Verwaltung ihrer eigenthümlichen Angelegenheiten und mit der Bürgschaft für die ungehemmte Entfaltung und Fortentwicklung ihres inneren Lebens im Geiste des ureigenen Principes der Universität, nämlich der freien Wissenschaft und der auf ihr ruhenden Bildung und Humanität, sich vertrüge. Jene Abhängigkeit vom Staate hat ja nur den Zweck, die Universität vor Isolirung zu bewahren, ihr einen dauernderen Erfolg für ihre Wirksamkeit zu bereiten, sie zu einem wahrhaft nationalen Institute zu machen und mit dem politischen Organismus der Nation im Staate in lebendiger Wechselbeziehung zu erhalten. Ebenso wenig wie der vernünftige Staat den eigenthümlichen Inhalt der Kirche, der Gemeinde etc. durch seine eigene Thätigkeit zu realisiren sucht, vielmehr dies der korporativen Lebendigkeit und Selbstthätigkeit der Kirche und Gemeinde in vollkommener Freiheit und Selbstständigkeit zu entfalten überlässt, ebenso wenig will der Staat das eigenthümliche Wesen der Universität, der Wissenschaft, in seiner Existenz aufgehen lassen, sondern er erkennt vielmehr dies der Universität zum selbstständigen Ausbau zu, gewährt derselben zum Behufe der Förderung dieses eigenthümlichen Inhaltes die grösste Freiheit und eine korporative Selbstständigkeit im vollsten Maasse. Alles aber, was unmittelbar dazu dient, das Princip der Universität, die Wissenschaft, zu fördern, alle dahin eingreifenden Organisationen, Einrichtungen, Nützlichkeiten, Nothwendigkeiten, Ornamente, persönliche Beziehungen und Verbindungen unter den Gliedern der Universität etc., also die ganze eigentliche Universitätsverfassung, namentlich dann auch die Verwaltung des etwa der Universität eigenthümlich zugehörigen Vermögens, Alles dies ist korporativer Art und giebt der Universität einen weiten Bereich der Selbstständigkeit. Die wenigen Punkte, in welchen der Staat hier zu concurriren hat, sind vorher angedeutet und ist nur noch zu erwähnen, dass diese Einwirkungen des Staats die Ausnahmen sind, dass sie demnach strict zu interpretiren und im Zweifel für die Freiheit der Universität zu vermuthen ist.

Demnach ist die ganze innere Einrichtung der Universität sowie ihre äussere Gestaltung zu einem organischen Ganzen und einer gegliederten Anstalt der Wissenschaft Sache akademischer Freiheit, die einzig in dem eigenen Principe, in der Wissenschaft das Fundament ihres Lebens und ihrer Wirksamkeit hat. Der Einfluss des Staats in den einzelnen Verhältnissen modificirt nur, soweit es nothwendig ist, diese korporative Selbstverwaltung. Die eigentliche Korporation bilden die Docenten, denn nur sie haben den vollen Inhalt der Universität, die Wissenschaft, zu ihrem wirklichen Principe. Die Studirenden haben nur annäherungsweise eine gewisse selbstständige Stellung zu beanspruchen, und ihre korporativen Bildungen mögen, schon wegen des fortwährenden Wechsels der Glieder, wegen der Unsicherheit und Unbestimmtheit des Principes, welches die werdende Wissenschaft sein sollte, aber notorisch bei den meisten Studirenden (wegen des Materialismus der meisten Menschen, besonders nun in unserem Zeitalter, wegen des vorübergehenden Charakters des Studentenberufes) meist nur im handwerksmässigen Fachstudium gesucht wird, wegen der Jugendlichkeit der meisten Studenten, die noch nicht den Drang zu festen Rechts genossenschaften haben kann, — mögen aus allen diesen Gründen lieber den Charakter freier Associationen an sich tragen, die der Staat mehr ignorirt als honorirt, mehr völlig frei gewähren, als in korporative Fesseln schlagen mag. Für diese principielle Ansicht spricht denn auch das bisherige Deutsche Studentenwesen der neueren Zeit, welches durchaus die Tendenz zu freien Associationen, im Gegensatz des früheren studentischen Korporationswesens an sich trägt. Man lasse diesen neuen Geist sich unabhängig weiter bilden. Der Staat kümmerge sich nicht um ihn. Das scheint das Beste.

Die Verfassung giebt sich die Universität selbst, doch der Staat hat sie ihr wie die jeder andern Korporation zu bestätigen. Die Universität wählt ihre Genossen, macht Bedingungen über deren Qualifikationen, über ihre graduellen Unterschiede. Der Staatseinfluss, wie er oben angegeben, ist immer nur limitirend. Selbst der dem Staate zugestandenen Erhebung gewisser Docenten zu besseren Titeln und Mitteln, der Unter-

stützung anderer etc. muss allemal ein Gutachten der Universität vorausgehen, damit jeder Act des Staats in dieser Beziehung auch durch die freie Selbstbestimmung der Universität getragen und der korporative Inhalt bewahrt werde. Der Staat kann Niemanden befördern, den die Korporation nicht zuvor als ihr Glied anerkannt hat. Die Qualifikationen zur Mitgliedschaft bestimmt die Universität im Namen der Wissenschaft. Die rein wissenschaftliche Thätigkeit, die Gutachten, Urtheile, die gelehrten Productionen, die Bestimmung der Lectionskataloge etc. steht der Universität zu. Der Staat wird nur in letzterer Beziehung eine Einwirkung dahin verlangen können, dass auch besonders ihm wichtige Vorträge gehalten werden.

Ueber dieses Alles wird aber nur die Genossenschaft der Meister, nicht der Jünger zu entscheiden haben; denn nur sie haben bereits das Princip der Universität völlig in sich aufgenommen und nun auch wirklich dessen Realisirung sich zur Lebensaufgabe gemacht. Nur sie können principielle Bestimmungen über dieses Alles im Geiste der freien Wissenschaft machen. Namentlich sind die Studirenden, eben weil sie die Wissenschaft erst lernen wollen, noch nicht fähig, bei der Wahl der freien Vertreter der Wissenschaft ein Stimmrecht auszuüben; höchstens dürfen sie hier ihre Wünsche aussprechen, die denn aber keineswegs irgend massgebend zu sein brauchen. Wer die oder die Art der Wissenschaft nicht von dem oder jenen hören will, der höre ihn nicht. Er mag nach einer andern Universität gehen, wo gerade seiner individuellen Neigung Befriedigung gegeben wird.

Als Korporation hat die Universität allerdings für Erste selbst für ihren Unterhalt zu sorgen. Die freie wissenschaftliche Thätigkeit soll den Docenten die Mittel zu leben verschaffen und zugleich die Mittel zur ganzen äussern Einrichtung der Universität, ihrer Gebäude, Bibliotheken, Apparate, Sammlungen gewähren. Wenn es demnach am natürlichsten und dem Korporationscharakter der Universität, dem wissenschaftlichen Berufsleben am angemessensten wäre, dass die Lehrer und mit ihnen überhaupt die Universität durch die Honorare für ihre wissenschaftlichen Producte in Schrift und in Rede (Collegia) die Mittel zur äusseren Existenz gewönnen;

so ist doch leider zu bekennen, dass das Verhältniss geistiger Anstrengung [und nun besonders strengwissenschaftlichen Productionen und der daraus mögliche materielle Gewinn in einem sehr misslichen, wenigstens unbedingt sehr zufälligen Verhältnisse stehen. Der Fluch der Arbeit zeigt sich auch in diesem geistigsten Gebiete. Gerade die, welche die abstractesten und schwierigsten, demnach von den wenigsten Menschen gesuchten Doctrinen zum Gegenstande ihrer wissenschaftlichen Thätigkeit machen, würden sich verhältnissmässig im Geldpunkte am schlechtesten stehen, denn ihre Collegia werden nur wenig besucht und ihre Bücher schlecht honorirt. Dies ist ein Missverhältniss, welches zu heben der Staat berufen ist. Es ist die Universität möglichst mit Vermögen auszustatten. Der Zufälligkeit milder Stiftungen darf ihre materielle Existenz nicht anheimgegeben werden. Der Staat hat aber so viele geistige Vorthelle von der Universität, dass er sie schon mit reichlichen materiellen Zuschüssen bedenken und dadurch nicht bloss seine Dankbarkeit bezeugen, sondern sich der ferneren Wirksamkeit jener Vorthelle zum Heile des Staatsganzen, möglichst für immer vergewissern möge. Dem Staate kommt es zu, die Universitäten zu dotiren. Aber auch dadurch werden diese letzteren nicht Staatsanstalten; auch gewinnt der Staat vernünftiger Weise desswegen nicht einmal einen grössern Einfluss auf die geistige Bestimmtheit und die Organisation und Verfassung der Universität. Doch wird er aus dem Grunde ganz oder theilweise die Vermögensverwaltung der Universität übernehmen, und das kann die Universität ihm gern zugestehen und muss dieselbe so viel Vertrauen zur Redlichkeit der Staatsverwaltung haben, als sie vom Staate für sich und ihre Thätigkeit verlangt. Die Geldunterstützungen der einzelnen Lehrer durch den Staat würden sodann nach einem motivirten Gutachten der Universität erfolgen, sei es in Bezug auf fixe Gehalte, sei es in Bezug auf temporäre Remunerationen. Doch hat natürlich zuletzt der Staat zu entscheiden, wie viel er in jedem einzelnen Falle bewilligen wolle. Es ist für die Universität und ihre möglichste Unabhängigkeit wünschenswerth, dass der Staat einen jährlichen Etat festsetzt. Für Unterstützung von Studirenden sorgen zuerst dessen An-

gehörige, und wenn nicht besondere Stiftungen zur Genüge vorhanden sind, aushülfsweise der Staat, und wenn er vernünftig ist, giebt er hier gern und reichlich, unterstützt gern das Talent, denn er kann nur gewinnen, wenn seine Bürger und namentlich seine künftigen Staatsbeamten recht tüchtig sich den Wissenschaften hingeben können. Die Würdigkeit werden die Universitätsdocenten nicht zur Genüge documentiren können, da sie bei einiger Frequenz der Universität ihre Zuhörer kaum kennen. Schulzeugnisse und andere Atteste Glaubwürdiger werden hier wenigstens gleiche Autorität haben. Der Staat wird hier besonders inquiren durch einen besondern Beamten. — Danach wären die Geschäfte eines Universitätscurators etwa zu bestimmen, die sich nicht für ein eigentliches Mitglied der Universität eignen, sondern für einen Staatsbeamten, besonders da eine solche Stellung vielfache Geschäftskennntniss, Kennntniss des praktischen Lebens etc. verlangt.

Die innere geistige Organisation der Universität, namentlich die Gliederungen, Zweige der Wissenschaft zu bestimmen, ist Sache der Universität, nicht des Staats. Der Charakter der Universalität ist fortwährend anzustreben. Namentlich werden alle Realwissenschaften vertreten sein müssen und da diese den Staat namentlich interessiren, so wird er ganz besonders befugt sein, auf Lücken hinzuweisen und ihre Ausfüllung durch Gewährung der etwa nothwendigen Mittel zu ermöglichen, und die Universität wird ihm hier überall freudig entgegenkommen und jedem Bedürfnisse des Staats zu entsprechen suchen, damit nur nicht der Staat sich genöthigt sehe, zur Versorgung seiner Kräfte Spezialschulen zu begründen. Der Staat aber wird sich zu einem solchen Mittel der Noth nicht leicht entschliessen können.

Das Verhältniss zwischen Lehrern und Studenten ist durchaus ein freies, persönliches. Zur Besiegelung dessen scheint das Honorar ganz besonders geeignet. Es ist durchaus nichts Unwürdiges, von jedem Einzelnen sich ein Honorar zahlen zu lassen, sondern es dient dies, ein wirklich persönliches Verhältniss fürs Erste wenigstens äusserlich anzuknüpfen. Dem armen Studirenden wird gern Stundung bis zum genügenden Vermögenserwerb zu gewähren sein. Da die Studirenden noch

Lerner, Jünger der Wissenschaft sind, so können sie überhaupt noch keine vollgültige Stimme in den Angelegenheiten der Universität, namentlich auch nicht in Bezug auf Anstellung und Beförderung der Lehrer haben. Doch werden sie ihre motivirten Wünsche aussprechen und eine motivirte Beantwortung durch die Lehrer-genossenschaft erwarten dürfen. Das Petitionsrecht steht ja Jedem zu. Dass dem Lehrpersonal, als der eigentlichen Universität, direct oder durch einen Patrimonialrichter die civile oder criminale Gerichtsbarkeit über Studirende in irgend einer Weise zustehe, ist principiell aus dem Wesen der Universität als Korporation der freien Wissenschaft durchaus nicht zu deduciren. Höchstens dürfte man den Lehrern eine gewisse disciplinarische Aufsicht über ihre Jünger verstatten, obgleich Junger der Wissenschaft doch in der Regel erwachsen genug sein werden, um den ordentlichen Staatsgesetzen wie jeder andere Staatsbürger dieses Alters in jeder Beziehung unterworfen zu sein. Sache der Universität und der Wissenschaft scheint eine solche Disciplin durchaus nicht zu sein. Will der Staat Ausnahmen machen, so mag er es thun; er hat andere Gesichtspunkte, etwa den: junge Leute, eben dem Schulzwange entlassen und in so grosser Anzahl versammelt, begehen leichter Streiche, kleine Vergehungen; die Gelegenheit, Verführung ist grösser; drum sei eine besondere disciplinarische Gewalt über sie zu stellen, die einmal schneller, in der Regel milder, bisweilen auch strenger straft als die gewöhnlichen Gerichte. Der Staat würde am besten diese Gewalt demselben Beamten übertragen, der als Curator oder besser Kanzler fungirt und würde diesem überhaupt die Wahrnehmung aller Staatsinteressen zu übertragen sein. Siehe übrigens besonders Kap. VI.

Die Verbindungen, Genossenschaften, Vereine unter Studirenden, soweit sie nicht direct Beziehung zur Wissenschaft nehmen, werden von den Studenten als Staatsbürgern, nicht als Jüngern der Wissenschaft begründet und gehen die Universität mithin durchaus nichts an. Höchstens hat der Kanzler sie von Staatswegen zu beaufsichtigen, was, wenn man das Associationsrecht allen Bürgern, namentlich auch den Studenten gewährt, durchaus nichts Gefährliches hat. Aber die

Universität wird auch wohl thun, selbst wissenschaftliche Vereine der Studirenden deren individueller Thätigkeit völlig zu überlassen, damit sie sich an selbstständige freie Uebung der Wissenschaft gewöhnen. Die Docenten im Einzelnen und die Universität als Ganzes werden hier den zur wissenschaftlichen Selbstständigkeit Heranreifenden einzig mit gutem Rathe beizustehen haben. Ob die Studirenden den annehmen wollen, steht gleichfalls bei ihnen.

Das Verhältniss der Universitätslehrer unter einander kann nur ein republikanisches sein. Man stelle die Anforderungen an den, der zu diesem Ehrenposten eines Vertreters der freien Wissenschaft creirt werden soll, grundsätzlich recht hoch und es versteht sich, dass einzig Universitätslehrer über die Qualification zu entscheiden haben. Aber wenn nun Einer einmal zu einem Vertreter der Wissenschaft erhoben ist, wenn er das Recht hat, wie seine Erheber die Wissenschaft zu lehren und zwar nicht bloss durch die Kraft der Rede vor den Studirenden in seinen Vorträgen, sondern auch unter dem schützenden Schilde seines Universitätstitels auf dem gelehrten Markte der Schriftstellerwelt vor aller Welt, namentlich im Angesicht gelehrter Fachgenossen und unter Hervorrufung von deren kritischen Urtheilen: dann ist fürwahr nicht einzusehen, was für ein principieller Unterschied unter den akademischen Lehrern stattfinden könne. Dem Princip nach sind alle von gleichem Rechte. Wenn hier in der geistigsten Sphäre nicht Freiheit und Gleichheit, wenigstens dem Princip nach, herrschen soll, so nirgends. Das Alter, der grössere oder geringere Ruf, die bessere und längere Erfahrung, geübterer Vortrag, grössere schriftstellerische Originalität, Entschiedenheit des Talentes und was sonst noch, können einen principiellen Unterschied unter den Vertretern der Wissenschaften fürwahr nicht begründen. Das Bekenntniss, der freie Dienst, die Meisterschaft der Wissenschaft macht sie alle grundsätzlich gleich. Demnach können die akademischen Docenten einzig nur dem Grade, nicht dem Principe und dem Wesen nach verschieden sein; es können jene Verschiedenheiten, besonders die des geprüften und bewährten Alters und der Erfahrung und Routine nur dazu dienen, einige Modificationen des Gleich-

heitsverhältnisses eintreten zu lassen, keineswegs können sie das Princip der Gleichheit vernichten. Demnach müssen fürs Erste alle Docenten als wahre und volle Mitglieder der gelehrten Korporation angesehen werden, selbst die eben erst creirten. Alle müssen als active Glieder durch die Verfassung anerkannt werden. Alle haben Sitz und Stimme in der Berathung und Beschliessung von Angelegenheiten der Universität und Wissenschaft. Alle haben das Recht, an der Wahl der akademischen Ehrenämter Theil zu nehmen. Alle geben ihre Stimme ab in Bezug auf die Anstellung, Beförderung und Unterstützung von Docenten, Ertheilung von Doctor-titeln etc. Alle werden bei Gutachten der Fakultäten oder der ganzen Universität ihr mitentscheidendes Urtheil abzugeben haben. Dies sind die Principien. Es folgen nun die unserer Ansicht nach möglichen Modificationen. Den durch Alter und Erfahrung, gewöhnlich auch wohl durch grösseren Ruf geschulten und gekrönten Meistern wird man füglich allein das Recht zugestehen, akademische Ehrenämter zu bekleiden und die damit verbundenen Geldvortheile zu geniessen. Die älteren Docenten bekommen höheres Gehalt, die jüngeren weniger, die jüngsten vielleicht am besten gar nichts und ebenso mag sich das Verhältniss bei Vertheilung von Examengeldern, Promotionsgebühren und anderen Vorthelen herausstellen. Es scheint zweckmässig, dass die jüngeren Docenten so wenig als möglich materielle Vorthile geniessen; den wirklich Bedürftigen kann man durch directe Unterstützung behülflich sein. Sind die materiellen Vorthile gleich anfangs in der akademischen Laufbahn zu gross, so würde dadurch wohl weit weniger die eigentliche Wissenschaft gefördert werden, sondern es würden sich hauptsächlich materielle Talente, gelehrte Industrieritter ihr zuwenden. Die Tugend wird durch's Kreuz geübt. *Ὁ μὴ δαρεῖε ἄνθρωπος οὐ παιδεύεται.* Es kommt vor Allem darauf an, Docenten zu gewinnen, die wahrhaft vom Geiste der Wissenschaft erfüllt sind und vorzüglich die Wissenschaft um der Wissenschaft willen treiben; denn nur von der edlen Hingebung dieser ist etwas Tüchtiges für die Wissenschaft zu erwarten. Vielleicht möchte es auch angemessen sein, eine bestimmte Klasse der jüngeren Docenten

(z. B. die noch nicht 3 oder 4 oder 5 Jahre Meister sind) nur durch Kuriatstimmen, doch so, dass alle halbe Jahre Wechsel eintrete, direct Theil nehmen zu lassen an gewissen (siehe Kap. VI.) Verhandlungen der Universität, einmal, um die Verhandlungen durch die zu grosse Zahl der Votirenden nicht zu verschleppen, das andere Mal um die jüngeren Docenten, die doch hauptsächlich noch durch schriftstellerische Leistungen beschäftigt sind und sich gerade dadurch wie durch die anfangs gewiss noch immer schwierige und zeitraubende gründliche Vorbereitung zu ihren Vorträgen sich zu erproben haben, nicht zu sehr von ihrem individuellen Berufe durch zu starke korporative Theilnahme abzuziehen, endlich damit diese jüngeren Docenten nach und nach erst Erfahrung über die korporativen Angelegenheiten der Universität durch eigene Anschauung und anders ist dies nicht möglich, erlangen, damit sie später ein motivirtes und verständiges Wort mit sprechen können. Diese Kuriatstimmen haben entscheidende Kraft. Uebrigens kann auch der jüngste Docent in den Sitzungen erscheinen; diese sind insofern öffentlich.

Dass die akademischen Lehrer insgesamt, wie alle anderen Staatsbürger, in jeder Beziehung den ordentlichen Gesetzen und Gerichten, nach dem Grundsatz der Gleichheit unterworfen sind, dass also von einem eximirtten Gerichtsstande der Universität nicht die Rede sein könne, versteht sich von selbst; es ist nicht abzusehen, wie solche Ausnahme durch die Rücksicht auf die Wissenschaft gerechtfertigt erscheinen möchte. Noch viel weniger kommt aber, wie oben gezeigt, der Universitätskorporation das Recht irgend einer Gerichtsbarkeit über Studirende zu, denn auch dies hat durchaus und gar nichts mit dem Wesen, mit der Förderung der Wissenschaft, mit Verbreitung der Humanität zu thun etc.

Dass einige Docenten Staatsbeamte sein könnten, andere nicht, also eine Unterscheidung der Art, dass gewisse Docenten (mit Professorentitel und Gehalt) ordentliche oder ausserordentliche Staatsbeamte seien, andere ohne diese Zuthat (sog. Privatdocenten) nicht, kann aus dem Princip der Wissenschaft und Universität nicht gefolgert werden, ist aber doch auch nichts Unvernünftiges, sondern rechtfertigt sich durch den innern Zusammenhang zwischen Staat und Univer-

sität, und dient dazu, dieses Band zwischen beiden Institutionen innerlich und äusserlich zu befestigen. Nur darf aus dieser staatlichen Zuthat und politischen Erhebung der Universität in ihren Lehrern nichts gefolgert werden, was gegen den selbstständigen Inhalt der Universität, gegen deren eigenthümlichsten Charakter, gegen den freien Geist der Wissenschaft, gegen die prinzipielle Gleichheit aller Universitätslehrer, als Glieder der gelehrten wissenschaftlichen Korporation der Meister, anstrebt. Die Universität soll, kann und darf am wenigsten wegen solcher Staatstitel und Staatsmittel einiger Docenten, eine einfache Staatsanstalt (Schule) werden.

Wir wollen hoffen, dass man die von uns aus dem Principe der Universität an dieselbe und an alle ihre Einrichtungen gestellten principiellen Anforderungen nicht für abstracte und unmögliche, oder doch wenigstens erst in fernster Zukunft realisirbare Ideale halte. Denn wir glauben gerade im Gegentheil annehmen zu dürfen, dass diese Principien und diese Postulate unmittelbar aus dem innersten Wesen gerade der Deutschen Wissenschaft und der Deutschen Universitäten geschöpft sind, dass sie von dem Hauche der Wirklichkeit und des Lebens beseelt werden, dass sie namentlich unmittelbar aus dem geistigen Fluidum der heutigen lebendigen Gegenwart entnommen sind, dass sie demnach den stärksten Trieb haben, in der nächsten Zukunft in das frische Leben einer neuen Praxis zu treten und die Deutschen Universitäten dem Geiste der Zeit gemäss zu reformiren. Ich sage zu reformiren. Weiter ist nichts nothwendig und das Darüber würde sogar unfehlbar von Uebel sein. Der Kern der Deutschen Universitäten ist ein gesunder, lebens- und entwicklungsfähiger, und es bedarf nur einer consequenten Entwicklung ihres vorhandenen Bestandes, der Wegräumung dieser und jener Hindernisse, des Abschüttelns gewisser veralteter Zuthaten und das Institut der Universität steht in einem Glanze vor uns, den das ganze Licht des gegenwärtigen Umschwungslebens nicht überstrahlen und den selbst die schärfste Kritik mit ihren Ausstellungen nicht verdunkeln wird. Wir wollen jetzt einen Versuch machen, diese lebendige Beziehung zur Gegenwart ins rechte Licht zu stellen.

Capitel V.

Die Deutschen Universitäten.

Geschichtliches.

Eine solche Pflege der Wissenschaft um ihrer selbst willen und nun besonders in selbstständigen, gerade zu dieser Pflege allein errichteten Anstalten findet sich nur bei den edleren Völkern, die ihren Menschheitsberuf erkannt, die sich mit Kraft und Energie zu den Höhen des Geistes emporgeschwungen haben, die Ideale im Leben der Menschen mit vertrauensvoller Zuversicht vorauszusetzen und mit kühnem Muthe zu verfolgen und zu verwirklichen wissen und die wenigstens soweit über die despotische Starrheit der Alleinherrschaft von Staat und Kirche hinaus sind, um dem Individuum eine gewisse Sphäre der Selbstständigkeit wie in der politischen und kirchlichen, so namentlich in der individuellen und allgemein menschlichen Sphäre, in der Sphäre des reinsten Geistes, der geistigsten Forschung anzuerkennen. Denn ohne solche ist die Wissenschaft nicht möglich. Diese erhebt sich nur auf Grundlage der echten Menschenwürde, der Geistigkeit und Freiheit der Menschennatur und ist ohne sie eine nüchterne Weisheit, ein leerer Formenkram und eine betrügerische Geheimlehre zur Knechtung der Menschheit, wie bei Indern, Aegyptern, Chinesen. Die Freiheit der Forschung und mit ihr die Wissenschaft konnte erst bei den Hellenen sich einnisten, denn sie zuerst haben wenigstens eine Ahnung von geistigem Menschenthum und Menschenwürde. Aber der volle Glanz der Wissenschaft kam erst in der modernen Zeit zum Himmelaufleuchten bei denjenigen Völkern, welche dem innersten Zuge des Christenthums nach Freiheit des Individuums in allen Sphären mehr oder weniger im Verlaufe der Zeiten nachgaben. Seitdem und zwar namentlich seit dem grossen Umschwunge christlicher Ideen im Reformationszeitalter ist dann die Wissenschaft zu einem Wachsthum und zu einer Blüthe, namentlich aber auch zu einer Verbreitung gelangt, von deren Möglichkeit man im Alterthume und Mittelalter auch nicht einmal

eine Ahnung haben konnte. Und das Deutsche Volk steht hier allen anderen modernen Völkern voran; es ist das eigentliche Volk der Wissenschaft und dazu ist es jetzt bereit, die Wissenschaft mit dem socialen und politischen Leben in lebendige Beziehung zu nehmen, um auch für das öffentliche Leben in Staat und Kirche diejenige Freiheit einzubürgern und diejenige Volksthümlichkeit und allgemeine Theilnahme zu bereiten, die längst im Gebiete der Wissenschaft vorhanden ist. Wissenschaft und Leben in Staat und Kirche treten in ein Stadium der innigsten Wechselbeziehung, der gegenseitigen Durchdringung, Ergänzung und Vollendung.

Aehnliche, indessen sehr unvollständige und unvollkommene Einrichtungen zur freien Pflege der Wissenschaft finden wir zwar, wie gesagt, schon bei den Hellenen, doch es stehen dieselben mit unseren Deutschen Universitäten so gut als in gar keinem Zusammenhange. Demnach brauchen wir auf sie nicht zurückzugehen, wenn wir hier in aller Kürze die historische Entwicklung der Deutschen Universitätsverhältnisse bis zu der unmittelbaren Gestaltung der jüngsten Gegenwart verfolgen wollen, um zuletzt den gegenwärtigen positiven Bestand dieser Anstalten in seiner historischen Zufälligkeit oder Nothwendigkeit zu erkennen, eine Kritik desselben nach den im vorigen Abschnitte gewonnenen Principien und Postulaten zu versuchen und damit unmittelbar Vorschläge zu einer Reform im Sinne und Geiste der Gegenwart und mit politisch-praktischer Rücksicht auf die Möglichkeit der sofortigen Ausführung dieser Reformvorschläge in Verbindung zu setzen.

Der Ursprung der Deutschen Universitäten wie überhaupt der modernen Einrichtungen der Art ist in der Blüthezeit des Mittelalters zu suchen. Zuerst entstanden in Italien wissenschaftliche Speziale Schulen des Rechts (zu Bologna), der Medicin zu Salerno durch freie Entschliessung von Privaten. Ein ausgezeichnete Lehrer begann zu lesen und Zuhörer aus allen Gegenden fanden sich ein, bis sich dies zu einem dauernden Bestande, zu einer korporativen wissenschaftlichen Anstalt von Meistern und Jüngern der Wissenschaft erhob. In Paris ist die erste eigentliche Universität der Wissenschaft mit einem mehr universellen Charakter, doch war das theologische Ele-

ment vorherrschend; hier entschlossen sich auch 1206 die einzelnen Schulen, und zwar Lehrer und Schüler zusammen, einen gemeinsamen Rector zu wählen und somit auch äusserlich der Universität ein corporatives Ganze zu geben. Der mittelalterliche Staat erkannte die Selbstständigkeit und das autonomische Recht nach seinem ganzen Umfange diesen Universitäts-Korporationen eben so willig an, als er überhaupt seinen eigenthümlichsten Zug gerade darin zeigte, die Korporationen gewähren zu lassen und sich selbst als nichts Anderes denn als das wenig verbundene Aggregat der einzelnen Korporationen des Volks zu betrachten. Doch hat es selbst in den frühesten Zeiten nicht an einzelnen Collisionen mit dem Staate gefehlt; es wurden dieselben aber mehr zufällig durch Rohheiten und Ungebührlichkeiten der in ungeheuren Massen versammelten und sich selbst in den einzelnen (4) Nationen oft feindselig gegenüber stehenden Studenten hervorgerufen (wie 1229 zu Paris, wo sogar eine Auswanderung zeitweilig erfolgte). Mehr als der Staat, den in seiner damaligen Unvollkommenheit und materiellen Bornirtheit auch schon der geistige Inhalt der Universität mit einer Art von heiliger Scheu vor diesem Institute der Wissenschaft erfüllen musste, kümmerte sich um die Universitäten die Kirche, die sich bis dahin als die alleinige Trägerin des Geistes und der Bildung betrachtet und jegliche Wissenschaft nur als Tochter der Theologie und als Magd der Kirche angesehen hatte. Indessen war der Einfluss in der Zeit doch nicht so bedeutend, es war ja auch Lehrer- und Studentenschaft meist so orthodox als möglich. Einzelne eclatante Fälle bilden keine Regel. Die bald aufkommende Nothwendigkeit der Bestätigung jeder Universitätsgründung durch den Papst war mehr eine Formalität. — Bald gründeten sodann Fürsten Universitäten, so Kaiser Friedrich II. 1224 die Universität zu Neapel. Auch solche Gründung durch Fürstengunst schloss einmal die Einholung des päpstlichen Consenses nicht aus und führte auch weiter kein Abhängigkeitsverhältniss der Universität vom Staate herbei, so lange dieser nämlich seinem mittelalterlichen Charakter der corporativen Lehnsmonarchie treu blieb, also bis in's 15. Jahrhundert. Jahrhunderte lang erhielten sich die Universitäten als corporative Anstalten

zur Vertretung der freien Wissenschaften diese unabhängige Stellung zwischen Staat und Kirche. Auch ordneten sie sich bald zunftmässig in Weise der mittelalterlichen Handwerkszünfte. Es durfte bald nur der lehren, welcher von der Genossenschaft geprüft und zum Meister erhoben wurde. Auch wurden mittlere Grade creirt, besonders Baccalaureen. Die Meisterwürde hiess (in Paris) Magister, (in Bologna) Doctor, doch war dies nicht lange stehender Gebrauch und beide Titel vielmehr gleichbedeutend. Die Wissenschaften wurden bald naturgemäss in gewisse Klassen geschieden, die man Fakultäten nannte; so entstanden (vielleicht 1259) zuerst in Paris mit Bestimmtheit die vier Fakultäten. Die Fakultäten wählten aus ihrer Mitte Decane. Die (4) Nationen blieben auch noch bestehen und wählten je Procuratoren als ihre Vorsteher. Die Studenten lebten bald meist gemeinsam in Collegien und bildeten enge Genossenschaften. In den ältesten Zeiten, namentlich zu Bologna, waren lange Zeit die Studenten Theilhaber an der corporativen Gesamtgewalt der Universität, so dass sie namentlich deren Vorsteher wählten etc. Es war dies damals einigermassen angemessen, wo die Studirenden ältere Leute waren, ferner wo sie häufig schon wichtige Staatsämter im Vaterlande bekleidet hatten und nur zu ihrer ferneren Ausbildung studirten, endlich wo sich die Universitätsverhältnisse als in ihrer Erstlingsgestalt überhaupt noch nicht organisch, vernünftig hatten herausbilden können. In Paris war sogleich von Anfang an die Sache anders. Es wurde die universitas docentium bestimmt von der universitas discentium unterschieden und die Freiheit und Unabhängigkeit der Lehrer von den Studenten und die Abhängigkeit, die eigentliche Lehrlingseigenschaft derselben bald bis zum Missbrauche zu Tage gefördert. Es tritt hier ein anderes Extrem als in Bologna hervor; die Studenten wurden nach Art geistlicher Zöglinge (und man bedenke, Paris war besonders der Theologie gewidmet) in allzu strenger Zucht und Bevormundung gehalten.

Die Lehrer lebten anfangs einzig vom Honorare und dies war bei der ungemeinen Frequenz der Universitäten sehr bedeutend. Später, und zwar sehr bald, wurde durch Wohlthätig-

keit der Privaten, sowie durch die Gunst der Fürsten jede Universität reichlich dotirt und dies kam ebenso den Lehrern als auch den Studirenden, besonders den ärmeren zu Statten. Die Lehrer erhielten auch bisweilen jährliche Geschenke von der Stadtobrigkeit, z. B. in Bologna.

Nachdem die Universitätsinstitute bereits an die 200 Jahre sich so mehr und mehr zu festen Anstalten in Frankreich, Italien und England organisirt hatten, wurden sie auch nach Deutschland verpflanzt und zwar fand hier die erste Gründung im Allgemeinen mehr nach dem Muster der Pariser Hochschule statt, wo sich die Universitätsverhältnisse am meisten fixirt und namentlich die genossenschaftlichen Beziehungen der Studirenden unter einander bei der strengen Aufsicht in den Collegien, die man in Deutschland adoptirte oder mit ihnen in den Bursä auch ähnliche Institute begründete, am schärfsten herausgebildet hatten. So wurde 1348 Prag von Kaiser Karl IV. gegründet, 1365 Wien, 1387 Heidelberg, 1388 Köln, 1392 Erfurt, 1403 Würzburg, 1409 Leipzig durch Auswanderung von Prag, 1419 Rostock, 1456 Greifswald, 1472 Trier und Ingolstadt, 1477 Tübingen und Mainz etc. Doch ahmte Karl IV. die Pariser Institution keineswegs sklavisch in Prag nach, Vieles entlehnte er aus Bologna, wo er selbst studirt hatte, Anderes und zwar sowohl gleich anfangs als auch später aus Oxford, und Vieles war durchaus eigenthümlich, so dass demnach auch nach ihrer Einrichtung und Organisation die Prager Universität ein wirkliches studium generale wurde, indem alle gebildeten Nationen Fundamente dazu hergaben. Die bestimmte Vier-Fakultäteneinrichtung wurde zwar weder sogleich noch überhaupt sobald adoptirt, aber man lavirte von Anfang an auf eine solche Einrichtung hin und in dem übrigen Deutschland bildete sie sich bald heraus im 15. Jahrhundert. Zum studium generale erhob man sich auch in der Beziehung zu Prag noch mehr, dass recht vielseitig nach allen Richtungen hin die Wissenschaft vertreten war, und das fand überall in Deutschland Nachahmung. Auch die sogleich adoptirte Eintheilung der Universitätsglieder und -Institute nach vier Nationen sollte der Tendenz nach die Universität als eine universelle Anstalt für alle gebildete Nationen darstellen; es

hatte dadurch die Universität mehr einen weltumfassenden Charakter; indessen war doch dergleichen Erhebung nur so lange von Bedeutung, als nicht jede Nation selbst genügend mit solchen Centralpunkten der Wissenschaft versehen war, und musste demnach von Rechtswegen bald in sich zusammenfallen. Schon in Erfurt findet sich seit ihrer Entstehung keine Spur von der Nationaleintheilung mehr, welches doch nach seiner Erfrischung durch die Prager Auswanderer (1409) die berühmteste Hochschule Deutschlands im 15. Jahrhundert war, und wo auch Luther den Grund zu seiner reformatorischen Geistesbildung legte. Freilich zumeist ahmten die Deutschen Universitäten des 14. Jahrhunderts die Nationaleintheilung noch blind nach und Leipzig behielt sie merkwürdiger Weise bis in dieses Jahrhundert hinein. — Besonders hervorzuheben ist, dass Prag zugleich einen gewissen Centralpunkt des übrigen Schulwesens bildete, indem die Rectoren der unteren Schulen unmittelbar unter der Universität standen. Es mag dies wohl auch anderwärts in Deutschland der Fall gewesen sein, indessen ist es bald ausser Brauch gekommen. Vielleicht haben die Universitäten der Gegenwart den Beruf, diese alte Prager Einrichtung nachzuahmen und sich, mit der Erhaltung ihres selbstständigen und eigenthümlichen Charakters als Universität, zur Vertretung und Verbreitung der freien Wissenschaft, zugleich zu Centralbehörden des Unterrichts zu erheben und somit in dieser letzteren Beziehung unmittelbare Staatsbehörden zu werden. Wir werden unten hierauf zurückkommen. — Die Universitätsverfassung Prag's war in den ersten Zeiten republikanisch oder wenn man will ochlokratisch. Studenten und Lehrer wählten die verschiedenen Vorsteher der Fakultäten, Nationen, auch Collegien etc. Doch ernannte Karl IV. auch einen Kanzler der Universität, freilich war das mehr ein Ehrenposten. — Endlich hatte die ganze Prager Einrichtung einen gewissen gegen den bloss beschränkt mittelalterlichen Charakter, gegen Scholasticismus etc. gerichteten, einen reformatorischen Zug und dieser wurde stärker, als die Prager Theologie — und diese war in Prag mit den medicinischen, philosophischen, philologischen etc. Disciplinen eng verbunden,

so dass nur die Jurisprudenz wie von ihr so von den übrigen Wissenschaften sich mehr separirte — durch die Lehren des Engländers Wicleff, die schon bei dessen Lebzeiten nach Prag drangen, mehr und mehr reformirt wurde. Doch dauerte die Blüthe der Prager Wissenschaft nicht lange. Schon nach zwei Menschenaltern sank sie unter den Stürmen des Hussitenkrieges dahin und erstand nie wieder. Ueberhaupt wie alle Lebensadern der eigentlichen mittelalterlichen Kraft im 15ten Jahrhundert versiegten in Poesie, Kunst, Gewerben, Handel, Politik, Kirche und die specifisch mittelalterlichen Institute mehr und mehr abstarben, so geschah es auch mit den Universtitäten Deutschlands. Diese waren nun zwar nicht bloss mittelalterliche Institute, aber ihre volle Blüthe im Mittelalter wurde durch specifisch mittelalterliche Institute getragen und musste mit der Lebensfähigkeit dieser Institute dahinwelken. Freilich da die Universitäten zugleich einen universellen Charakter schon damals an sich trugen und demnach der Umbildung zu modernen Instituten der Wissenschaft wahrhaft fähig waren, so konnte dieses Absterben nur eine Periode des Ueberganges bilden und musste einem neuen Leben Spielraum geben, als der moderne Geist mit seinen neuen Bildungsmitteln das Zeitalter erfüllte und sich auch auf die Universitäten ergoss, sie umbildete und einer schönen Zukunft entgegenführte.

Die politische Bedeutsamkeit der Universitäten, welche sie durch ihre geistige Macht und korporative Autorität in Staat und Kirche erlangten, so dass sie auf kirchlichen Concilien und Fürstencongressen eine grosse Rolle spielten und die höchsten Diener des Staats und der Kirche aus dem Kreise der gelehrten Doctoren hervorgingen, blieb noch am längsten bestehen. Sonst schrumpften die Universitäten des 15. Jahrhunderts mehr und mehr zu einem todten Agglomerat von Specialschulen trivialer Gelehrsamkeit zusammen. Schulzwang, Scholasticismus, Disputirwuth, Examensucht und dergleichen mehr konnten den freien wissenschaftlichen Charakter nur vernichten. Das korporative Recht der Autonomie und der Gerichtsbarkeit über alle Universitätsangehörigen (auch Universitäts-Buchbinder, -Abschreiber, -Papierglätter, -Buchhändler etc.) konnte dem Elende nicht abhelfen, denn dergleichen liegt in der

damals geübten Masslosigkeit, durchaus nicht im Wesen und im Bedürfniss einer Universität. Auch die Vielheit der Universitäten in damaliger Zeit — es gab in Deutschland zu Anfang des 16. Jahrhunderts etwa 16 Universitäten — konnte allerdings nur dazu dienen, den Geist der Wissenschaft mehr auszubreiten und zu verdichten; aber einmal war eben dieser Geist auf jeder einzelnen Universität ein so überaus nüchterner und erbärmlicher, und sodann waren die vielen unter einander kaum durch irgend ideelle oder reelle Bande umschlungen, um sich gegenseitig tragen und heben und im schönen Vereine Grossartiges wirken zu können. Es ist unverkennbar: die in den folgenden Zeiten immer noch wachsende Zahl der Universitäten vor Allem hat es bewirkt, dass in Deutschland echte Wissenschaft wie tüchtige Bildung so ungemein verbreitet ist; aber es hat doch bis auf die neueste Zeit leider an einem engern Bündnisse zwischen den vielen einzelnen Universitäten gefehlt, um durch diese Vielheit die Wissenschaft so zu heben, wie es bei vereinten Kräften aller möglich wäre; das Band unter den einzelnen ist sehr lose und sodann haben sich bis jetzt gewisse katholische (namentlich österreichische) Universitäten, zu ihrem grossen Nachtheile, von den übrigen völlig gesondert gehalten, so dass es kein Wunder ist, wenn sie mehr den Universitätscharakter des 17. oder doch 18. als des 19. Jahrhunderts an sich tragen.

Erst das 16. Jahrhundert liess das Universitätswesen aus seiner Lethargie sich erheben, und Vieles fürwahr vereinigte sich, um einen wahrhaft grossartigen Umschwung der Wissenschaft zu bereiten. Indessen wirkten doch die grossen Ereignisse und Richtungen der Zeit in viel grösserer und viel heilbringenderer, namentlich in viel dauernderer Weise auf eine Umgestaltung des Deutschen Lebens als der Deutschen Wissenschaft ein. Doch ist der Segen dieser Zeiten auch im Gebiete der Wissenschaft zu verspüren. Das Erwachen der humanistischen, besonders der classisch-griechischen Wissenschaften, vorzüglich seit der Eroberung Konstantinopels (1453) und somit der völlige Sturz des mittelalterlichen Scholasticismus belebte mehr und mehr den Geist der Universitäten und machte ihn lebendiger, regsamer, geschmackvoller, classischer.

Die Erfindung der Buchdruckerkunst war einer der mächtigsten Hebel. Das ekelhafte Dictirwesen, die eben deswegen nothwendig entsetzliche Länge der Collegia (von 3, 4 Semester stieg man meist bald auf eins herab) musste bei der leichten Beschaffung von gedruckten Büchern aufhören; die Wissenschaft wurde flüssiger. Ferner musste die Befreiung des Geistes von der religiösen Bevormundung der Hierarchie, die Erhebung der religiösen Freiheit und Forschung zum Princip, also überhaupt die eigentliche religiöse Reformation des 16ten Jahrhunderts unmittelbar auf eine freie Erhebung der Wissenschaft zu selbstständiger Forschung hinführen und den wissenschaftlichen, freien Charakter der Universitäten mächtig stärken. Endlich wirkten einzelne eminente Persönlichkeiten auf das Vortheilhafteste ein, so Reuchlin, Erasmus, Melancthon, Luther, und dieser letztere ist noch ganz besonders hervorzuheben, weil er vorzugsweise, ja ausschliesslich und bis zum Extreme den Deutschen Charakter unserer Universitäten ausprägen wollte. Er führte durch seine Deutsche Bibelübersetzung zuerst die Deutsche Sprache zu einer gebildeten, zu einer Bücher-, zu einer gelehrten Sprache heran. Freilich die Universitäten liessen sie lange links liegen bis zum 18ten Jahrhundert. Luther drang nicht durch, noch weniger mit seiner Absicht, nicht bloss das lateinisch-canonische Recht, nein auch das Römische Recht, welches damals gewaltig in Deutschland sich einzubürgern suchte, endlich die ganze antike Er rungenschaft bei Seite zu werfen und auf rein Deutschem Fundament die Deutsche Wissenschaft und das Deutsche Leben unmittelbar auf der religiös-christlichen Anschauung der Reformation zu gründen. Die Absicht war patriotisch genug. Aber es war wohl damals noch nicht Zeit, die Deutsche Bildung selbstständig, ohne jene classischen Einflüsse aufzufassen. Hoffentlich ist jetzt eine bessere Zeit angebrochen, eine Zeit, die namentlich Beruf hat, endlich statt des Aggregates von römisch-Deutschen Rechtssatzungen (gerade im Vermögensrechte, dem eigentlichen Verkehrs- und Volksrechte) ein modern-Deutsches System von Rechtssätzen zu Stande zu bringen. — Besonders wirkte auch die vorzüglich durch Luther's eifrige Bemühungen im Geiste der Reformation angeregte und durch-

geführte Verbesserung der niederen und mittleren Schulen zur Erhebung der Universitäten, indem diese nun im Ganzen von viel wissenschaftlicher Vorbereiteten besucht wurden und es seitdem möglich war, gewisse triviale Gegenstände der Belehrung von den Universitäten wegzuweisen.

Die Universität Wittenberg war der Centralpunkt für diese Umbildung der Deutschen Hochschulen in Folge und im Geiste der Reformation. Sie wurde das Muster für die übrigen, wie einst Prag, deren reformatorische Versuche sie überhaupt fortzusetzen berufen schien. Persönlichkeiten wie Melanchthon und Luther wirkten hier wahrhaft grossartig.

Doch wirkte die Reformation lange nicht so vortheilhaft auf die Universitäten, wie man hätte denken sollen. Die Regeneration der katholischen Institute der Art, zwar durch gewisse geistige Mittel der Reformation, aber im Sinne, Geiste wie in der Form des Mittelalters, ferner die bald stereotype Erstarrung der protestantischen Theologie, das starre Festhalten am Römischen Rechte und die planmässige Knechtung des Deutschen, endlich die fortwährenden gehässigsten Streitigkeiten unter den einzelnen Parteien und Richtungen, der allgemeine Zustand des Argwohns und des Misstrauens der Parteien unter einander, besonders zu Ende des 16. Jahrhunderts, zuletzt die fürchterlichen Drangsale des 30jährigen Krieges und die in Folge desselben in jeder Beziehung zerrüttete Lage des Deutschen Vaterlandes, — Alles dieses zusammen konnte der Wissenschaft und ihren Instituten nur sehr nachtheilig sein. Fühlte sich doch die Deutsche Nation nach dem 30jährigen Kriege so schwach, so erbärmlich, dass sie auf ihre eigene Bildung verzichten und sich fransösiren lassen zu wollen schien. Das Deutsche Element war zerrüttet, das im Allgemeinen noch lateinische Wesen der so heruntergekommenen Universitäten war dem Volke unverständlich; da konnte es sich schon durch den äussern Glanz des Französischen Wesens, der französischen Sprache und Bildung täuschen lassen. Zum Glück erfolgte die volksthümliche Reaction, Erhebung und Durchdringung bald genug und die Universitäten waren berufen, dazu mächtig mitzuwirken.

Der Zustand der Universitäten des 17. Jahrhunderts war aber kläglich genug. Ich will nur Einiges hervorheben. Die theologische Fakultät war die vorherrschende, durch sie übte der protestantische Landesfürst, der ja zugleich Kirchenhaupt geworden war, eine Aufsicht über die Universitäten aus. Die Professoren aller Fakultäten wurden (in Helmstedt) auf die protestantischen Bekenntnisschriften, auch auf die Konkordienformel vereidigt; die Mediciner wurden wohl auf Hippokrates, Galenus und Avicenna als unumstössliche Autoritäten, die Philosophen auf Aristoteles und Melanchthon verpflichtet; das Viermonarchiensystem des Magister Carion, auf Melanchthons Autorität gestützt, diente zur Grundlage der Universalgeschichte; mit Eifersucht ward gegen die Humanisten gekämpft und in Tübingen verbot man den Professoren der Philosophie die Ehe, in dem protestantischen Tübingen, wo die Philosophenfakultät nicht einmal so in Ehren sich halten konnte, dass sie an der Prorektorwahl Theil genommen hätte; diese war einzig in den Händen der sog. höheren Fakultäten. Der Korporationscharakter erhielt sich stark, aber der Landesherr erhob sich zum Rector der Universität, die nur ihren Prorektor noch wählte; der Senat hatte bei eintretenden Vakanzen das Recht der Vocation, aber der Landesherr hatte das Bestätigungsrecht; die Professoren wurden häufig nur auf Frist angestellt. Durch das Recht der Vocation geschah es aber doch, dass hauptsächlich nur gleichgesinnte Gelehrte als neue Mitglieder zu dem alten Bestande hinzutreten und dass dadurch die einzelnen Universitäten einen bestimmt ausgeprägten und andauernden Stereotypcharakter erhielten. Der Landesherr war meist sehr generös gegen die ihm pflegebefohlene Hochschule, und seit der Zeit sind Besoldungen der Professoren aus Staatskassen üblich. Uebrigens eigentliche Staatsschulen waren auch in der Zeit die Universitäten durchaus nicht. Es fehlte ihnen aber an jeglicher Geisteskraft, um irgend etwas Tüchtiges zu leisten. Die Lage der Studirenden war zwar lange nicht so gedrückt als in Frankreich und England. Aber das allerdings meist freiwillige, aber doch immer zwangsmässig wirkende Wohnen in Privatconvicten, Collegien etc., die schulmässigen Prüfungen während der Vorlesungen, die Dispu-

tirnothwendigkeit, die immer noch ziemliche Seltenheit der Bücher machte ihre Stellung doch allzu abhängig von der Gelehrsamkeit, Willkür, Laune der Lehrer. Das ganze Leben der Universität war ein hohler Schematismus der Gelehrsamkeit, kein Organismus der Wissenschaft, ein gelehrter Körper ohne geistige Rübrigkeit und Strebsamkeit, geschweige denn mit genialer Kraft und schöpferischer Originalität. Und so weit war es mit allen Universitäten Europa's der Zeit gekommen, nicht bloss Deutschlands. Die unglücklichen Zeitverhältnisse hatten überall gleich gewirkt und doch fühlte man schon mitten in dieser Zeit ein Bedürfniss nach einem höheren und edleren Zustande der Wissenschaft; aber statt einen Versuch zu machen, die Universitäten wieder geistig zu beleben, verzweifelte man, wie es scheint, an ihrer Existenz, kümmerte sich um diese ausgebrannten Vulkane, wie man meinte, nicht und hielt es für angemessen, jene todtgeborenen Anstalten der Wissenschaft, jene Akademien im französischen Style zu creiren. Frankreich gab den Ton an und Deutschland, in dieser Zeit der Erniedrigung, der schmachvollsten Nachäfferei, folgte willig nach. Es war diese Schöpfung von Akademien ein Zeichen von der Herabgekommenheit des Zeitalters, doch fürwahr um so mehr zu entschuldigen, als die Universitäten sich kaum regten und rührten: Alle grossen Erscheinungen, welche zu Ende des 17. Jahrhunderts zum Ersten wieder am Himmel der Wissenschaft wie Sterne aus finsterner Wolkennacht emportauchten, treten ausserhalb der Universitäten ins Leben. So von Baco an bis Leibnitz. Die Universitäten waren Nullen für die Neugeburten der damaligen Gegenwart, aber wenigstens haben sie den Ruhm, dass sie mit treulichem Fleisse die Errungenschaften der gelehrten Vergangenheit auf die nachfolgende Zeit überbracht haben. Sie waren immer Sitze einer fleissigen und zumeist umfassenden, wenn auch nicht tiefen, philosophisch-geschichtlichen Gelehrsamkeit. Und das war für das damalige Zeitalter, welches sich überhaupt als unproductiv im Ganzen und Grossen und nicht bloss in seinen Universitäten zeigte, wahrhaftig genug zu nennen. Eine Universität ist wie jedes andere Institut eines Volkes ein Kind des jedesmaligen allgemeinen Volksgeistes, des Zeitgeistes, und wird von diesem

bestimmt und getragen. Ist dieser Geist nun unfruchtbar, so können auch die Universitäten nicht anders sein. — Zuletzt regte sich noch in den letzten Decennien des 17. Jahrhunderts ein gewisses neues historisches Studium der Wissenschaften, besonders auf dem Gebiete des Deutschen Rechts. Konring, Schilter in Helmstedt sind hier rühmlich zu nennen. Doch war das doch nicht so bedeutend.

Die scheidende Abendröthe des 17ten und die frische Morgenröthe des 18. Jahrhunderts wurde für das Universitätsleben ein Wendepunkt zu einem neuen Aufschwunge zur geistigen Stärkung, zur wissenschaftlichen Belebung und zur nationalen Erhebung. Erst seitdem datirt die eigentliche Blüthe der Deutschen Wissenschaft und der Deutschen Universitäten. Es kam um diese Zeit überhaupt erst die Deutsche Nation zum Bewusstsein ihrer geistigen Bevormundung durch französische Elemente. Es erhob sich eine Reaction gegen die französirende Sitte und Sprache. Die Nation wollte auf eigenen Füßen stehen und erinnerte sich wieder ihrer innern Kraft und ihres Berufs zu nationaler selbstständiger Erhaltung ihres Lebens. Die poetische Nationalliteratur in Günther, Gottsched, Haller etc. erlebte ihren ersten Aufschwung und es war fürwahr ein gutes Zeichen für die nicht ganz erstorbene Kraft der Deutschen Hochschulen als Nationalinstitute, dass sie ganz gleichzeitig, ja noch früher in diesem neuen Sinne und Geiste der Nation sich erhoben, wenigstens in Norddeutschland und in den protestantischen Ländern. Die Deutschrechtlichen Forschungen der Helmstedter hatten eine gute Saite angeschlagen, in die nun Nation und Universitäten mehr und mehr einstimmten. Die Universitäten zeigen fortan mehr und mehr eine innige Verbindung mit allen geistigen Regungen und Bewegungen der Nation in ihren edelsten Theilen, sie erscheinen als die geistigen Centren und als die wissenschaftlichen Glanzpunkte des Nationallebens. Es wird den Deutschen Universitäten mehr und mehr klar, dass sie die Aufgabe haben, geistige Nationalinstitute zu sein.

Die Universität Halle seit ihrer 1694 erfolgten Stiftung wurde die vornehmste Trägerin und Verbreiterin dieses neuen Geistes auf den Deutschen Universitäten. Hier regte sich zu-

erst und am mächtigsten das neue Bewusstsein der Nation, Deutsch zu sein. Thomasius hielt zuerst statt lateinischer Deutsche Universitäts-Vorträge. Ferner eine Anzahl tüchtiger Gelehrten, wie Gundling, Ludewig, Böhmer verbreiteten sich über das Studium des Deutschen Staatsrechts (wie gleichzeitig Beyer in Wittenberg die neue Wissenschaft eines Deutschen Privatrechts schuf). Die historisch-deutschen Studien (namentlich in ihrer Anwendung auf das Recht) treten in den Vordergrund. Auch an religiöser Tiefe fehlte es der neuen Erhebung nicht; ich erinnere an Spener, sowie an Böhmer's glorreiche Bemühungen für das Kirchenrecht; und zuletzt bekam das Ganze durch die philosophischen Forschungen des berühmten Wolff einen wahren Zusammenschluss und zugleich die Andeutung, auf welchem Wege ein weiterer und gründlicherer Fortschritt für die Universitäten in dem neuen Geiste der Zeit und der Nation zu machen sei. Zugleich kam unter dem Einflusse der neuen poetischen Literatur ein humaner, edlerer Sinn in die Nation und durch des Thomasius Bemühung trat auch ein ascetisches Bildungs-Element in das Studentenleben hinein; die alte Studentenrohheit und Gemeinheit gewann mehr den chevaleresk-burschikosen Anstrich der neuesten Zeiten, worin eine gewisse ästhetische Erhebung nicht zu verkennen ist. — Die neue Universität Göttingen (1737 gegründet) übernahm es sogleich, im Sinne und Geiste der Halleschen Schwester weiter zu wirken. Sie wurde nicht bloss das Centrum für das gründlichste Studium des Deutschen Rechts, sondern überhaupt der geistige Bildungsheerd für alle und jegliche wissenschaftliche Thätigkeit. Sterne erster Grösse aus allen Wissenschaften versammelten sich hier. Auch die schöne Literatur blühte hier. Zugleich wurde unmittelbar mit der Universität eine wissenschaftliche Akademie daselbst in Verbindung gesetzt, welcher auch Professoren als Mitglieder angehörten. Das alte, starre mittelalterliche Korporationswesen fand theilweise schon in Halle, noch mehr aber in Göttingen nicht mehr seine eigentliche Geltung. Der Charakter freier Vereinigungen mit einem nur wenig fesselnden Korporativ-Bande tritt bei den Universitäten hervor. Uebrigens dauerte es fürwahr nicht lange und fast alle protestantischen Universitäten,

besonders die norddeutschen, wurden von diesem neuen Hauche des Universitätslebens zu einer ähnlichen Blüthe erhoben wie Halle und Göttingen. Es entstand ein edler Wetteifer. Man lese Pütter's, auch Moser's Autobiographien. Nur die katholischen, besonders die österreichischen Universitäten schlossen sich von diesem neuen Leben aus, und hauptsächlich erst seit der Zeit findet zwischen ihnen und den protestantischen Anstalten ein wirklicher Gegensatz statt. Die Universitäten der katholischen Lande blieben mehr dem alten Charakter getreu, und wenn auch dann und wann im Einzelnen zweckmässige Reformen eintraten, so gingen diese doch nie auf das Princip, sondern beschränkten sich mehr auf Aeusserlichkeiten. Namentlich gilt dies von den österreichischen, denn die bairischen sind wesentlich besser.

Diese erste Belebung und Erfrischung der Universitätsinstitute in Folge der ersten nationalen Erstarkung und Vergeistigung der Nation zu Anfang des vorigen Jahrhunderts war denn auch so wirksam und nachhaltig, dass erst ganz zu Ende des Seculums ihre Kraft in etwas zu verirauchen, ihr Ansehen zu sinken begann. Indessen waren sie durch den neuen Geist zu Anfang des 18. Jahrhunderts so mächtig ergriffen und zu einer lebendigen Fortbildung so wahrhaft befähigt worden, dass sie die zu Ende des Jahrhunderts sich regenden neuen Ideen bald genug in sich aufnahmen und sich so zur reellen Theilnahme an dem Umschwungsleben des 19. Jahrhunderts aufs beste befähigten. Es hatte nämlich seitdem die Nation mannigfache Stürme und Bewegungen erlebt (die schlesischen Kriege namentlich) und sich in Folge derselben und im schönen Bewusstsein eines Gefühles der Selbstständigkeit, namentlich in Nord- und Mitteldeutschland, zu einem neuen geistigen Aufschwunge, zunächst auf dem Felde der schönen Literatur, erhoben, wie nie zuvor. Die classische Periode unserer Literatur war erwacht. Der Einfluss auf die Nation war ungeheuer. Erst seit der Zeit darf die deutsche Nation auf ihre geistige Selbstständigkeit in allen Gebieten stolz sein. Die Universitäten wurden bald dieses neuen Geistes inne und fühlten das Bedürfniss, sich an ihm und durch ihn zu kräftigen und zu beleben. Ja—allen Feinden der Universität zum Trotz

sei es gesagt — sie fanden bereits damals schon so viel Sympathie für sich bei den edelsten Geistern der Nation, dass unsere Heroen in der schönen Literatur, unsere grössten Dichter es nicht verschmähten, ihnen unmittelbar ihre Wirksamkeit zu schenken. Und so sehr waren die heiligsten Gefühle und die zartesten Regungen des poetischen Lebens der Nation mit dem Leben der Wissenschaft in Harmonie und Wechselbeziehung, so sehr waren die Universitäten auch damals dem innersten Geiste der Nation verwandte Anstalten, Nationalinstitute, dass die Stürme der französischen Revolution dieses harmonische Band auch nicht im mindesten zu erschüttern vermochten. In seiner Jugend hielt es Göthe für wünschenswerth, in einer Stellung an einer Universität wirksam zu sein, Wieland zeigte sich einem Rufe nach Erfurt nicht abgeneigt. Das war vor der Revolution. 1789 trat Schiller seine Professur zu Jena an, lehrte Geschichte und Aesthetik mit grossem Beifall und hob die Universität zu einem ungemeinen Glanze. Jena war ein Centralpunkt für alles geistige Leben Deutschlands und die Universitäten wurden alle mehr oder weniger von diesem Einflusse der schönen Kunst und Literatur ergriffen, ihr Geist wurde ein edlerer und ihre Formen milderten sich mehr und mehr zu einem harmonischen Ebenmasse. Das ganze Wesen der Universität bekam die Färbung und zugleich den Gehalt des gebildeten Geistes der Deutschen Nation in jeder Beziehung.

Doch diese Erfolge der Erhebung des akademischen Wesens wurden doch mehr von Aussen heran, eben durch die schöne Literatur, den Universitäten zu Theil. Es sollte zugleich aus ihrem Herzen und innersten Wesen heraus eine wahrhaft eingreifende Regeneration der Universitäten, vom reinen Standpunkte der Wissenschaft aus auf diese Wissenschaft, durch die Universitäten selbst eintreten; die Universität sollte sich durch ihr eigenes Princip neu beleben und auf die Dauer erstarken. Dies geschah durch das Erwachen eines neuen philosophischen Geistes auf den Universitäten und durch ein wahrhaft gründliches Studium der Philosophie in allen Zweigen, anfangs und lange genug mit mehr kritischem Geiste und mit einer in Bezug auf die anderen, positiven Wissenschaften mehr zersetzenden

den Kraft, aber doch von Anfang an mit dem stillen Berufe und mit der dunklen Neigung, durch den Geist der Philosophie auch die positiven Wissenschaften zu beleben, eine Harmonie zwischen Speculation und Empirismus, zwischen Idealem und Realem, zwischen Philosophie und Leben, zwischen Leben und Wissenschaft zu vermitteln, das Leben und die Wissenschaft durch die Philosophie in ein neues Stadium der Entwicklung des menschlichen Geistes hineinzuführen. Kant, im äussersten Winkel des östlichsten Norddeutschlands, in Königsberg, zündete die Fackel der kritischen Philosophie an und ihr Licht erleuchtete alle Gauen von Nord-, von Mittel- und wenigstens zum Theil von Süd - Deutschland. Fichte und Schelling liessen ihre farbigen Leuchtkugeln steigen und es war ein Glanz im Deutschen Reiche wie nie zuvor. Alle aber waren Männer des Katheders. Königsberg und später Jena waren die geistigen Heerde für dieses Studium.

Diese lebendige Regsamkeit der Universitäten dauerte jedoch nicht allzu lange, vielmehr wurde sie plötzlich gewaltsam unterbrochen. Doch ist es eine freche Lüge zu behaupten, es habe die Schuld dieser übrigens nur kurzen und theilweisen Unterbrechung an den Universitäten gelegen. Die Schuld davon trug vielmehr die ganze Deutsche Nation, oder wenn man will der Zustand sämmtlicher Europäischen Völker der damaligen Zeit, die Gewalt der Zeitereignisse, die Kriegs-Uebermacht, das Kriegsglück des französischen Volkes, der nicht zu leugnende völker- und welterschütternde Einfluss eines grossen Mannes, Napoleon's. Es fehlte, das ist zu bekennen, der ganzen damaligen Deutschen Bildung, dem ganzen Deutschen Leben in Staat, Kirche, in Wissenschaft, Kunst, Poesie, kurz in jeder Beziehung die feste Grundlage für jede concrete Erscheinung im Menschenleben, nämlich die wahrhaft nationale Grundlage, ein festes, gläubiges Nationalgefühl, ein starkes Nationalbewusstsein und ein dem entsprechendes einheitliches, harmonisches Handeln der Nation als eines Ganzen. Nun sind zwar Kunst, Poesie, Wissenschaft mehr allgemein menschlicher Natur, aber sie können doch nicht anders zum Vorschein kommen als durch den besonderen Geist eines Volkes, und sie können, allerdings immer durch Volksthümlichkeit bestimmt

und beschränkt charakterisirt, nur da zur vollsten und zur dauernden Blüthe gelangen, wo dieser Volksgeist in seinem nationalen Bewusstsein recht vollkommen sich ausgebildet hat. Das war damals in Deutschland nicht der Fall. Das Licht und der Glanz der Kunst und Wissenschaft um das Jahr 1800 herum hat hier mehr einen abstract menschlichen, kalten Schimmer, mehr einen Nordlichtcharakter als jene lebendige, warme Gluth, jenen concreten Typus der Nationalität. Die Stürme der französischen Revolution suchten diese schwache Nationalität der Deutschen mit einem schweren Geschieke heim. Aber das Unglück der nationalen Unterdrückung kräftigte das gesunkene Nationalbewusstsein durch die Gefühle der Schaam, des Zornes, der Rache, und nach sieben Jahren der Knechtschaft erhob sich die ganze Nation zu solcher Höhe des Patriotismus, dass sie nicht bloss das Joch der Franzosen abschüttelte, sondern auch für alle zukünftige Bildung der deutschen Stämme eine nationale Grundlage ermöglichte und verwirklichte. Es ist wiederum eine niederträchtige Lüge zu behaupten, die Universitäten wären nicht von dieser neuen Bewegung ergriffen gewesen; sie standen vielmehr im Centrum der nationalen Erhebung und wie in Bezug auch hierauf wiederum Norddeutschland und ganz besonders Preussen allen anderen vorleuchtete, so waren auch die norddeutschen und vorzüglich die preussischen Universitäten die Vorkämpfer. Fichte hielt in den grössten Zeiten der Noth an der neuen Berliner Universität Reden an die Deutsche Nation, worin er die Flamme nationaler Begeisterung mit kühnem Muthe, mit glühendem Patriotismus anzuschüren wusste. Akademische Dozenten, vor Allem die akademische Jugend der norddeutschen, besonders preussischen Universitäten zogen schaarenweise bewaffnet gegen den Feind. Die Wissenschaft verschloss sich in keiner Beziehung gegen das neue Leben der Nation.

Die Begeisterung trug Früchte; freilich fehlte es ihr noch an der Erprobung durch die Macht der Zeitdauer, um schon goldene zu tragen; man musste sich mit silbernen begnügen und auch bleierne liefen mit unter. Die Nation vermochte sich in ihren patriotischen Selbstgefühlen nicht recht zu orientiren. Die nationale Eitelkeit liess rückwärts in das Nationalleben

auf die Errungenschaften der Vergangenheit schauen. Es war natürlich, dass das eben erst jugendliche Nationalbegeisterung sich in die Kindes- und Jünglingszeitalter der Nation am leichtesten zurückversetzte und darin sich hineinphantasirte und so gefiel, dass sie hier die Ideale des deutschen Lebens suchte. Herrmann und die Cherusker, oder Friedrich Barbarossa und seine Ritterzüge tauchten auf. Von allen Seiten lobte man das Urdeutschthum, und dies drängte zum Republikanismus, oder das Mittelalter, und dies drängte zurück zum patriarchalen Königthum. Zu nationaler Erhebung im Sinne und Geiste der Deutschen Gegenwart kam es nicht; das moderne constitutionelle Königthum wurde von der Nation nicht begriffen als die vernünftige Vermittelung der Gegensätze, als das wahre Bedürfniss der Nation, als das letzte Siegel der deutschen Nation im politischen Gebiete. So im Reiche der Politik und des Lebens. Auch Kunst, Poesie, Wissenschaft konnten sich von diesen befangenen nationalen Ansichten nicht losreissen. Es erfolgte zwar eine gewisse Erhebung in allen diesen Gebieten auf Grundlage des neu erwachten Nationalgeistes, aber mit dem Typus der Befangenheit. Es erfolgte eine volksthümliche Erfrischung aller dieser geistigen Sphären, aber nicht im wahren Sinne der neuen Zeit, denn die verstand die Nation noch nicht zu würdigen, sondern ganz in demselben befangenen urdeutschthümlichen oder doch mittelalterlich gefärbten Charakter. Romantik galt in der Poesie und Kunst; Romantik spielte eine Rolle im Gebiete der Wissenschaften. Namentlich zeigt sich dies in der historischen Pflege des vaterländischen Rechts. Die sog. historische Schule vertiefte sich lange Zeit nur allzusehr in antiquarische Studien, die zwar Urquelle der Gegenwart des Rechts und Staats bilden, aber deren Beziehung zur Gegenwart doch eine sehr vermittelte, wenn nicht meist eine völlig abgestorbene ist. Das Verständniss der Wissenschaft mit dem Leben der Gegenwart, die unmittelbare Durchdringung des Geistes der Wissenschaft von dem nationalen Instinct des Volks in der jüngsten Generation, — als deren ideeller und bewusster Ausdruck, allerdings auch zugleich der Vergangenheit, aber eben dieser nicht allein, die Männer der Wissenschaft dastehen sollen, — war anfangs

gar nicht vorhanden und bildete sich nur sehr langsam und unter misslichen Kämpfen heran, bis dass ein lebendiger Bund zwischen dieser historischen Schule und den philosophischen Richtungen der Wissenschaft geschlossen ward. — So unpraktisch, so ohne wahre Beziehung zur Gegenwart und zum Leben waren zumeist auch die übrigen positiven Wissenschaften. Noch weniger praktisch war lange Zeit die Philosophie selbst. Die Abstractionen der kritischen Philosophie wurden zwar, bis auf wenige feste Sätze und Postulate, die aber allerdings den Grundtypus des modernen Lebens in einer vernünftigen Freiheit des Individuums in allen Sphären zur Geltung zu bringen haben, bald überwunden. Kant und Fichte wurden verdrängt. Schelling machte den Uebergang und gab neue Ideen. Hegel benutzte sie und baute darauf ein System der Philosophie, welches auf objective, ewige Geltung Anspruch machte und mit der Geschichte eben so sehr wie mit dem Geiste der neuesten Zeit in Harmonie zu sein beabsichtigte. Das Streben war ganz herrlich. Die Resultate waren im Einzelnen nicht zu verkennen. Selbst eine allgemeine Anregung zu einer Vermittelung zwischen Speculation und Empirie, Vergangenheit und Gegenwart, Ideellen und Reellen, Geschichte und Leben gerade durch die Hegelsche Philosophie in allen Sphären ist nicht zu läugnen. Aber so sehr der Wille anzuerkennen, der Erfolg ist, wenigstens bis jetzt, nicht so bedeutend gewesen. Die Architektonik des Hegelschen Systems, die ganze Structur, Form und Methode hat fürwahr zu sehr einen mittelalterlichen Bau und Charakter, erinnert zu sehr an die alten gothischen Dombaue und insbesondere an die mittelalterliche Scholastik, als dass die Gegenwart ihren neuen klaren, frischen Geist in ein solches System treulich niedergelegt und aufbewahrt sich denken könnte. Die Hegelschen Philosophen wollen fürwahr ein Verständniss mit der Gegenwart, wollen sich in die lebendigste Wechselbeziehung mit derselben setzen. Aber das Volk der Gegenwart, nicht etwa bloss der Pöbel, versteht sie nicht und eben desshalb ist an ein wahres Verständniss nicht zu denken, denn dazu gehört eben Verständigung von beiden Seiten. Dazu kam, dass die Hegelsche Schule Extreme aus ihrer Mitte hervorgehen sehen lassen

musste, welche sich in den windigsten Abstractionen bewegten und im directesten Widerspruche mit der Lebensansicht des Zeitalters standen. Endlich lief zuletzt diese Hegelsche Schule in so vielerlei Seiten und Secten auseinander, von denen jede das echte Hegelthum zu besitzen und zu lehren behauptete, dass das gegenwärtige Zeitalter an der Hegelei vollends gänzlich irre werden und an der Wirksamkeit dieser Philosophie für die Wirklichkeit des Lebens immer mehr verzweifeln musste. Wie dem auch sei! Es ist notorisch, dass trotz der nun bereits vierzigjährigen Dauer der Hegel'schen Schule sie verhältnissmässig nur eine geringe Herrschaft im Volke sich zu verschaffen gewusst hat. Wie ganz anders, wie electrisch wirkten wenigstens im Einzelnen die kritischen Blitze Kants? — Die anderen philosophischen Systeme der Zeit auf den Deutschen Universitäten — und da war fast ausschliesslich ihr Sitz — vermochten sich aber jedes für sich noch viel weniger Geltung zu verschaffen als das Hegelsche; waren es doch eben nur Ausläufer der abstracten kritischen Philosophie, oder blosse Versuche eklektischer Vermittelung oder gefühlvolle Theorien ohne ein scharfes Princip. Kurz es steht fest, die Philosophie der Zeit nahm zwar lobenswerther Weise zum ersten Male in der ganzen modernen Zeit wirklich einen Anlauf sich mit der Geschichte und mit dem Leben zu versöhnen und zu verbinden und somit die Wissenschaft in die vollkommenste Beziehung zur lebendigen Gegenwart zu setzen; aber es ist ihr doch nur in sehr geringem Grade gelungen. —

Das Resultat ist demnach, dass die Universitäten der Zeit weder mit ihren positiven, noch mit ihren speculativen Wissenschaften in die innige Verbindung mit dem Volke und seiner Gegenwart zu gelangen vermochten, welche zu Stande zu bringen sie allerdings bereits den Beruf und den innersten Drang in sich fühlten. Dazu kam, dass die eigentliche Universalität der Wissenschaften auf den Universitäten immer noch nicht durchgedrungen war und namentlich viele Realwissenschaften sich noch gefallen lassen mussten, getrennt von dem Kreise ihrer edlen Geschwister, in Specialschulen vorgetragen zu werden. Der Zusammenhang unter den einzelnen Wissenschaften sodann ist sehr lose, noch viel loser der unter den

einzelnen Deutschen Universitäten. Die Methode des Lehrers ferner ist auf den Universitäten noch mangelhaft genug. Die eigentliche Mündlichkeit will dem Dictiren noch nicht die Herrschaft abgewinnen. Das corporative Wesen ist völlig unbestimmt. Die Verfassung ist ein Mittelding zwischen der grössten Selbstständigkeit und der allergrössten Abhängigkeit, zwischen der lächerlichsten Aristokratie und dem ärgsten Republikanismus. Man ist sich nämlich nirgends des Principes und der daraus zu ziehenden Grenzen bewusst. Das Verhältniss der Lehrer zu den Studirenden ist sehr vag. Die Organisation der Studentenverhältnisse hat gar keinen Charakter. Nun vollends ist das Verhältniss des Staats zur Universität so unbestimmt als möglich und hat sich nur durch das seit 1819 leider eingerissene und fortwährend gesteigerte Misstrauen beider Institute gegeneinander so gestalten können, als es nun eben ist. Der Staat suchte durch die zur Beaufsichtigung der Docenten und Studenten auch in deren wissenschaftlichen Thätigkeit bestellten sog. Regierungsbevollmächtigten den möglichst grössten Einfluss auf die Universität gerade in ihrer selbstständigsten und ureigensten Angelegenheit, der Wissenschaft, zu erlangen und namentlich kümmerte er sich nicht bloss um die einzelnen wissenschaftlichen Schulen mit ängstlicher Sorgfalt, sondern bevorzugte notorisch die eine vor der andern und das nicht etwa in der eigentlichen Sphäre des Staats — da ist es wirklich in der Ordnung, so dass z. B. es durchaus vernünftig erscheint, wenn der Staat zu Regierungsbevollmächtigten solche creirt, von denen er weiss, sie werden die hier obwaltenden Gegenstände gerade im Interesse des Staats betreiben, — sondern innerhalb der Universitäten selbst, indem hauptsächlich nur Docenten einer bestimmten Richtung befördert wurden. Freilich war auch hier die Sache für das Gesamtdeutschland nicht so schlimm. Während man in Preussen Orthodoxe und Historische begünstigte, so fanden in Heidelberg umgekehrt Rationalisten und Humanisten Förderung. Aber solche Ausgleichung war immer nur zufällig. Das Princip war falsch.

In diesem Zustande wurden die Universitäten von den neuesten Zeitbewegungen mit ihrem tief und gewaltig in

alle Verhältnisse und Institute des individuellen, culturlichen, kirchlichen, socialen wie politischen Lebens einschneidenden Einflüsse, man darf sagen, überrascht; doch war die Ueerraschung der akademischen Jünger und Meister in ihrer Gesammtheit keine grössere als die der übrigen Staatsgenossen. Der dunkle, geheimnissvoll und mächtig treibende Instinct der Nation machte sich hier wieder einmal auf eclatante Weise geltend. Das Reich des Wissens und des Berechnens war vorüber. Wir tappen hier Alle im Dunkeln, sagte ein berühmter, jetzt 'am Ruder stehender Englischer Minister, als man von ihm Belehrung über die Aussichten in der jüngsten Gegenwart verlangte. Es standen aber gerade die Universitäten keineswegs, wie viele verleumderische Gegner derselben behaupten, so sehr ausserhalb des Volkslebens, dass sie nicht sofort von der Bewegung ergriffen, ja in Lehrern und nun besonders in Studenten an der Gestaltung der die Zeit bewegenden Ideen den unmittelbarsten Antheil nahmen. Es ist eine Frechheit, die Universitäten als für die Gegenwart und ihre Lebensgeschicke todte Heerde der Gelehrsamkeit zu verschreien. In Berlin, besonders aber in Frankfurt, sind unter den tüchtigsten Volksvertretern die vielen Professoren von Universitäten aus allen Gauen Deutschlands zu nennen und diese Professoren sind, wohl zu merken, aus Urwahlen hervorgegangen. Demnach können die Universitätsangehörigen doch nicht so ganz ohne Vertrauen beim Volke sein. Allerdings ist es nicht möglich, dass sich jemals die Universitäten zu blossen Plänkeln einer neuen geistigen Nationalbewegung gebrauchen lassen könnten, dass sie die eigentlichen Sturmböcke der Zeit, die Schwärmer, Frösche, Feuerräder und dergleichen gemeines Zeug bei dem grossen Feuerwerke des Geistes einer Zeit sein könnten. Zu dergleichen können höchstens die jüngeren Pfleger der Wissenschaft in aufgeregter Phantasie sich hinreissen lassen. Die Universitäten sind Centren des Geistes, denn nie steht die Wissenschaft in der Peripherie eines Volkslebens — und sie werden demnach weniger schnell und stürmisch als andere Lebenssphären, die sich mehr in der Nähe der nationalen Peripherie befinden, von einer Neubewegung ergriffen und erschüttert werden. Die Barrikadentheilnahme der Studenten

in Wien, Berlin, München etc. ging die Universitäten als solche nichts an. Aber wenn die Bewegung der Nation erst einmal eine centrale geworden ist, so werden die Universitäten, als im Centrum des nationalen Geisteslebens stehend, immer mächtig genug ergriffen werden, aber auch zugleich durch ihre geistige Macht, durch ihre principielle und geordnete Erkenntniss der die Zeit treibenden Ideen einen mächtigen Einfluss auf die Gestaltung der Zeit haben. Dass die Universitäten dazu in der einen Zeit fähiger gewesen sind als in der anderen, ist wahr. Aber sie waren doch nie ganz unfähig dazu. Im 16. Jahrhundert war die Universität Wittenberg der Centralheerd der neuen religiösen Freiheit und gerade die Universitäten trugen besonders dazu bei, das heilige Feuer weiter zu tragen. Die Universität Halle wirkte zu Anfang des vorigen Jahrhunderts unendlich viel für die Veredelung des Zeitgeistes. Die Universität Berlin zu Anfang dieses Seculums war die Leiterin für das geistige Fluidum zur Erfrischung der Nation, zu deren Begeisterung für Freiheit und Selbstständigkeit, zur Abschüttelung des Fremdenjoches. Und auch jetzt sind die Ideen, welche die Bewegungen der jüngsten Gegenwart erfüllen und zu Berlin, Frankfurt und Wien ihrer Verkörperung entgegengehen, vor Allem auf den Universitäten gelehrt und von da aus in die verschiedenen Schichten des Volkes verbreitet worden. Die heutigen Universitäten stehen mit ihrer Thätigkeit allerdings mitten in dem frischen Leben der Gegenwart, doch sind sie, wie unsere ganze Gegenwart, einer durchgreifenden Reform zu unterwerfen. Die gewaltigen Bewegungen der letzten Zeit müssen auch auf sie einen mächtigen Einfluss ausüben. Die vollkommenste Anerkennung des Individuums, die Monarchie auf der allervolksfreiesten Grundlage beginnt nicht bloss zu tagen, sondern tritt unmittelbar und sofort ins Leben, und man mag nun diesen schnellen Wechsel, diese plötzliche Verwirklichung von politischen Grundsätzen, die man bis vor wenigen Wochen nur als Abstracta, als fromme Wünsche der fernsten Zukunft für Deutschland zu betrachten gewohnt war, für gut oder für schlecht halten, gleichviel; auf der neuen Grundlage eines demokratischen politischen und socialen Lebens müssen sich die Universitäten sofort reformiren, wenn

sie nicht als abgestorbene Glieder des Volksorganismus betrachtet und zur Seite geworfen werden wollen. Die Universitäten erkennen selbst diese Nothwendigkeit der Reform. Sie haben den volksfreien Geist der Neuzeit in sich aufgenommen; von allen Seiten lassen sich aus ihrer Mitte Stimmen vernehmen, welche dies bezeugen. Der Universitäts-Dozenten-Congress zu Jena, auf welchem Ende September d. J. (je 4 oder 5) delegirte Dozenten aller Klassen von allen (?) Deutschen Universitäten zu gemeinsamer Berathung und Beschliessung erscheinen werden, wird einzig durch den allgemein auf den Universitäten verbreiteten Geist der Reform hervorgerufen. Fürwahr so scheint es, als ob die Universitäten wirklich Kraft genug in sich besäßen, aus den Wirren des gegenwärtigen Lebens sich zu einer neuen Blüthe, auf der Basis der Ideen der Gegenwart zu erheben. Auch braucht es dazu eben nur der Reformirung, nicht der Revolutionirung dieser Institute. Der Geist der Universitäten ist ein lebendiger, in der Gegenwart wurzelnder, drum bildungsfähiger. Es bedarf nur einer consequente Verbesserung jedes einzelnen akademischen Institutes im Geiste der Universität und Wissenschaft, sowie einer innigen Verknüpfung der Universität mit den übrigen Gliedern des nationalen und staatlichen Organismus der Jetztzeit, und die Deutschen Universitäten werden im Lichte der Zeit glänzen weil kein anderes Institut.

Wir wollen im Nachfolgenden die Grundzüge dieser Reform zu entwerfen suchen und glauben erst einige allgemeine Postulate stellen zu müssen, ehe wir uns an die Umbildung der einzelnen Verhältnisse machen können. Diese Reform wird aber allerdings eine principielle sein müssen, nämlich nach dem innersten Lebensprincipe der Universität selbst zu bestimmen sein. Doch werden die Deutschen Universitäten nicht umhin können, ihren Deutschen Charakter festzuhalten, nicht sich in leere Abstractionen aufgehen zu lassen. Jede Idee, auch die der Universitäten, ist nur in einer concreten Wirklichkeit und behaftet mit einem nationalen Typus zu realisiren. Das möge nicht vergessen werden. Demnach wird es unmöglich für die Universitäten sein, ihr bisheriges Deutsches Leben zu vergessen; sie werden sich vielmehr auf dieser

Deutschen Grundlage und im Geiste der Deutschen Gegenwart mit ihrem neuen Umschwunge zu reformiren haben. Es kann nicht darauf ankommen, hier abstracte, rein philosophische Vorschläge zur Reform zu machen, sondern Andeutungen zu geben, wie die jetzigen Universitätsverhältnisse unmittelbar und praktisch möglich in der Gegenwart sich reformiren lassen, nach dem Bedürfnisse der Zeit, nach dem innersten Lebensprincipe der jetzigen Deutschen Nation. Das ist etwas Festes, Concretes, Bestimmtes, nichts Abstractes, Windiges. Dabei sind die philosophischen Postulate anzustrebende Ideale, aber doch etwas, von dem wir wissen, dass es nach der Stimmung der Nation, nach dem praktischen Bedürfnisse der Jetztzeit näher zu bestimmen ist. Wer seiner Zeit genug gethan, der hat genug gethan für alle Zeiten. Spätere Generationen mögen weiter bauen und unsere Errungenschaften benutzen zu schöneren Productionen. Die gegenwärtige Generation mag sich nicht vermessen, die absolut beste Entfaltung des Idealen zu erkennen und noch weniger unsere praktischen Zustände so vollkommen zu gestalten für möglich halten, dass nun diese Ideale in ihrer ganzen Vollkommenheit jetzt sofort verwirklicht werden könnten. Die Principien sind aber nichtsdestoweniger festzuhalten und immer zu verfolgen. — Wenn man gegenwärtig in Frankfurt (besonders in dem Beseler-Dahlmann-Mittermaier'schen Vorentwurfe der Befugnisse der definitiven Centralgewalt) und noch mehr in Berlin dieses Reformiren aus einem vernünftigen Bedürfnisse des Zeitalters und der Nation heraus sehr häufig vergisst, abstracte Theorien verfolgt, die Arbeit künftiger Generationen im Voraus gierig wegzuschnappen bemüht ist, mehr abstract speculirend, als praktisch politisch sich verhält, mehr kosmopolitisch als Deutsch, mehr antichronistisch (nämlich die Zukunft vordatirend wie man unter dem alten Regime die Gegenwart in die Vergangenheit zurückdatirte), als zeitalterlich verfährt, so ist dies der alte Fehler der Deutschen, die sich immer als unpraktische Lente bewiesen haben, als Leute, die vor lauter Theorie, Idee und Princip das Bedürfniss, die Gegenwart, das Leben, die Nation vergessen. Wenn nun aber namentlich die Frankfurter Versammlung durch eine abstracte Lebensanschauung, sowie

nicht weniger durch die Leidenschaft und Aufregung der Zeit sich verleiten lassen sollte, das Gesetzesschema zu einem centralisirenden Bundesstaate idealster Theorie zu schaffen, vielleicht auf die sehr zweifelhafte Möglichkeit hin, Deutschland zu einem mächtigen, weltgebietenden Reiche zu erheben, so erscheint sie mir nicht als eine Versammlung vernünftiger Patrioten und praktischer Politiker, sondern unpraktischer Theorienjäger und abstracter Weltmenschen, die über der Idee und dem todtten Menschheitsbegriffe das praktische Bedürfniss der Zeit und die lebendige Wirklichkeit der Nation, des Vaterlandes vergessen. Die Zeit wird richten! — Uns kann dergleichen nicht irren und uns am wenigsten bewegen, gleich abstract zu reformiren, ohne Rücksicht des Bedürfnisses der gegenwärtigen Generation des Deutschen Volkes in Bezug auf die Deutschen Universitäten.

Vor Allem mögen die Universitäten noch viel mehr als bisher ihr innerstes Princip, die Wissenschaft, als die Basis ihres Lebens und Fortschrittes betrachten. Dann wird ihre Entwicklung eine naturgemässe, vernünftige sein. Das Wesen der Wissenschaft, Einheit des Principes und freie organische Gliederung, freie ungetrübte Entwicklung durch sich selbst möge sich immer mehr auf den Universitäten entfalten. Die Universitätsdocenten mögen nimmer vergessen, dass es ihre Aufgabe ist, im Dienste der Wissenschaft zu leben und zu sterben, schöpferisch in literarischen Productionen für dieselbe thätig zu sein, sowie das Innerste und Beste ihrer wissenschaftlichen Anstrengung ohne weitere Vermittelung als das natürliche Organ des Geistes selbst, die lebendige Rede, den zu ihren Füßen lauschenden Zuhörern zu überliefern. Durch diese wissenschaftliche Thätigkeit wird die Universität aller anderen Erfolge und Segnungen gewiss sein; die sittliche, religiöse und politische Erhebung des Volkes, sowie die vollendete Erziehung jedes Einzelnen im Geiste wahrer Humanität wird so durch Universität und Wissenschaft schon unmittelbar zu Stande gebracht werden. Doch mag die Universität mit Recht den besonderen Zug in sich verspüren, ein Institut des Deutschen Volkes zu sein und zu dessen Vollendung zu arbeiten, damit sich Wissenschaft und Leben überall verschwi-

stern. Die abstracte Philosophie und Wissenschaft haben jetzt ihre Rolle ausgespielt. Das Leben ist nach philosophischen Ideen umgebildet. Jede Philosophie und jede durch sie gebildete Wissenschaft wird jetzt eine Chimäre sein, wenn sie sich nicht in den frischen Wurzeln des Volkslebens selbst befestigt weiss. Die Wissenschaft hat zwar immer noch den Beruf, durch die Philosophie zur höchsten Blüthe erhoben zu werden, aber da Philosophie und Leben nicht mehr wie seit vielen Decennien in einem gewissen Gegensatze stehen, so wird dies nur möglich sein, wenn die Wissenschaft sich gleichfalls mit dem Leben innig verbunden weiss, wenn beide sich wahrhaft durchdringen und ergänzen. Die Wissenschaft muss mitten im Leben stehen und demnach muss die Universität, getreu ihrer Universalität, nicht bloss die abstracten, sondern auch sämtliche realen, praktischen Wissenschaften in ihr Bereich ziehen, damit ihre Thätigkeit durch wissenschaftliche Spezialschulen ja nicht länger ergänzt und zugleich verdächtigt werden möge. Kriegs-, Handlungs-, Cameralwissenschaften aller Art, auch Technologie, kurz Alles muss auf der Universität gelehrt werden. — Somit wird sie im besten Sinne des Wortes ein praktisches, ein nationales Institut, was den Bedürfnissen des Volkes in jeder Beziehung entspricht und diese Bedürfnisse zugleich wahrhaft mit dem Geiste der Wissenschaft und somit der edelsten Humanität zu durchdringen und zu beherrschen weiss. — Es versteht sich von selbst, dass die Universitätsverhältnisse der grössten Oeffentlichkeit unterliegen müssen.

Ganz zu demselben Behufe muss die Verbindung mit dem Staate eine wahrhaft lebendige sein. Der moderne Staat kann keinen status in statu dulden. Die Universität muss durch den Geist des ganzen Staates, und das ist ja der vernünftige Volksgeist, getragen werden. Wir glauben Kapitel IV. hierüber genügende Andeutungen gegeben zu haben und verweisen darauf zurück, besonders auch in Betreff des dort angedeuteten neuen Kanzelariats. Doch wollen wir zu eben diesem Zwecke am Schlusse dieser Schrift noch einige Bemerkungen über die Nützlichkeit, ja Nothwendigkeit anreihen, die Universitäten zu Centralbehörden des Unterrichts, unter Aufrechterhaltung ihres freien wissenschaftlichen Charakters, zu erheben.

Uebrigens kann es uns bei unseren Reformvorschlägen nicht darauf ankommen, auf alle speciellen und irregulären Eigenthümlichkeiten des Universitätslebens in Deutschland Rücksicht zu nehmen, namentlich nicht die Tübinger-Württembergischen Einrichtungen, noch die katholischen mehr vor dem Geiste der Zeit veralteten Universitätszustände besonders hervorzuheben und kritisch zu beleuchten; sondern wir glauben uns an den allgemeinen Geist der Deutschen Universitäten halten zu müssen, den wir im Grossen und Ganzen in der grossen Mehrzahl der protestantischen, namentlich norddeutschen (preussischen) Universitäten deutlich genug ausgeprägt finden. Hier scheint uns der vernünftige Bestand des gegenwärtigen Deutschen Universitätslebens in der Wirklichkeit seiner bisher möglichen Blüthe vorhanden zu sein und auf diesem ist unmittelbar weiter zu bauen, wenn die Universitäten Deutschlands erstlich Deutsch bleiben und zweitens sich auch wahrhaft ihrem innersten Charakter gemäss verbessern sollen. Daran schliessen wir denn auch unsere Reformvorschläge unmittelbar an.

Capitel VI.

Die Reform im Einzelnen.

Indem wir uns daran machen, mehrere einzelne Verbesserungsvorschläge zu thun, können wir nicht umhin den Leser zu bitten, dieselben in unmittelbarer Verbindung nicht bloss mit dem Schlusse des vorigen Kapitels, sondern namentlich und ganz besonders mit der ganzen in Kapitel IV. (Universität und Staat) gegebenen principiellen Erörterung zu lesen; denn dort sind die leitenden Ideen und die festen Grundlagen gegeben; hier folgen die nach unserer Meinung praktisch möglichen, dem Bedürfnisse der Gegenwart entsprechenden Anwendungen, wozu das Ideale uns nur als Leitstern dient und

keineswegs als das gänzlich zu Verwirklichende erscheint, Hätten wir Zeit und Musse gehabt, so würden wir es allerdings vorgezogen haben, die früheren und die folgenden Betrachtungen zu einem organischen Ganzen zu verbinden, die Umbildung jedes einzelnen historisch zum Vorschein gekommenen Universitätsinstituts einmal nach den gewonnenen Principien und sodann nach dem Geiste und Bedürfnisse der Gegenwart in einem lebendigen Prozesse vor sich gehen lassend, Es möge der Leser fürlieb nehmen.

Das Korporative.

Das Verhältniss der Universität und ihrer einzelnen Glieder zum Staate ist oben (Kapitel IV.) bereits erörtert. Ich verweise ausdrücklich darauf. Ebenso ist der corporative Charakter ebendasselbst in seinen principiellen Grundzügen zur Genüge auseinandergesetzt und da ich die dort gegebenen Erörterungen und Vorschläge zugleich als der praktischen Ausführung für fähig halte, so mag der Leser dort zuvörderst nachlesen. Ich gebe hier nur noch wenige Zusätze.

Die eigentliche Korporation bilden nur die Docenten, deren Stellung zu den Studenten eine so freie, ungebundene als nur irgend möglich sein muss. Die Wissenschaft verlangt die höchste Freiheit. Der Docent soll nur und einzig und allein durch die Wissenschaft auf Geist, Herz, Gemüth, Moral, Religion des Zuhörers wirken. Anders nicht. Der Docent hat es nicht mit Schuljungen zu thun, sondern mit heranreifenden Männern; er hat keine Zucht zu üben, sondern zu dociren und weiter nichts. Das Uebrige überlässt er dem Staate. — Uebrigens scheint unsere Zeit gegen jedes feste Korporationswesen anzustreben. Die Universität möge das nicht vergessen; sie möchte sonst gehässig werden. Sie räume selbst mittelalterliche Erinnerungen der unschuldigsten Art weg und entferne namentlich die unserer prosaischen Zeit wirklich anstössigen prachtvollen Kleidertrachten der Rectoren, Decane, Pedelle etc., die Titel Magnificenz, Spectabilität etc.

Die Docenten, namentlich Privatdocenten.

Die Stellung aller Docenten unter einander kann nur demokratisch sein. Siehe Kap. IV. Modificationen der an sich völligen Gleichheit sind dort angegeben. Die Docenten sind vorzüglich als die Glieder einer freien Korporation zu betrachten. Ihr staatlicher, beamtlicher Charakter kann und darf nur dazu dienen, dem Docenten eine nationale oder staatliche Anerkennung zu geben und soll auf seine Stellung zur Wissenschaft und zur Universität, sowie namentlich zu den übrigen Korporationsmitgliedern keinen irgend wesentlichen Einfluss ausüben. Ob der Docent titulirt werde ordentlicher oder ausserordentlicher Professor oder Privatdocent, muss gleich sein. Diese Staatstitel möge man den älteren Docenten nicht entziehen, sie deuten den organischen Zusammenhang zwischen Universität und Staat an und wenn man dem Staate einzig die Kapitel IV. angedeuteten Rechte einräumt, so werden dadurch und trotz seiner Staatstitel diese Docenten noch keine eigentlichen Staatsbeamten, noch wird die Universität blosser Staatsanstalt, blosser Staatsschule. Durch Erhaltung dieser Titel wird der Uebergang von der bisherigen Stellung der Universität zur späteren vermittelt und da der Staat fernerhin bei Ernennung der Professoren einen sehr bedeutenden Einfluss haben muss und dieselben ihm demnach zugleich ihre höhere Stellung zum grossen Theile verdanken, so ist dieser politische Titel um so angemessener. Dagegen scheint allerdings der Ausdruck Privatdocent unangemessen und darum zu entfernen. Wenn man mit dem Privat(-Docent) nur ausdrücken wollte, dass ein solcher Docent möglichst unabhängig vom Staate sein und vor Allem der Korporationen der Universität (als eine Art von privaten, wenigstens nicht rein staatlichen Anstalt) angehören sollte, so könnte man gegen den Ausdruck nicht viel haben; aber es würden dann selbst die Professoren trotz ihres Staatstitels in gewisser Weise Privatdocenten zu nennen sein. Aber nicht in diesem (immer zweideutigen) Sinne nimmt man gewöhnlich dieses Wort. Die älteren Herren Korporationsmeister der Wissenschaft sehen sich nicht trotz, sondern einzig und gerade wegen ihres Staatstitels („Professor“) für die eigentlichen und einzigen Mitglieder der Universitätskorporation an

und bezeichnen im Gegensatz die jungen, ihnen dem Princip nach doch völlige ebenbürtigen Meister, denen einzig der Staatstitel fehlt, als Privatdocenten, um sie gleichsam als Privatpersonen, als ausserhalb der eigentlichen Korporation stehend, betrachten zu können. Eine solche Ansicht ist nun allerdings historisch wie rationell grundfalsch. Ich verweise auf Kap. III. und IV., sowie V. Die sog. Privatdocenten sind in der Universitätskorporation eben so wesentliche, ja die uranfänglichsten und unabhängigsten, die reinen Korporationsmitglieder, eben weil ihnen der Staatstitel noch fehlt. Ich schlage vor, dieselben von nun an einfach Docenten der Universität, *doctores legentes* zu nennen. Zu Paris bildeten alle *doctores legentes* das *corpus regentium* der Universität.

Dem Princip nach müssen alle Docenten (Professoren oder nicht) gleich sein. Doch ist es angemessen, dass die ältesten die höheren Gehalte beziehen, dass sie ausschliesslich zu den akademischen Aemtern gewählt werden können. Dies sind die ordentlichen Professoren. Die Stellen derselben bilden den ordentlichen Etat der Universität zur systematischen Vertretung der Wissenschaften an der Anstalt. Dieser Etat mag möglichst gross sein; freilich wird das bedeutende Mittel in Anspruch nehmen. Die Universität hat sich hier an die Munificenz des Staats zu wenden und der Staat thut hier mit Geldspendung nichts als seine heiligste Pflicht. — Die ausserordentlichen Professoren haben jeder persönlich im Allgemeinen gleiche Rechte mit den ordentlichen Professoren, beziehen aber geringeres Gehalt und können nicht zu akademischen Würden gewählt werden. Ihre Stellung ist nothwendig, einmal um gewisse Nebenfächer selbstständig zu vertreten, sodann um eine Rivalisation mit den ordentlichen zu begründen, damit durch edlen Wetteifer das Tüchtigste von allen Seiten geleistet werde; sodann um alte Docenten zu unterstützen, die vielleicht nicht mehr genügende Collegia halten können, oder sich hauptsächlich nur durch Schriftstellern auszeichnen, endlich auch um junge Talente durch solche Ernennung aufzumuntern und doch (bei niedrigeren Besoldungen) den Etat der Universität dem Staate nicht zu lästig werden zu lassen. — Die einfachen Docenten (bisher sog. Privatdocenten) unterscheiden sich von

den beiden ersteren Klassen durch den Mangel an Staatstiteln und Staatsmitteln. Sie haben die rein korporative Stellung, sind keineswegs der Korporation fremde Privatleute. Sie sind Meister der Wissenschaft, die aber noch so sehr durch die Verbreitung (keineswegs Erlernung) der Wissenschaft durch Schrift und Mund beschäftigt sein müssen, dass einmal sie sich nicht zu sehr durch korporative Geschäfte abziehen lassen können und mögen, dass ihnen aber doch auch nicht die Gelegenheit abgeschnitten werde, sich korporativ herauszubilden. Ihre Stellung zum Ganzen ist durch Kuriatstimmen zu fixiren in der Weise, wie dies Kap. IV. angedeutet ist. Doch wird es gewisse wichtige Geschäfte geben, wo sie ihr principiell mit den Professoren gleiches Meister- und Korporationsrecht, ihr Urrecht unbedingt und jeder Einzelne als solcher in Person geltend machen dürfen und müssen, um ihren ureigenen Charakter als Meister und volle Korporationsmitglieder nicht zu verdunkeln, unsicher, zweifelhaft zu machen. Ich rechne dahin 1) Beschlüsse der Universität und der Fakultäten über ihre Vorsteher (Rector, Senatoren, Decane), 2) über Zulassung und Ausschliessung von Docenten, 3) bei Gutachten über Beförderungen und Unterstützungen, 4) bei Verbindungen der Universitäten untereinander, 5) bei wissenschaftlichen Gutachten der Fakultäten oder der Universität, 6) bei Examinibus, die an der Universität gemacht werden. — Das Institut der (Privat-) Docenten, der doctores legentes, der akademischen Docenten oder wie man sonst sie nennen will, hat noch vielmehr als das Institut der ausserordentlichen Professoren die obengenannten Zwecke alle insgesamt zum Ziele. Möge vor Allem dieses freie Institut wissenschaftlicher Meisterschaft, um welches uns das Ausland beneidet, den Deutschen Universitäten erhalten werden. Es ist die Pflanzschule tüchtiger, unabhängiger Wissenschaft. Nur in völliger Freiheit von Zulassung dieser jüngeren Meister, welche Beruf zur Vertretung der Wissenschaft auf der Universität in sich fühlen, ist jene ungemeine Regsamkeit und Lebendigkeit, jene Frische und Vielseitigkeit, welche der freien und so ungeheuer umfangreichen Wissenschaft so nothwendig ist, zu erreichen. Erst durch diese immer neu auftretenden sog. Privatdocenten kann ein edler Wetteifer sich

auf die Länge erhalten. Ihre jugendliche Frische, der kühne Schwung ihres jugendlichen Geistes, ihr Ehrgeiz, ihr Verlangen nach Anerkennung und Beförderung, die freieste Concurrrenz, ihre Kämpfe gegen mancherlei Hindernisse, die in den Verhältnissen, namentlich in der stattlich verschanzten und mystisch verhüllten Stellung des älteren Professors liegen, — dies Alles ist der Wissenschaft und ihrem Flore auf der Universität so sehr günstig. — Der Staat und die Korporation unterstütze nicht zuviel. Das Talent möge sich durcharbeiten, an den Hindernissen sich erproben, durch die Noth und Anstrengung beten lernen, nicht zu den Menschen, sondern tief innerlich zu seinem Gotte, zu dem, der ihm das Talent und den Fleiss und die Ausdauer und die Liebe zu den Wissenschaften gab. Doch ist es hier namentlich Pflicht des Staats, wo es Noth thut, tüchtig zu helfen; denn wer auch nur einen einzigen Blick in die Korporationsverhältnisse wie überhaupt so namentlich einer Universität gethan hat, der weiss sehr wohl, dass die freie Concurrrenz erst Leben in das Ganze bringt, dass aber auch der Brotneid der älteren Professoren, ihre Eitelkeit, ihr Stolz, ihre Saumseligkeit und Gleichgültigkeit es ihnen oft sehr schwer macht, ein junges rivalisirendes Talent zu unterstützen. Der Staat wird durch seinen Kanzler, nach Einholung von Gutachten der Universität, unterstützen und auch namentlich dafür sorgen, dass alle Assistentenstellen bei den Universitäts-Bibliotheken, Museen, Kliniken, Seminarien gerade den jüngeren Docenten, so lange sie noch nicht Professoren sind, zur zeitweiligen Ausübung überwiesen werden.

Fakultäten.

Die eine grosse Wissenschaft spaltet sich auf ganz natürliche Weise in viele Gliederungen und diese lassen sich wieder auf gewisse gemeinsame Gesichtspunkte zurückführen und zu gewissen grösseren Gruppen, Klassen, Gattungen erheben. Ein Mensch kann nicht das Ganze der Wissenschaft, kann nicht alle Wissenschaften der Herrschaft seines Geistes unterwerfen und zu seinem Berufsstudium machen. Dazu ist individuelle Kraft zu schwach. Das grosse Princip von der Theilung der Arbeit macht sich auch auf wissenschaftlichem Ge-

biete geltend. Etwas Tüchtiges leisten und nun besonders zur Meisterschaft gelangen kann der Einzelne höchstens in Bezug auf eine Gattung gleichartiger Wissenschaften; und auch solcher Gattung beschränkter Kreis ist für den Einzelnen noch zu gross, um ihn ganz beherrschen zu können. Es ist nöthig, dass sich Mehrere vereinen, um durch ihre Gesammtthätigkeit alle Gliederungen eines besonderen wissenschaftlichen Gattungsorganismus in vollendeter Weise zu einem lebendigen Ganzen erheben zu können. Das ist das Vernünftige und Nothwendige der Fakultätseintheilungen. Die Eintheilung gerade in vier Fakultäten beruht allerdings vornämlich auf historischen Gründen, ist aber durch einen vernünftigen Instinct zu Tage gefördert und hat eine tiefe Bedeutung und eine gewisse Wahrheit, scheint aber jetzt, bei dem Erwachsen und Erblühen so vieler neuen Wissenschaften, nicht mehr ausreichend. Es ist indessen nur noch eine, übrigens sich schon theilweise in Deutschland findende fünfte Fakultät hinzuzuziehen, so dass die Ordnung folgende ist. Indem die Wissenschaften sich theils in ideale, abstracte, allgemeine, theils in reale oder praktische theilen lassen, so lassen sich fürs Erste zwei Reihen in den Fakultäten festhalten. Die eine gibt die philosophische Fakultät; sie enthält alle die rein philosophischen Disciplinen, sowie diejenigen, welche überhaupt den realen Wissenschaften die allgemeine Grundlage geben, und ist demnach die philosophische oder doch allgemein-wissenschaftliche Ergänzung, Vollendung und Verklärung der übrigen Fakultäten. Es gehören dahin die eigentlich spekulativen Disciplinen als die philosophische Grundlage aller Wissenschaft und als die philosophische Vollendung aller realen Wissenschaften. Ferner die philologischen Disciplinen als die sprachliche Grundlage aller übrigen Wissenschaften. Ferner die mathematischen und Naturwissenschaften als die allgemeine Grundlage der medicinischen und cameralistischen Wissenschaften. Endlich die geschichtlichen (geographischen, statistischen) Disciplinen theils und vornämlich als die allgemeine Grundlage der juridischen und cameralistischen Wissenschaften, theils als die allgemeine Ergänzung aller übrigen Wissenschaften (namentlich in der Literärgeschichte). — Die realen Wissenschaften finden

ihre Vertretung 1) in der theologischen Fakultät, welche alle Wissenschaften aus dem Reiche der positiven (realen) Religion umfasst, also die Disciplinen, welche die religiöse Seite des Menschen zu ihrem Gegenstande haben. Gegen die Existenz der theologischen Fakultät lässt sich nichts sagen, so lange noch Religion existirt und demnach eine Wissenschaft derselben, die Theologie, zum Vorschein kommen muss. Aber auch der Staat der Gegenwart, wenn er auch keinem bestimmten religiösen Bekenntnisse angehören will, ruht nichtsdestoweniger auf religiösen Grundlagen, ja, wenn er es sich auch nicht gestehen will, wenigstens der Deutsche noch wahrhaft auf positiv-christlichen Ideen, die eben jetzt unmittelbar in dem politischen und mit der Zeit auch im socialen Leben auf eine vernünftige Weise verwirklicht werden. Mithin hat auch der Staat der Jetztzeit ein Interesse an der Religion, wie an deren Förderung und namentlich wissenschaftlichen Begründung und Ergründung, und er wird deshalb die theologische Fakultät nicht weniger zu unterstützen haben. Uebrigens wird er möglichst dafür sorgen, dass alle verschiedenen Religionsparteien innerhalb seines Gebietes durch Meister der Wissenschaft den Anbau ihrer positiven Religion betreiben können und dazu die nöthigen Geldmittel verhältnissmässig bewilligen, auch den einzelnen Konfessionen und Kirchen gern gestatten, aus ihren besonderen Mitteln Honorarprofessuren über den Etat zu errichten. Es versteht sich, dass die theologische Fakultät sich nach den verschiedenen Bekenntnissen in mehrere Abtheilungen in völliger Freiheit gliedern kann und werden die schon vorhandenen die Entstehung von neuen füglich sich gefallen lassen müssen, so dass neben einer katholischen und evangelischen Fakultät vielleicht noch eine lichtfreundlich-deutschkatholische und jüdische sich erheben werden. Endlich scheint uns der Staat verlangen zu können, dass die kirchlichen Lehrer jeder kirchlichen Partei (Geistliche, Priester etc.) gerade auf der allgemeinen Anstalt der Wissenschaft, wenigstens eine Zeit lang sich zu ihrer Ausbildung aufhalten müssen, damit sie eine Garantie dafür gewähren, dass sie eben auf wahrhaft wissenschaftliche Weise und mit freiem und unbefangenen Geiste sowohl ihre positive

Religion durchdringen als nun auch fern von sectirerischer Bornirtheit und Befangenheit mit Freimuth andere religiöse Richtungen anzusehen und deren Kirchen als berechtigt neben der ihrigen im Staatsorganismus zu betrachten sich gewöhnen. Er wird die Bildung in geistlichen Spezialschulen (Seminarien) nicht verbieten, aber verlangen, dass jeder anzustellende Geistliche einen (zwei- oder dreijährigen) Universitätskursus noch durchgemacht, die allgemein menschliche Weihe der Wissenschaft neben der positiven theologischen Weisheit empfangen habe; 2) in der juristischen Fakultät, welche die auf das rechtliche Verhältniss der Menschen in dem und durch den Staat sich erstreckenden Disciplinen umfasst, überhaupt über die rechtlich-ethischen Grundlagen des Staats sich verbreitet; 3) die cameralistische Fakultät, welche sich über die Wissenschaften erstreckt, welche die natürlichen, ökonomischen Grundlagen des Staats zu erforschen suchen. Gerade diese Wissenschaften sind so ungemein umfangreich,*) sind von so allgemeiner und zugleich wahrhaft realer und praktischer Bedeutung, dass sie schon aus diesem rein wissenschaftlichen Gesichtspunkte als eine sehr wichtige Gattung der einen grossen Wissenschaft und zwar nach der realen und praktischen Seite hin zu betrachten sind und demnach ihr Anbau auf der Universität einer besonderen Fakultät zu überweisen ist. Nun vollends aber scheint der ökonomische Geist des Zeitalters mit seinen socialen Wirren und Bekümmernissen den Universitäten die unabweisbare Pflicht und die gebieterische Nothwendigkeit aufzulegen, diese Wissenschaften ganz besonders zu vertreten und ihre Pflege einer besonderen Fakultät, welche natürlich keine andere als eine reale sein kann, anheimzugeben, damit die Nation sehe, es sei

*) Dabin gehören Nationalökonomie, Finanzwissenschaft, Sicherheits- und Kulturpolizeiwissenschaft, die Kriegswissenschaften, Technologie, Handelswissenschaften, Ackerbauwissenschaften, Seewissenschaften, Bergwissenschaften, Forstwissenschaften, ebenso die sog. Politik, die aber ebenso sehr der Jurisprudenz als der Cameralwissenschaft angehört, denn es giebt eine Politik des Rechts (der ethischen Seite des Staatslebens) und sodann eine Politik der Cameralwissenschaft in Bezug auf die natürlichen, socialen, ökonomischen Elemente des Staats.

der Universität Ernst damit, für die Noth der Zeit zu wirken, die socialen Fragen der Deutschen Gegenwart zu lösen und somit wahrhaft national, praktisch und nützlich sich zu bekunden. — 4) Die medicinische Fakultät umschliesst endlich den Kreis der Wissenschaften, welche die Sorge für die Gesundheit des menschlichen und thierischen Körpers zu ihrem Ziele haben. Die Nothwendigkeit eines wahrhaft universalen und zugleich national - praktischen Charakters für die Universität scheint der medicinischen Fakultät die Pflicht aufzulegen, sich nicht mehr für zu vornehm zu halten, um Thierarzneikunde zu lehren; die Spezialschulen müssen auch in dieser Beziehung unnöthig gemacht werden durch die universelle Thätigkeit der Universität.

Es versteht sich nun wohl von selbst, einmal dass die Scheidewand zwischen verwandten Wissenschaften leicht zu überspringen sein muss; sodann dass die Real-Fakultäten auch die verwandten allgemein geschichtlichen, philologischen und philosophischen Wissenschaften in den Kreis ihrer Thätigkeit ziehen dürfen und müssen; endlich dass namentlich zwischen den juristischen und cameralistischen Disciplinen die Grenze eine schwankende ist und sein muss; beide beziehen sich auf den Staat, jene in ethischer, diese in natürlicher Hinsicht und die eine Seite des Staats und der hier einschlagenden Wissenschaften hat das innerste Bedürfniss durch die andere sich ergänzen und lebendig durchdringen zu lassen. Ein tüchtiger Jurist, namentlich der eigentliche Staatsrechtslehrer, muss nothwendig auch nicht unerfahren in den cameralistischen Disciplinen sein und umgekehrt. Doch scheint es, bei dem grossen Umfange sowohl der juristischen als auch wiederum der cameralistischen Disciplinen, nicht angemessen, beide Reihen in eine Fakultät zusammenzuwerfen; es scheint nur angemessen, dem Docenten der einen oder der anderen der beiden Fakultäten es nicht zu verwehren, verwandte Fächer aus beiden Reihen der Wissenschaften des Rechts und Staats zu lesen, ohne in beiden Fakultäten habilitirt zu sein; indessen wird ein solcher Docent durch irgend eine Druckschrift

seine Befähigung für das verwandte Fach erst darzuthun haben. *)

Wie diese Fakultätseintheilung vernünftig, so ist denn auch der Fakultätszwang von tiefer Bedeutung. Nach dem Principe der Theilung der Arbeit wird sich jeder Docent bei einer bestimmten Fakultät zu habilitiren und dieser ausschliesslich seine Kraft zu weihen haben. In seltenen Fällen, bei eminenten Talenten, die sich in mehreren Fakultäten habilitiren wollen, ist etwa eine Ausnahme zu machen. Auch den Studenten liegt ob, sich für eine Fakultät zu entscheiden, doch steht es ihnen frei, Vorträge in allen Fakultäten gleichzeitig zu hören; der Zwang scheint hier nicht weiter gehen zu dürfen; die Meldung bei einer bestimmten Fakultät ist aber auch gewiss ein leichter Zwang; sie wird nur einer gewissen Ordnung wegen gefordert und wer zweifelhaft ist, möge sich doch bloss bei der allgemeinen wissenschaftlichen Fakultät, bei der philosophischen anmelden.

Praktische Uebungen der Wissenschaft gehören allerdings dem Princip nach nicht auf die Universität; indessen kann die

*) Das Project des trefflichen Gervinus (in seinem sog. Ministerialbericht, der übrigens bereits 1835 geschrieben ist), die Realfakultäten (er nimmt die bekannten drei an) zu sog. Akademien an besonderen Orten getrennt von der philosophischen Fakultät, die zugleich die allgemeinen Disciplinen der Realfakultäten vorzutragen hätte und fortan vorzugsweise Universität heissen sollte, scheint mir weder aus dem Princip der Universität zu folgen, denn dies ist ein universalistisches, die ganze grosse Wissenschaft umfassendes, noch aus irgend einem praktischen und namentlich Deutsch-nationalen Bedürfnisse hervorzugehen und würde einerseits die Realfakultäten zu leicht der reinen Wissenschaft entfremden und allzu sehr praktisch färben, andererseits gerade die ideellen Wissenschaften mehr schulmässig betreiben lassen. Auch ist es unangemessen, dass die Leute schon vom 17. Jahre in der Regel jene sog. Universität beziehen und nun nach drei Jahren auf den sog. Akademien keine Gelegenheit haben sollen, neben ihren Fachstudien zugleich noch philosophischen Studien obliegen, ferner dass die sog. Philosophen, Philologen so wenig Gelegenheit haben mit eigentlichen Fachgelehrten zu verkehren. Gervinus' Absicht wird in Preussen dadurch erfüllt, dass auf den dortigen Gymnasien in der obersten Klasse eine Art von allgemeiner philosophischer Vorbildung bereits gegeben und der Schüler zum Selbststudium, überhaupt zur wissenschaftlichen Selbstständigkeit planmässig und grundsätzlich auf alle Weise herangebildet wird.

Universität nur gewinnen, wenn sie sich hier in gewisser beschränkter Weise vom starren Principe entfernt und sich durch sich selbst eine Brücke zum Leben baut. Gegenüber aber besonders dem Materialismus der Zeit werden daher die Universitäten sehr wohl thun, in Seminarien, Kliniken, sog. juristischen und cameralistischen Praktiken auf eine recht wissenschaftliche Vorübung der Praxis hinzuwirken. Ja bei dem Materialismus der medicinischen Realwissenschaften ist diese Verbindung von Theorie und Praxis sogar durchaus nothwendig. Endlich wird namentlich der Staat verlangen können, dass solche praktische Vorstudien bereits auf der Universität gemacht werden, denn er sieht sich sonst durchaus genöthigt, in besonderen Spezialschulen seinen künftigen Beamten die ersten Anfänge der praktischen Anwendung der wissenschaftlichen Theorie beibringen zu lassen. Denselben Gesichtspunkt hat auch die Kirche. Es möge mithin jedenfalls die Universität diese erste praktische Uebung der Wissenschaft wie bisher so auch fernerhin beibehalten. Es werden dann die Universitäten der empirischen Generation der Deutschen Gegenwart recht nützlich erscheinen.

Auch die technischen Fertigkeiten und ihre Uebung (Fechten, Reiten, Tanzen, Zeichnen) mag aus denselben Gründen die Universität beibehalten. Sie dienen dazu, die Harmonie des den Wissenschaften vorzugsweise dienenden Geistes mit dem Körper zu erhalten, ferner nicht weniger direct den Geist zu veredeln, ästhetisch zu bilden und zu verklären. Das Fechten, Reiten, Tanzen wäre der medicinischen Fakultät als ein Appendix füglich zuzuweisen; das Zeichnen, Malen aber der philosophischen. Die Sprachmeister gehören unmittelbar zu den philologischen Nebenlehrern. Doch warum sollen sie nicht lieber Docenten sein? —

Diesen ganzen praktischen Anstrich mag sich die Universität der Jetztzeit ja gefallen lassen, denn ohnedem scheint es ihr in jetziger Zeit schwer zu sein, als ein recht nationales Institut den unorganischen, nach der blossen Kopfzahl aus Urwahlen hervorgegangenen und möglicher Weise aus lauter ungebildeten Leuten bestehenden Majoritäten in den Kammern zu erscheinen, Nichtsdestoweniger wird die Universität, wenn

sie nur ernstlich will und sie wird es wollen, ihren wahrhaft wissenschaftlichen Charakter behaupten können.

Gehalt. Beförderung. Unterstützung.

Es haben zwar viele Universitäten eigenes Korporationsvermögen und dies dient auch zur Besoldung der Professoren. Indessen sind doch überall, da diese Fonds nicht zureichen, Staatszuschüsse nöthig und werden es noch viel mehr werden, je mehr in universeller Weise alle Wissenschaften, namentlich alle cameralistischen, an jeder Universität gelehrt und die Staatsspezialschulen sämmtlich aufgehoben werden. Es ist solche Staatsbesoldung auch an sich durchaus nicht gefährlich für den freien Charakter der Universität, da der Staat deswegen nicht mehr Rechte beansprucht, als oben Kap. IV. bezeichnet sind, aber diese auch mit vollem Rechte durch seinen Kanzler auszuüben befugt ist. Der Staat mag darüber im Allgemeinen willkürlich verfügen, indessen nicht bloss einen festen Etat einrichten, der aber nach Bedürfniss fortwährend vermehrt werden mag, sondern auch Gutachten der Universität, resp. Fakultät des zu Bedenkenden einholen. Dasselbe gilt in Bezug auf ausserordentliche Unterstützungen, sowie Beförderungen. Siehe Kap. IV. Uebrigens wird der Staat nicht gebunden sein, Gutachten derselben Fakultät oder Universität einzuholen; der etwanige Korporationskastengeist ist vom Staate möglichst zu überwinden.

Auch will im Angesichte der materiellen und ökonomisch-nützlichen Richtung des Zeitalters es durchaus angemessen erscheinen, sofort durch ein Staatsgesetz das Korporationsvermögen der Universitäten auf ewige Zeiten unveräusserlich den Zwecken der jedesmaligen Universität zu sichern, ferner womöglich zugleich einen recht hohen Etat, der namentlich auch die realen praktischen Wissenschaften der Cameralfakultät recht reichlich bedenkt, vom Staate zu erhalten und diesen als so perpetuirlich zu bezeichnen, dass er durch kein Gesetz, welches nicht durch Stimmeneinhelligkeit zu Stande gekommen ist, vermindert, wohl aber in jeder Weise erhöht werden kann; sodann dass die sämmtlichen Einkünfte von etwa einzuziehenden Akademien der Wissenschaft (im französischen Sinne

nämlich) nothwendig den Universitäten zufließen müssen; endlich dass etwa einzuziehende Dompfründen (ich denke fürs Erste an die protestantischen) gleichfalls nur zur Erhöhung der Universitätsfonds verwandt werden dürfen. Es lassen sich zwar, das weiss ich wohl, selbst so formell feierliche Gesetze dennoch willkürlich durch Majoritätsbeschlüsse aufheben. [Man hat aber doch eine gewisse Scheu vor ihnen und lässt es nicht gern zum Aeussersten kommen.

Ueber die Grundsätze bei Beförderungen ist Kap. IV. bereits Einiges beigebracht. Gutachten der Fakultät und Universität sind allemal erst einzuholen. Das Fakultätsgutachten kann aber, ja muss in der Regel eine fremde Fakultät abgeben, denn sie wird unpartheiischer sein. Wenn man die menschliche Schwachheit bedenkt und erwägt, wie oft Parteiwesen, Intriguen, Nepotismus im Innern der Universitätskorporationen nach dem Zeugnisse der Geschichte zu allen Zeiten (schon in Bologna) herrschten und zur Förderung von Mittelmässigkeiten und Nullitäten von jeher sich herabliessen, so erscheint schon desswegen ein recht bedeutender Einfluss des Staats bei der Beförderung wünschenswerth, wenn man nur auf der anderen Seite wiederum grundsätzlich die möglichste Selbstständigkeit der Korporation aufrecht zu erhalten sucht. Es streitet nicht gegen die innere Autonomie der Korporation, dass sie bei gewissen mehr äusseren eine solche fremde Einwirkung erfährt. — Uebrigens sollten zu ordentlichen Professoren nur wirkliche wissenschaftliche Notabilitäten erhoben werden, die sich namentlich durch gründliche Schriftstellerei wahrhaft ausgezeichnet haben. Mit der Ertheilung dieses höchsten Grades wissenschaftlicher Meisterschaft muss es aufs Strengste genommen werden. Jedenfalls sind die Urtheile zweier Fachfakultäten einzuholen. Bei Erhebung zum ausserordentlichen Professor mag schon ein gewandter Vortrag und, wenigstens einige literarische Productivität genügend erscheinen. Wer nicht mehr leisten kann, wird perpetuirlich ausserordentlicher Professor bleiben. Ueberhaupt scheint die ausserordentliche Professur als stehende Stelle besonders für Talente von blosser technischer (allerdings etwas schulmeisterlicher) Fertigkeit im Vortrage der Wissenschaft geeignet zu sein. Es ist der Uni-

versität sehr wichtig, solche redegeübte Docenten, die gleichsam die Wissenschaft Anderer in ihrem Geiste nur repetiren, demnach auch durch Klarheit, freilich meist Seichtheit hervorstechen und in ihrer Unverdrossenheit, Fremdes zu reproduciren, sich besonders zu Repetenten eignen, zu besitzen, doch kann eine solche Fähigkeit allein noch nicht zur höchsten Stufe der Meisterschaft berechtigen.

Eine Selbstbeförderung von der einen Stufe der Meisterschaft zur anderen in der Weise, dass man nach einer bestimmten Reihe von Jahren, wenn man nur einige Tüchtigkeit entweder im Vortrage oder im Schriftstellern oder in Beidem nachzuweisen vermag, ohne Weiteres im Titel und (oder) Gehalt avancire (etwa zur a. o. P. in 3—5, zur o. in 4—6 Jahren), scheint nicht angemessen. Denn einmal erscheint es unerhört, dass gegenüber einem einzelnen Individuum eine Korporation und nun vollends der Staat, der ja hier allemal betheiligt sein muss nach unseren oben aufgestellten Grundsätzen, so wenig persönliche Selbstständigkeit und Macht habe, dass ihm von dem Individuum eine Beförderung abgezwungen werden dürfe. Sodann aber möchte dergleichen leicht eine Eselsbrücke für Mittelmässige und Faulenzer werden. Jedenfalls würde der edle Wetteifer fehlen. Die Selbstbeförderung darf nur bis zu einer im Voraus nach Ablauf einer gewissen Zeit für befugt und in der Ordnung erklärten Selbstbewerbung gehen. Der Bewerber bringt Gutachten von irgend einer oder zwei Deutschen Fakultäten seines Faches, auch das Urtheil einer wissenschaftlichen Notabilität, sowie seine Zuhörerlisten bei und beruft sich auf seine Schriften. Nöthigenfalls darf er nach Gutdünken diese Gutachten etc., überhaupt den ganzen Verlauf der Verhandlungen durch den Druck publiciren und somit an das öffentliche Urtheil der Presse, der Nation, gegenüber ungerechter Zurücksetzung von Seiten der Korporation oder des Staates, appelliren.

In der Regel ist jede ausserordentliche Professur mit einem (grundsätzlich geringen) Gehalte ausgestattet. Indessen kann sie ausnahmsweise auch ohne alles Gehalt verliehen werden, wenn keine Fonds da sind und doch ein qualificirtes, sehr verdientes Subject vorhanden ist, doch ist die Stelle sobald

als möglich zu dotiren und der Betitelte hat das Recht, nach einem Jahre bereits darauf anzutragen.

Pensionen. Akademien.

Universitätsdocenten aller Art müssen diese ihre Würde und Stellung nur wegen Verbrechen verlieren können. Sie sind also gegenüber dem Staate in der Regel unabsetzbar. Doch wird es angemessen sein, durch einen Zweidrittelmajoritätsbeschluss sämmtlicher Docenten, entweder auf Antrag des Staats oder eines Docenten, wegen Handlungen und Aeusserungen, die die Korporation in ihrer Existenz bedrohen, ohne Verbrechen zu sein, jeden Docenten ohne alle Entschädigung zu entfernen. —

Bekanntlich hat es mit den Pensionirungen der Professoren seine grossen Schwierigkeiten. Es wäre schmachvoll, einen alten Veteranen der Wissenschaft mit einem kargen Solde von der Universität zu entfernen, weil er nicht mehr gut liest, und was ist gut? Dazu werden aber doch gerade Professoren, wegen der allzu grossen Anstrengungen in ihren jüngern Jahren, sowie wegen des oft schnellen Wechsels der Systeme (besonders in der philosophischen Fakultät) für die Gegenwart unbrauchbar und finden keine Zuhörer. Die Fonds haben bis jetzt nicht gereicht, alle Wissenschaften organisch durch Professuren vertreten zu lassen und doch wird der Etat nothwendig erhöht werden müssen wegen der Nothwendigkeit, die realen Disciplinen recht zahlreich vertreten zu lassen. An Pensionen wird demnach der Staat nicht sobald denken können, besonders da sie möglichst hoch sein sollen, damit der von den Anstrengungen für die Wissenschaft früh gebrochene Gelehrte im Alter nicht noch darben müsse. Und doch ist Pensionirung in vielen Fällen so wünschenswerth, da so oft durch Kränklichkeit, ja schon durch Mangel an Zähnen etc., durch schnelle Ueberwindung seines Systems, durch Geistesschwäche die vorher tüchtigsten Docenten unfähig werden, ferner noch unmittelbar für die Universität, namentlich durch Vorträge zu wirken, selbst auf den Fall, dass sie noch mit Glück schriftstellen können. Dem ist abzuhelfen, damit die Universität nicht erstarre und damit zugleich namentlich jüngere Talente eher

als dies jetzt häufig der Fall ist, den Lohn ihrer Anstrengung, wenigstens in etwas, empfangen. Dazu scheint mir eine lebendige Verbindung von Akademien mit jeder Universität geeignet. Geld darf dies aber dem Staate nicht kosten. Es sind nämlich die grossen kostspieligen Akademien sobald als möglich überall aufzuheben und verhältnissmässige Theile an die einzelnen Universitäten zu überweisen. Davon werden an jeder Universität je 5 oder 6 besoldete Akademikerstellen eingerichtet; diese werden alten Veteranen der Universitätsprofessoren der bezeichneten Art einzig und allein reservirt. Diese eigentlichen Akademiker scheiden aus der Universität aus oder wenn man will, sie bleiben Honorarprofessoren, dürfen aber nur Publica lesen; sie behalten ihr volles Docentengehalt oder beziehen, wenn dieses kleiner ist als die Besoldung als Akademiker, diese, da diese sonst dem in die erledigte Professur Berufenen gegeben wird, so dass letztere so lange noch nicht mit dem vollen Gehalte dotirt ist, als der akademische Honorarprofessor lebt. — Alle übrigen Mitglieder der Akademie sind blosse Ehrenmitglieder, beziehen keinen Gehalt, mögen sich Sold und Gold durch eigene Lösung ihrer Preisaufgaben erwerben und werden aus den activen Professoren der Universität gewählt. Wer nun aber eine solche ordentliche besoldete Akademikerstelle erhalten und damit zugleich von seiner bisherigen activen Professur, übrigens einzig und allein aus den genannten Gründen, enthoben werden solle, darüber hat allein der Staat von seinem universellen, unparteiischen, nationalen Gesichtspunkte das Recht zu entscheiden und übt es durch seinen Kanzler; keineswegs scheint dazu die Befugniss der Universität eingeräumt werden zu dürfen, da in diesem kitzlichen Punkte leicht kameradschaftliches Verhältniss, freundschaftliche Beziehung oder auch Zunftart und gemeiner Neid statt höherer Motive mit einwirken können. Doch scheint es angemessen, dass der Staat zuvor 1) ein Gutachten der Akademie und 2) der Universität einhole. Sodann muss der, allerdings selbst wider seinen Willen, indessen in der Regel auf sein Ansuchen zu Pensionirende (als Professor) und doch zugleich zu Erhebende (als Akademiker) das Recht haben, die betreffenden Gutachten zu publiciren und somit durch die

öffentliche Meinung die ganze Lage der Sache zu controliren lassen.

In dieser Weise ist eine solche Akademie einerseits Staatsversorgungsanstalt für zu quiescirende Veteranen von Professoren, und das ist ihr nützlicher, praktischer Zweck. Andererseits ist sie aber zugleich wirklich eine Anstalt zur freien Pflege der Wissenschaft und es steht zu hoffen, dass sie auch gerade in dieser Beziehung von grosser Wirksamkeit sein werde und namentlich von grösserer als die todten Akademien französischen Styls, da diese vorgeschlagenen namentlich durch ihre Ehrenmitglieder, zu denen jedenfalls nur wirkliche wissenschaftliche Notabilitäten, nicht Leute erhoben werden können, die sich nur durch einen guten Vortrag dessen, was Andere wissenschaftlich erforscht und zu Tage gefördert haben, also mehr durch an sich schätzenswerthe, auch der Universität nothwendige und bei Creirung zu ausserordentlichen Professoren genügende, allerdings mehr schulmeisterliche Geistesgaben auszeichnen, in der lebendigsten Beziehung zur rührenden, üppigen, lehrenden Wissenschaft, zur Universität stehen. Die Professoren werden aber als (Ehren- oder wirkliche) Mitglieder der Akademie noch mehr Gelegenheit haben, sich durch persönliche wissenschaftliche Thätigkeit in lebendige Verbindung zu setzen und durch gemeinsame Wirksamkeit für die Wissenschaft diese letztere noch mehr zu fördern, als sie dies schon ohnedem als Schriftsteller und als Lehrer im Kreise der Universität und hier leider bis jetzt mehr vereinzelt thun. Die Akademie würde das ideelle Band, welches unter den Meistern der Wissenschaft stattfindet, auch mehr äusserlich fixiren und so die Verbindung der Meister intensiver, sowie ihre wissenschaftlichen Erfolge, eben wegen der wirklichen Gemeinsamkeit der Arbeit, viel grossartiger machen können.

Mehr als fünf oder sechs der Universität nicht mehr dien-same Veteranen wird es wohl zu gleicher Zeit nicht geben und wird es überhaupt immer genügend sein, eine solche Anzahl stummer Meister beseitigen zu können. Darum schlage ich nur diese Zahl für besoldete Akademikerstellen vor. Indessen sollten die Fonds gross genug sein und ein dringendes Bedürfniss für die Universität obwalten, so wären noch einige

Stellen zu creiren, wenn auch nur zeitweilig. Doch ist einmal ein so starkes Bedürfniss nicht wahrscheinlich und dann muss man es mit dem Uebergange zur Pensionirung von der Professur und zur Versetzung an die Akademie nicht so leicht nehmen, damit nicht etwa alte Faulenzer dies benutzen. Jedenfalls aber können nur wirkliche Professoren-Veteranen zu besoldeten Stellen in der Akademie gelangen und somit in eine Art von Ruhestand versetzt werden. Sind Stellen vacant und keine Veteranen dazu vorhanden, so sind die Gelder zeitweilig zur Honorirung von akademischen Preisaufgaben zu verwenden.

Die Ehrenmitglieder der Akademie werden zur Hälfte vom Staate ernannt, zur Hälfte ergänzen sich die Akademiker selbst durch Zweidrittel-Majoritätsbeschlüsse. Die Akademie wählt ihren Präsidenten. Der Kanzler der Universität ist Vicepräsident. Uebrigens setzen wir immer voraus, dass der Kanzler selbst ein Mann der Wissenschaft sei.

Die etwa noch mangelnden Fonds könnten leicht dadurch beschafft werden, dass man die bisherigen Einkünfte der Staatsspezialschulen (namentlich die ungeheuren der Kadettenhäuser) theilweise oder ganz den Universitäten überwiese; ferner dass man etwa einzuziehende Dompfründen, wie oben gesagt, durchaus zu Besten der Universitäten verwendet.

Honorare.

Das was zu ihrer Rechtfertigung bereits Kap. IV. gesagt ist, will ich nicht wiederholen. Sie begründen vor Allem ein wahrhaft persönliches Verhältniss zwischen dem Docenten und Studenten und besiegeln ganz besonders die selbstständige Persönlichkeit des letzteren, der hier nicht als Schuljunge Schulgeld im Namen des Vaters giebt, sondern durch sein eigenes Geld, von seinem Wechsel sich den Lehrer zu persönlichem Dienste verpflichtet. Sie bezeichnen ferner hauptsächlich den vom Staate unabhängigen Charakter des Docenten und gewähren demselben, besonders dem tüchtigen, ein besseres, behaglicheres Auskommen als ihm der Staat (besonders der jetzige ökonomische) zu bewilligen immer bereit ist. Privatdocenten sind aber ohne Honorare, das bedenke

man wohl, gar nicht mehr möglich. Wenn man dies vortreffliche Institut behalten will, so darf man auch die Honorare nicht abschaffen. Wir würden dann auch in Deutschland aller Wahrscheinlichkeit nach sehr bald jene erbärmliche abhängige Stellung der jüngeren Universitäts-Dozenten auftauchen sehen, welche als Remplaçans und Doubletten das System des staatlich angestellten Professors sklavisches zu studiren, maschinenmässig zu memoriren und lückenbüssermässig in Ermangelung des hohen Herrn Professors den Zuhörern desselben zu peroriren haben, wie das in Frankreich der Fall ist. Der alte Herr Professor lässt den jungen Herrn Dozenten für einige Groschen tagelöhnern. Uebrigens ist dem Armen, wie bereits geschehen, die ausgedehnteste Stundung bis zu Erlangung von selbstständigem genügenden Vermögen, niemals aber die den Studenten erniedrigende Schenkung zu gewähren. Die Stundung im einzelnen Falle ist nie Sache des einzelnen Dozenten, sondern einer Commission, die ein für alle Mal (in jeder Fakultät) darüber entscheidet, so dass das Zartgefühl weder des armen Studenten, noch auch des Dozenten verletzt werde, damit sich der Arme durch persönliches Bitten und Betteln gegenüber dem vielleicht knickrigen Professor nicht zu entwürdigen und auch der Docent nicht durch falsche Vorspiegelungen, durch studentische Windbeuteleien und Redensarten von einem nichtbedürftigen flotten Studiosen, der sein Geld lieber vertrinken und verputzen, verfressen und verjuchheen, als damit den sauren Schweiss des Professors lohnen mag, überumpeln und übertölpeln lasse. Die Honorare sind aber nie an die Person des Dozenten, sondern an einen Universitätsquästor zu zahlen.

Beim Wegfalle der Honorare würde das Einkommen der Professoren sehr geschmälert werden und geradezu, besonders in der philosophischen Fakultät, wo viele Professuren, eben wegen der nicht unbedeutenden Honorare, seit ewigen Zeiten sehr schlecht besoldet sind, in vielen Fällen zu einem kümmerlichen Hungersolde herabsinken. Bei den vielen Ausgaben, die der Staat jetzt anderweitig für die Universität und zu anderen Zwecken machen muss, wird an Erhöhung dieser Besoldungen nicht leicht zu denken sein. Warum aber auch dem

Staate diese neue Last auflegen, die ja nur und einzig von dem Wohlhabenden prästirt werden soll? Arme sollen ja nichts zahlen!

Promotionen. Disputationen.

Die Anforderungen an zu Promovirende sind so hoch als möglich zu stellen. Der hier und dort noch übliche Titelhandel ist schändlich und setzt die ganze Universität in den Augen des Volkes herab. Ohne ein strenges mündliches Examen, mit dem aber allemal auch zwei schriftliche Arbeiten verbunden sein müssen, ist Niemand zu promoviren. Es sollen nicht bloss sehr gründliche positive Kenntnisse in einem Fachstudium, sondern auch historisch-philosophische Durchdringung des Fachstoffes verlangt werden, was letzteres bis jetzt fast nirgend verlangt wird. Das Examen ist nicht bloss lateinisch abzuhalten, in der Regel sogar nur deutsch. Die Disputation ist beizubehalten, als eine gute Uebung des Geistes, aber einmal dann von Jedem zu fordern, dann in der Regel deutsch zu halten und endlich nicht vor ihrem Erfolge der Grad der Examenablegung zu bestimmen, also auch nicht das Diplom schon fix und fertig vom Decan in die Disputation mit hineinzunehmen. — Die Kosten sind möglichst zu ermässigen und die alten, dem Geiste der Zeit lächerlichen Ceremonien völlig zu beseitigen. Wer aber auch auf solche strenge Weise den Doctortitel erlangt hat, darf in der Regel an der Universität erst ein oder zwei Jahre später, oder doch jedenfalls erst fünf Jahre nach dem ersten Beziehen der Universität zu lesen anfangen, nachdem er eine lateinische oder deutsche Dissertation gelehrten Fach-Inhalts, die von der Fakultät approbirt ist, hat drucken lassen und aufs Neue disputirt hat. Mündliches Examen ist dann nicht noch einmal nothwendig. — Man sieht, wir stellen die Anforderungen hoch genug. Wer aber als Meister der Wissenschaft an einer Universität Vorträge halten will, muss auf das Beste dazu vorbereitet sein. Wer diese Vorbereitung scheut und doch zu freien Vorträgen Beruf in sich spürt, mag Privatvorlesungen halten.

Auch die cameralistische Fakultät creirt Doctoren u. s. w.

Geist der Methode.

Pressfreiheit und Lehrfreiheit steht der Universität und jedem Docenten, wie natürlich, zu. Ohne volle Freiheit der Gedankenmittheilung ist die Wissenschaft ein Unding. Selbst der theologischen Fakultät ist die vollste Freiheit zu gewähren in ihrer wissenschaftlichen Forschung; nur räumen wir der Kirche das Recht ein, Docenten gerade in ihrem Sinne anzustellen zur Geltendmachung ihres specifischen Inhalts im Reiche der Wissenschaft. Auch der Staat darf sog. staatsgefährliche Doctrinen nur durch die Doctrin bekämpfen, indem er gewisse Docenten in seinem Sinne anstellt. Siehe darüber Kap. IV. Ferner ist am wenigsten dem einzelnen Docenten eine Vorschrift über die Art und Weise, Länge, Kürze, Zeit seiner Vorträge zu machen. Es ist hier Jedem zu gewähren zu lassen. Die Individualitäten sind so verschieden, dass bei dem einen die, bei dem anderen jene Art des Vortrags angemessen erscheint. Doch steht fürwahr zu erwarten, dass das Princip der Mündlichkeit auch hier durchdringe und dass die Docenten sich nicht länger entblöden werden, ihre Lehrerthätigkeit in die Zeiten des uralten Bologna und Paris, in das Zeitalter vor der Erfindung der Buchdruckerkunst zurückzudatiren und ihre Zuhörer mit blossen Dictaten zu unterhalten, die Jünger der Wissenschaft zu Schreibmaschinen herabzuwürdigen. Schon zu Bologna wussten sich die Scholares zu helfen und schickten ihre Bedienten zum Nachschreiben ins Colleg. Es ist nicht abzusehen, warum die heutigen Musensöhne nicht ihre Stiefelwischer zu einem solchen Dictirvogel schicken sollen. Während der mechanischen Arbeit des Schnellschreibens können sie doch unmöglich die Wissenschaft in sich aufnehmen. Wer Tüchtiges, Neues, Absonderliches geforscht hat, der lasse seine Weisheit drucken. Ist er noch nicht fertig mit der Ausfeilung etc., so begnüge er sich mit dem mündlichen Vortrage und dictire allenfalls einen kurzen Grundriss zu seinem (originellen) Gedankengange. Der mündliche Vortrag mit seiner geheimnissvollen Kraft durch das lebendige Begegnen persönlicher Geister im Zuhörer und Sprecher muss immer die Hauptsache sein; sonst kann man lieber aus Büchern im stillen Kämmerlein die Wissenschaft erlernen und

brausht keine Universitätslehrer. Schon der heilige Hieronymus sagte: *Habet nescio quid latentis energiae viva vox et in aures discipuli de doctoris ore transfusa fortius sonat.* Die noch so gellende, kreischende, brüllende Stimme des Herrn Dictirers ist keine *viva vox* im Sinne des heiligen Hieronymus. — Endlich ist zu hoffen, dass die positiven Gelehrten es mehr und mehr als den innersten Beruf aller Wissenschaft betrachten werden, ihren gegebenen Stoff historisch-philosophisch zu durchdringen, die leitenden Ideen und den systematischen Zusammenhang darzulegen, nicht ein blosses rohes, todtes Material zu überliefern.

Der Streit, ob akroamatische oder ob dialogische Vorträge zu halten seien, löst sich einfach durch die Erklärung, dass Beides nicht auszuschliessen sei. Indessen verlangt doch der systematische Geist jeder Wissenschaft vorzugsweise ununterbrochene zusammenhängende Vorträge des Docenten; ohne sie ist Ordnung und System in die Vorlesung nicht hineinzubringen und das ist doch die Hauptsache; die Wissenschaft ist sonst nichts als eine Rumpelkammer des Wissenswürdigen oder allenfalls ein Keller von verschiedenen angenehmen Weinsorten, die im Einzelnen recht gut schmecken, aber in ihrer Mischung abgeschmackt sind. Der Geist der Wissenschaft ist ein systematischer. Wissenschaft ist System und Ordnung des Wissens. Der zusammenhängende Vortrag muss immer die Hauptsache sein. Das Dialogische dient zur Uebung und ist besser ganz aus dem Vortrage selbst zu verweisen und sind vielmehr zu diesem Behufe die alten, vortrefflichen Disputirübungen *anhangsweise* mit jeder Vorlesung zu verbinden, so dass etwa alle 4 Wochen eine Disputation über frei aus dem Stoffe der Vorlesung von den Studenten gewählte Materien disputirt wird. — Im Alterthume konnte allenfalls die dialogische Methode vorherrschen. Aber damals war der Kreis der Wissenschaft gering und dazu nicht viele zeitraubende und gelehrte Vorbereitung nothwendig; auch war die Zahl der Schüler in der Regel nicht so gross. Kurz das Ganze war noch leichter, beweglicher, drum die leichtere und beweglichere Methode angemessen. Doch auch damals wurde sie in grossen Auditorien gewiss nicht angewandt. — Heutiges Tages

muss der Jünger sich lange vorbereiten, ehe er den ungeheuren Stoff so inne hat, dass er ihn wissenschaftlich beherrschen und dialogisch behandeln kann.

Ferien.

Sie dienen einmal zur Erholung, die nach anstrengenden wissenschaftlichen Studien so noth thut, doch zu dem Behufe brauchen sie in der Regel nicht so sehr lang zu sein; andererseits aber unstreitig sind sie für den Docenten die eigentliche Mussezeit zur Absolvirung gelehrter Arbeiten, zur Publicirung selbstständiger Forschungen, sowie für den Studenten zur Bewältigung der ihm dargebotenen Wissenschaft durch Selbststudium, ohne welches keine vollendete Wissenschaftlichkeit möglich ist. Zu letzterem Behufe müssen die Ferien lang sein, doch genügt alljährliche ein Zeit von circa zwei Monat in den gewöhnlich auch heiteren Herbstzeiten (25. August bis 25. October) *) völlig. Weihnachten, Ostern, Pfingsten mögen nur kurze Pausen stattfinden.

Studenten.

Von diesen ist bereits Kap. IV. (S. 55, auch S. 58 ff.) gesprochen, namentlich auch von einigen Rechten, die Viele jetzt beanspruchen, die ihnen aber principiell nicht zuzustehen scheinen. Ich verweise darauf. Was oben als principiell Postulat aus dem Wesen der Wissenschaft heraus gefunden ist, das scheint mir zugleich jetzt für die Reform der Deutschen Universität das Mögliche. — Hier nur Folgendes. Docenten und Studenten in der Gesammtheit bilden allerdings die Universität, doch die eigentliche autonomische Korporation kann nur von den Docenten gebildet werden, denn nur sie haben wirklich den vollen freien Inhalt der Universität in sich zu ihrem Principe, sie sind eben Meister der Wissenschaft. Die Studenten streben erst dieses Princip für sich zu setzen, die Wissenschaft zu erlangen, sie sind noch nichts Fertiges, wollen erst durch das Studium der Wissenschaft zu Selbstständigkeit des sittlichen, intellectuellen Mannes, zur vollen Humanität gelangen. Dies Werdende, Elementarische des Universitätsprincips in ihnen lässt ihre Stellung zum Ganzen der Universität

*) Die in Preussen übliche Ferienzeit (15. Aug. bis 15. Octbr.) macht das Sommersemester allzu kurz.

noch nicht als vollberechtigt erscheinen; sie haben die innigste Beziehung zur Universität, aber sie sind noch nicht volle Glieder derselben. Dazu kommt ihr fortwährender Wechsel, ihr immer nur zeitweiliger Aufenthalt auf der Universität, der sie doch in den allermeisten Fällen nur zur Vorbereitung auf unmittelbar praktische Berufsfächer angehören, endlich ihre Jugendlichkeit, wenigstens noch nicht vollendete Männlichkeit. Durch dies Alles scheint denn das historische Factum gerechtfertigt, dass die Studenten bisher nicht die eigentliche Universität bilden, dass sie nur als eine, allerdings nothwendige Pertinenz der Korporation betrachtet werden und selbst wieder im Gegensatz der eigentlichen Universitäts- (nämlich Dozenten-) Korporation eine untergeordnete akademische Genossenschaft, Korporation bilden. Wenn diese studentenschaftliche Genossenschaft einmal sich nur zu einem sehr lose verbundenen Ganzen, das noch dazu gewöhnlich durch fortwährende Trennungen der einzelnen Glieder in Frage stand, zusammenzuschliessen vermocht hat, ferner wenn der Staat sie nur mit sehr geringen Gerechtsamen, die sich mehr auf Aeusserlichkeiten beziehen, ausgestattet hat, so ist das durch das Unbestimmte, das Werden des Principes u. s. w. u. s. w. in der Studentenschaft völlig gerechtfertigt und erscheint auch für künftige Zeiten als das Vernünftige. Die Studenten mögen demnach mehr neben der Dozentenkorporation in freier Weise existiren und eine freie Association mit vielen Unterassociationen, mit der allergrössten Freiheit der einzelnen Gliederungen wie der einzelnen Individuen bilden. Das in der Genossenschaft äusserlich fixirte ideale Band der werdenden Wissenschaft mag sie so wenig als möglich in Entwicklung ihrer vollen Individualität binden und hemmen. Selbst soweit muss die Freiheit gehen, dass der Einzelne ungestraft sich völlig gegen die ganze Genossenschaft isolirt, sie ignorirt. Wenn er ihr nur nicht feindlich entgegentritt, so ist es genug. Es ist diese Freiheit nothwendig zur individuellsten Entwicklung des Einzelnen durch die Wissenschaft, je nach seinem innersten Wesen. Aller Zwang innerhalb der studentischen Association muss fern bleiben und dieselbe sei mehr ideal als real, so frei und so unbestimmt als möglich, doch mit dem Ziele zur

Wissenschaft zu führen. Der Staat mag sich um diese Association nur in soweit bekümmern, als um andere Associationen, wenn er auch eine so grosse Masse an einem Orte zusammenwohnender und nur auf kurze Zeit dort sich aufhaltender, dem Schulzwange eben entlassener junger Männer etwas schärfer beaufsichtigen muss; worüber das Nähere sogleich bei der Disciplinargewalt zu geben ist.

Das Verhältniss zwischen Docenten und Studenten scheint mir nur ein ideelles, durch die reine Wissenschaft vermitteltes zu sein. Es kann das nur ein durchaus freies sein. Es ist in Bezug auf die Einzelnen ein rein persönliches Band zwischen dem Meister und Jünger der Wissenschaft. Eine Macht des Docenten irgend einer Art über seine Zuhörer ist daraus nicht zu folgern. Die Docentenkorporation und die Studentenschaft stehen sich gleichfalls ganz frei einander gegenüber; auch der Einfluss des ersteren auf die letztere soll nur ein wissenschaftlicher, drum ideeller, kein reeller sein. Die Wissenschaft lässt sich wahrhaft nur durch die grösste Freiheit verbreiten; die Studentenschaft hat von dem Docentencollegium weiter keine Einwirkung auf ihre Erhebung zur Wissenschaftlichkeit anzunehmen als eine rein geistige, die durch die Vorträge, durch den persönlichen Ruf des Lehrers, durch den wissenschaftlichen Glanz der ganzen Universitätsdocentenschaft vermittelt wird. Selbst zu persönlichen Vermahnungen etc. ist der Docent an sich nicht berechtigt und darf diese nur aus einem freundschaftlichen, nicht blossen Docentenverhältnisse wagen. Geht die Einwirkung des Docenten weiter, so ist sie keine freie Verbreitung der Wissenschaft mehr, sondern eine schulmässige Anlernung, die demnach immer mit einer disciplinarischen Zucht verbunden sein würde. Schule und Universität, Docenten und Schullehrer, Kenntnisse und Wissenschaft, freie Wissenschaftlichkeit und Lernen, auf der einen Seite freie Mittheilung der Wissenschaft und Freiheit in selbstständiger Erhebung zur Wissenschaft und auf der anderen Seite Schulzwang und Schulzucht sind wohl zu unterscheiden. Demnach steht der Universitätskorporation in den Docenten auf die Studentenschaft weiter kein äusserer Einfluss

zu. Es ist überhaupt nach jetzigen staatsrechtlichen Begriffen unerhört, dass eine Korporation — und wäre sie eine so wichtige und wie wir wünschen immerhin etwas staatlich gefärbte wie die Universität — über freie erwachsene Menschen einen anderen Zwang als einen moralischen, geistigen, ideellen, oder nun gar eine Gewalt, eine Gerichtsbarkeit oder auch nur eine blosse Disciplin ausüben dürfe. Dies lässt man sich jetzt höchstens noch vom Staate gefallen. Selbst die Kirchendisziplin ist verhasst. Von einer

Akademischen Gerichtsbarkeit

weder in Civil- noch in Criminalsachen kann demnach gar nicht mehr die Rede sein. Selbst wenn man die Studenten als volle Glieder der Korporation betrachten wollte, würde doch eine solche Justiz durchaus gegen den Charakter des heutigen Staatsrechts sein, vor welchem jegliche Privat-, Patrimonial-Justiz als nichtig erscheint. Der Universität steht demnach eine Gerichtsbarkeit weder über Docenten, noch über Studenten, noch endlich viel weniger über sog. akademische Schutzverwandte zu. Aber selbst eine

Disciplinargewalt

über Studirende können wir der Universität nicht einräumen. Diese könnte nicht anders denn als eine Schulzucht und als ein Schulzwang wirken und würde den Charakter der Universität beeinträchtigen, die Studenten von Jüngern der Wissenschaft zu Schülern herabsetzen. Wenn eine besondere Disciplin über Studirende zu üben ist, so ist sie allenfalls vom Staate zu handhaben. Dann wirkt sie doch nicht mehr schulzwangsmässig, unterscheidet sich aber eigentlich kaum von der gewöhnlichen Polizeiaufsicht und — Bestrafung anderer Staatsangehörigen durch den Staat. Soll aber die Staats-Polizei über Studirende im Allgemeinen nur dieselbe sein wie über andere Staatsbürger desselben Alters? — Da die Studirenden zu den erwachsenen und im Allgemeinen*) in jeder Beziehung handlungs- und zu-

*) Nur in Betreff der Dispositionen über ihr Vermögen, nicht über ihre Wechsel, Stipendien etc. stehen sie vielleicht, weil sie in der Regel noch nicht grossjährig sind, in einer gewissen Abhängigkeit.

rechnungsfähigen Leuten (zwischen dem 18. — 24. Lebensjahre zumeist) gehören, so kann die gewöhnliche Staatspolizei in Bezug auf sie von Anfang an im Ganzen nur wenig variiren. Nur wenn zu dieser allerdings noch in etwas vorhandenen Jugendlichkeit und Leichtsinnigkeit noch eine andere Rücksicht, namentlich die Erwägung, dass diese jungen Männer einem langen Schulzwange eben erst entlassen, hervortritt und endlich noch die Existenz einer besonderen Lebenssitte der akademischen Studentenschaft hinzu kommt, rechtfertigt sich vielleicht eine speciellere Normirung der Polizeivorschriften für Studenten. Auch mag dieses und besonders die Rücksicht auf die eigenthümlichen Lebensansichten, die eigenthümlichen akademischen Sitten und Gebräuche die Staatspolizei veranlassen, besondere Normen in der polizeilichen Behandlung der akademischen Jugend auch fernerhin wie bisher eintreten zu lassen. Es können diese dann nur mildere sein. — Aber ich möchte alle diese Voraussetzungen in Zweifel ziehen. Es fragt sich nämlich nach meiner Ansicht einmal: ist diese Besonderheit des akademischen Lebens noch jetzt vorhanden; ferner ist sie überhaupt aufrecht zu erhalten und endlich ist sie eigenthümlich genug, um Abweichungen von den Staatspolizeigesetzen, besonders unter hinzukommender Erwägung der gewissen Jugendlichkeit, praktischen Lebensunerfahrenheit und des eben verlassenen Schulzwanges, zu rechtfertigen. Im Angesichte der Gegenwart und ihrer politischen und socialen Tendenzen möchte ich nun diese Fragen alle insgesamt zu verneinen geneigt sein, so sehr ich auch an sich sonst gegen die Sache Wenig einwenden möchte, da sie mir nicht so wichtig erscheint. Die Wissenschaft und ihr freies, frisches Wachsthum in den jungen Männern der Studentenschaft scheint mir fürwahr auch unter der Herrschaft der gewöhnlichen Staatspolizeigesetze der volksfreien Monarchie in jeder Beziehung gesichert; auch mag ein Jünger der Wissenschaft nach meiner Ansicht nicht unselbstständiger sein, nicht milderem Polizeigesetzen unterworfen sein als ein Commis, Handwerksbursche, Officier desselben Alters. Indessen wollen wir uns hierüber kein Endurtheil erlauben. Ich glaube darüber urtheilen am besten die heutigen Studenten selbst. Sie müssen am besten

wissen, ob diese besondere Sitte noch unter ihnen existirt, ob deren Aufrechterhaltung ihnen für ihr Studium der Wissenschaft und ihre Heranbildung zur vollen Humanität und sittlichen und intellectuellen Selbstständigkeit wünschenswerth erscheine und ob diese Sitte noch stark genug sei, um trotz der die Jetztzeit überall bewegenden Ideen von Gleichheit und Freiheit aller Bürger, von Vernichtung aller Standesunterschiede, Standesprivilegien u. s. w. noch Anerkennung und Leben verlangen zu dürfen!

Im günstigen oder wenn man will ungünstigen Falle würde der Staat besondere Polizeiverordnungen für Studirende erlassen, unter dem Gesichtspunkte einer gewissen Disciplin und einer milderen Bestrafung der durch die eigenthümlichen Studentenlebensansichten hervorgerufenen Contraventionen (Duelle namentlich). Vielleicht dass der Staat diese Polizeigerichtsbarkeit durch Zuziehung von akademischen Geschworenen, die über das Schuldig oder Nichtschuldig zu entscheiden hätten, weil sie die akademische Sitte, aus deren Instinct die Uebertretungen hervorgegangen sind, am besten kennen, handhaben möchte. Die Studenten scheinen sich freilich zu solchen Geschworenen nicht zu eignen; sie werden zu parteilich, zu nachsichtig sein und fast immer freisprechen; besser die Docenten, doch besonders die jüngeren, denn ihnen ist die jüngste akademische Studentensitte noch am lebendigsten vor Augen und — denn sie ist fürwahr Gemüthssache — im Herzen.

Stipendien,

wohin auch Freitische, freie Wohnungen, besondere Unterstützungen gehören, mag der Staat reichlich durch seinen Kanzler an Bedürftige vertheilen, auf dass die Erhebung zur Wissenschaft auch dem Aermsten, der durch Talent dazu berufen ist und zugleich durch Fleiss in ihr etwas Tüchtiges zu leisten verspricht, ermöglicht werde. Doch hat der Kanzler vor der Ertheilung Gutachten der Fakultäten, oder besser wissenschaftlich ausgestellte Zeugnisse einzelner Docenten über die Würdigkeit des zu Bedenkenden, sowie glaubhafte Zeugnisse der Bedürftigkeit von Seiten der betreffenden Justizbe-

hörden einzuholen. Examina sind dabei in der Regel nicht anzustellen, denn sie sind wegen der Masse der Bewerbenden meist illusorisch, tragen etwas Schulmässiges an sich und stören den freien Gang eigenthümlicher wissenschaftlicher Entwicklung des einzelnen Studirenden durch mechanisch-schematische Vorbereitungen allgemeiner und trivialer Art. Dagegen würde ich auch hier wie bereits oben grosse Disputirübungen vorschlagen, an denen alle theilnehmen müssten, die Stipendien erlangen wollen. Es ist da von Jedem ein leichter Stoff nach seiner Neigung zu wählen. Ebenso würde es der freien Entschliessung zu überlassen sein, wer Vertheidiger und wer Opponent der Thesen sein wolle. Es liessen sich füglich allemal 3 Vertheidiger und 9 Opponenten bei einer Disputation thätig betheiligen. Ein Docent führt das Präsidium. Die Wahl der Sprache steht bei den Studenten. Der Act ist öffentlich. Nur Fakultäts-Fachgenossen können in der Regel mit einander disputiren, um die Erörterung etwas gründlich zu machen. Es wäre sehr zu wünschen, dass solche Disputirübungen an der Universität wieder recht häufig würden; sie wecken ungemein den Geist, geben Gewandtheit, verschaffen Zuversicht, lehren Redefluss und Geistesgegenwart und lassen zugleich der Individualität den freiesten Spielraum zur eigensten Thätigkeit. Zugleich spornen sie zum wirklichen wissenschaftlichen Fleisse an, denn ohne gelehrte Kenntniss lässt sich schlecht disputiren.

Bursä.

Das enge Zusammenwohnen der Studenten in sog. Collegien, Convicten, Bursen etc. scheint der freien Entwicklung des Individuums, dem genialen Aufschwunge des Geistes zur ureigensten Selbstständigkeit, zur Originalität gefährlich. Es ist oft wahrhaft fürchterlich, zu so enger Gemeinschaft mit durchaus unverwandten Herzen und Geistern durch den Zufall auf Monate und Jahre verdammt zu sein. — Freie Associationen genügen vollständig zur Ergänzung der Individualitäten.

Sog. Maturitätsprüfung.

Zum tüchtigen Studium der Wissenschaft als solcher ist allerdings eine gewisse gelehrte Vorbildung nothwendig. Nament-

lich scheint zum gründlichen Verständniss der modernen Wissenschaften eine Kenntniss des Geistes des classischen Alterthums, sowie der (christlichen) Religion und Moral, eine Uebersicht des lebendigen Entwicklungsganges des Menscheingeistes in der Geschichte der universellen wie der vaterländischen durchaus nothwendig. Das Ideal wäre also, dass nur so Vorbereitete die Universität bezögen, denn nur solche werden die Wissenschaft wirklich in sich aufnehmen und weiter zu fördern vermögen. Indessen sind die Universitäten doch nicht solche abstracten Idealanstalten, sondern erscheinen vor Allem als Nationalanstalten, dienen zur Befriedigung und Versorgung der nationalen geistigen Bedürfnisse und Berufe, dienen endlich besonders auch dem Individuum als solchem zum Zwecke geistiger Befriedigung nach dem ureigensten Typus desselben. Jeder, wer Lust hat, muss daher zu den Vorlesungen ohne viele Weitläufigkeiten zugelassen werden; doch wird die Nation vielleicht berufen sein, das Individuum in der freien Benutzung der Universität so weit zu beschränken, dass ein gewisses Normalalter (etwa das 18. Lebensjahr) zum Betreten der Universität in ähnlicher Weise verlangt wird, wie man zur privatrechtlichen Selbstständigkeit das Grossjährigkeitsalter und zur Uebung gewisser politischer Rechte das 25., 30. oder 40. Lebensjahr verlangt. Da es aber der Nation doch wieder darauf ankommt, möglichst das Ideal des Universitätsstudiums zu verwirklichen und recht gründliche Bildung zu verbreiten, so wird sie in ihrer vernünftigen Gesammtheit, als Staat also, an Jeden, der sich durch Universitätsstudien zum unmittelbaren Staatsdienste vorbereiten will, die Anforderung stellen dürfen, dass er die bisher übliche Maturitätsprüfung vor dem Betreten der Universität abgelegt habe. Dasselbe wird die Kirche von ihren künftigen Dienern verlangen, damit dieselben wahrhaft gründliche Studien auf der Universität machen können. Diese Anforderungen von Seiten des Staats und der Kirche an ihre künftigen Beamten werden viele Andere veranlassen, denselben gründlichen Weg der Vorbereitung, da er an sich vernünftig und das wahre Ideal ist, einzuschlagen, doch ist hier weiter Niemand zu zwingen. Uebrigens vermögen die Docenten dadurch, dass sie ihre Vorträge durchaus

nur für genügend und gründlich Vorgebildete berechnen und durchaus rein wissenschaftlich halten, den Studirenden auch einen moralischen Zwang zur Ablegung von Maturitätsprüfungen oder doch zu gründlichen Vorbereitungen aufzulegen, indem Ungebildeten dergleichen streng wissenschaftliche Vorträge unverständlich sind. Es mögen sich aber die Docenten nimmermehr zur Trivialität der Vorträge entschliessen, selbst wenn sie wissen sollten, es sitzen Viele auf den Bänken und verstehen euch nicht. Sie mögen nie vergessen, dass sie Priester der heiligen Wissenschaft sind. — Jedenfalls wird nun aber die Universität nur solche zur Promotion und Habilitation zulassen, welche gründlich durch Maturitätsprüfungen vorbereitet an das Studium der Wissenschaft auf der Universität herantreten. Siehe oben. — Uebrigens würden wir trotzdem nicht dazu rathen, die bisherige scharfe Unterscheidung zwischen immatrikulirten und nichtimmatrikulirten Studenten (je nachdem nämlich der Student ein Maturitätszeugniss beigebracht hat oder nicht) beizubehalten, einzig desswegen nicht, weil die flache Richtung der gegenwärtigen Generation daran Aergerniss nehmen möchte und die Universität sich hüten mag, wegen blosser Formalien mit der Zeit zu brechen.

Fakultätszwang. Zwangscollegia. Triennium.

Es muss nothwendig für Denjenigen, der sich nun einmal entschlossen hat, gerade auf der Universität durch akademische Vorträge, nicht durch blosses immer einseitiges Selbststudium und todtes Bücherlesen die Wissenschaft in seinem Geiste Wohnung nehmen zu lassen, als Ideal erscheinen, 1) dass er sich einem besonderen Zweige der Wissenschaft mit einer gewissen Ausschliesslichkeit widme, also sich einer Fakultät anschliesse. Das ist wahrhaft vernünftig nach dem Principe der Theilung der Arbeit. Niemand vermag den ganzen grossen Kreis der Wissenschaft zu umspannen, ohne sein Wissen zu verflachen. Doch ist natürlich eine gewisse universelle Durchdringung und Vergeistigung des Fachstudiums nicht ausgeschlossen und wird sogar zu postuliren sein. Uebrigens ist schon oben zu Anfang dieses Kapitels von dem Wesen der Fakultäten gesprochen. 2) Ferner wird es als Ideal

anzusehen sein, dass ein solcher Jünger der Wissenschaft möglichst sämtliche Vorlesungen aus dem Kreise des gewählten Faches (Spezialwissenschaften), sowie gewisse universellere Disciplinen höre, um den ganzen geistigen Organismus der besonderen Wissenschaft und deren inneren Zusammenhang mit allen übrigen Zweigen der einen grossen Wissenschaft wahrhaft kennen zu lernen, vollkommen in den Geist der Wissenschaft einzudringen. Das ist der vernünftige und der tiefe Sinn des sog. Fakultätszwanges und der sog. Zwangscollegia. Weiteres soll dadurch nicht beabsichtigt werden. Es liegt dem also wirklich etwas Ideales zum Grunde. Freilich sollte wo möglich der Zwang zur Erreichung dieses Ideales nicht nothwendig sein und jeder Jünger der Wissenschaft aus freier Entschliessung diese Erwählung einer bestimmten Fachwissenschaft und trotzdem jene Universalität im Hören der sämtlichen einschlagenden Vorlesungen anstreben. Ja die Universität ist beim Widerstreben nicht einmal berechtigt zu zwingen, denn ihr Princip, die Wissenschaft, ist von allem Zwange fern; sie bietet vielmehr nur jene Universalität Jedem dar und lässt nun das Individuum frei handeln. Die Deutsche Universität ist ja auch nicht bloss ihrer selbst wegen da, sondern dient zu Befriedigung des einzelnen Individuums wie der ganzen Nation. Und wie nun überhaupt die Bestimmung der Art, des Grades der Bildung durchaus der freien Entschliessung des Individuums anheim zu geben ist von Seiten des Staats und jedes Anderen, so gilt dies namentlich von der Art und Weise, in welcher das Individuum sein Universitätsstudium machen wolle. Zwang darf hier nicht stattfinden. — Da es aber der Nation als einem Ganzen, also dem Staate wünschenswerth sein muss, möglichst durch ein gründliches und universelles Studium der Wissenschaft befähigte Beamte zu haben, so wird der Staat wenigstens von Denjenigen, welche seine Beamten werden wollen, verlangen können, dass sie gewisse Collegia sämtlich gehört haben, also ihnen Collegienzwang, zu dem oben angedeuteten Zwecke, auflegen dürfen. Und dies scheint um so vernünftiger, da Examina immer zweifelhafter Art sind, um sich über die gründliche Wissenschaftlichkeit Jemandes zu belehren und das Examen füglich erst auf der festen Grund-

lage, dass eben der Candidat wirklich ein gründliches Studium durch Anhörung sämtlicher Collegia habe machen wollen und können, einige Sicherheit gewähren mag. Freilich, da bei einem einigermaßen grossen Auditorio der Docent den Besuch jedes Einzelnen nicht controliren kann, ferner und ganz besonders da der Docent zu einer solchen officiellen Beaufsichtigung des Fleisses des Studirenden gar keine Verpflichtung hat, sondern der Fleiss dem Gewissen des Studirenden und seiner völlig freien Entschliessung überlassen werden muss, so müssen nothgedrungen die blossen Belegzettel der Vorlesungen schon genügen. Anderweitige Testate des grösseren oder geringeren Fleisses müssen wenigstens gerade nicht für nothwendig erklärt werden,*) denn sie sind oft unmöglich auszustellen u. s. w.

Der Staat trägt auf diese Weise durch einen gewissen Zwang dazu bei, das Ideal, welches allerdings frei aus der sittlichen Entschliessung der Studenten herauserbblühen sollte, aber bei dem Empirismus und Materialismus der Zeit, wo denn die meisten Studenten notorisch sich einzig und allein zunftmässig zu einem Examen fürs Brotstudium vorzubereiten, die Wissenschaft als ein Handwerk zu betrachten geneigt sind, ohne äussere Mittel des Zwanges nur selten angestrebt wird, in gewisser Weise zu verwirklichen. -- Es ist übrigens nicht abzusehen, warum nicht auch, aus ganz gleichen Gründen, einmal die Kirche vor Zulassung zum Examen pro candidatura ihren künftigen Beamten, sodann nun namentlich die Universität die Belege von sämtlichen Vorlesungen des betreffenden Faches von denjenigen fordern solle, die sich zur Promotion und Habilitation melden. Es wird dadurch wenigstens festgestellt, dass der Candidat Gelegenheit gehabt habe, ein gründliches Studium seiner Wissenschaft zu machen, und es ist in der Regel zu vermuthen, dass er sie gewissenhaft benutzt habe, bis dass im Examen sich das Gegentheil ergeben sollte.

*) Anders verhält es sich mit Zeugnissen, die sich Jemand (zum Behufe von Erlangung von Stipendien) von irgend einem Docenten, der ihn nämlich gerade genauer kennen zu lernen Gelegenheit gehabt hat, ausstellen lässt. Da genügt eben ein einziges Zeugniß des wirklichen Fleisses.

Das Postulat des Trienniums an die zu stellen, welche Staats-, Kirchen- oder Universitätsexamina ablegen wollen, ist gleichfalls vernünftig, denn es ist nicht leicht möglich, dass Jemand in kürzerer Zeit ein gründliches Universitätsstudium vollenden könne. Für den, welcher die Wissenschaft als Do-cent vortragen will, wird aus ähnlichen Gründen, wohl mit Recht, verlangt werden können, dass er ausserdem noch zwei Jahre weiter studirt habe, für sich oder auf der Universität, gleich viel.

Uebrigens ist es nun noch nicht gerechtfertigt, Jemanden absolut und allemal vom Examen abzuhalten, weil er ein oder auch zwei Collegia nicht gehört, oder weil er ein Semester zu wenig studirt habe. Obiges ist nur die Regel. Ausnahmen können vorkommen und rechtfertigen sich durch die Individualität des Falles und der Person. Die grössere Strenge des Examens in diesem oder jenem Fache kann hier allenfalls nachhelfen.

Natürlich ist es Keinem verwehrt, ausser diesen Zwangscollegien so viele andere Vorträge zu hören als er will. Hier herrscht völlige Hörfreiheit und der Examinator wird immer ein gutes Vorurtheil für Denjenigen haben, der sein Studium recht universell, nach den Belegen, gemacht hat.

Examina auf der Universität.

Die Studenten während des Trienniums oder gar gerade in den einzelnen Vorlesungen zu examiniren, würdigt die Universität mit ihrem freien Studium der Wissenschaft zu einer mechanischen Abrichteanstalt herab und macht aus Studenten statt freier wissenschaftlicher Denker gelehrte Gedächtnisskrämer und Nachbeter fremder Gedanken. Solche Examina stören ja den freien Entwicklungsprozess des Individuums, das durch die freie Thätigkeit der Wissenschaft und durch nichts Anderes zur sittlichen und intellectuellen Vollendung und Selbstständigkeit sich heranbilden soll. Siehe oben. Darum verwarfen wir solche allgemeine Examina selbst zum Behufe der Erlangung von Stipendien und empfohlen Disputationen über individuell gewählte Themata. — Ferner einen Jeden zu zwingen, vor seinem Abgange von der Universität ein Examen abzulegen, dazu kann

weder Staat noch Universität das Recht haben. Es streitet dies gegen die persönliche Freiheit. Dagegen wird natürlich die Universität von Denen, welche promovirt sein oder sich habilitiren wollen, mit Recht Ablegung eines Examens verlangen müssen. Da heutiges Tages mit Ausnahme der Privatrechtswissenschaft und der classischen Philologie keine einzige Wissenschaft unmittelbar mehr auf der Basis der lateinischen Sprache ruht und bei den meisten es geradezu unmöglich ist, diese anzuwenden, indem ihr entsprechende Ausdrücke fehlen, so ist das Examen in der Regel deutsch abzuhalten, doch das Latein desswegen nicht ganz auszuschliessen, weil doch alle modernen Wissenschaften in ihren Anfängen in der lateinischen Sprache bearbeitet sind und Jemand, der den Doctor- oder Docenten-Grad erwerben will, nothwendig ein historisches Studium seiner Wissenschaft gemacht haben muss. Ferner sind die Examina öffentlich abzulegen. Siehe oben. —

Dass nun, wer nach Absolvirung der akademischen Vorstudien zum Staats- oder Kirchendienste zugelassen werden wolle, ein Examen über den Grad seiner auf der Universität durch freie Thätigkeit erlangten Wissenschaftlichkeit ablege, versteht sich von selbst. Auch steht dem das constitutionelle Staatsrechtssystem durchaus nicht entgegen. Denn wenn nach diesem bisweilen durch die Stimme des Volkes Männer, die keine wissenschaftlichen Studien auf der Universität gemacht haben, also auch keine Examina haben ablegen können, zu den höchsten Beamten-, besonders Ministerstellen gerufen werden, so ist dies eine Ausnahme zu Gunsten genialer Leute, die sich durch Selbststudium haben genügend bilden können, so dass, da bereits das allgemeine Urtheil der Nation sie für tüchtig erklärt, ein Examen hier ein Unsinn wäre. Aber die allerwenigsten Menschen sind so genial und ebenso wenige, sonst tüchtige Leute vermögen sich ohne Universitätsstudien zur vollendeten Bildung zu erheben. Endlich kann der Staat wegen der Jugendlichkeit, Leichtsinnigkeit vieler Studenten, ferner wegen der empirisch-materialistischen Auffassung des Lebens und der Wissenschaft wie in unserer Zeit überhaupt, so namentlich in der Studentenwelt, wo denn die Wissenschaft nur handwerksmässig zur Vorbereitung auf den praktischen Staatsdienst be-

nützt zu werden pflegt, nicht etwa von vorn herein vermuthen, Jeder, welcher das Triennium absolvirt und die Belege zu sämtlichen Zwangscollegien aufzuweisen habe, sei auch wirklich genügend wissenschaftlich vorbereitet für den Staatsdienst. Vielmehr ist das Examen nöthig. Gleiches gilt vom Standpunkte der Kirche aus.

Diese kirchlichen und staatlichen Prüfungen gehen natürlich eigentlich die Universität nichts an und dieselbe kann demnach solche nur kraft Auftrags von Seiten des Staats oder der Kirche abhalten. Dadurch werden diese Examina aber noch keine Universitätsprüfungen. Auch ist nicht zu wünschen, dass die Docenten durch solche fortwährenden Prüfungen ihre Zeit und Kraft opfern.

Es versteht sich nach unseren oben aufgestellten Grundsätzen völlig von selbst, dass sämtliche Docenten am Examen theilnehmen.

Das sog. *examen philosophicum* der Mediciner, eben weil es inmitten der Studienzeit fällt und somit die individuelle Studirfreiheit beschränkt, muss verlegt werden. Besonders muss jeder Zwang, eine akademische Würde zu erlangen, als unwürdig wegfallen, namentlich auch die Verpflichtung, vor Zulassung zur Ablegung des Staatsexamens, durch welches man sich das Recht zur medicinischen Praxis erwirbt, die medicinische Doctorwürde erlangt zu haben.

Dagegen ist nicht abzusehen, warum alle Examina unentgeltlich gehalten werden sollen. Nur mögen die Gebühren möglichst ermässigt werden. Dem Armen muss in der freiesten Weise Stundung bis zu genügendem Vermögenserwerbe bewilligt werden; Schenkung würde den Petenten herabwürdigen, Stundung gewiss nicht. Dem Staate hier überall Verpflichtung zu Entschädigungen aufzulegen, ist eine leere Redensart. Es wird dem Staate, besonders dem der Gegenwart, nicht möglich sein sie zu erfüllen. Dasselbe gilt vom Wegfall der gewöhnlich nur unbedeutenden *Immatriculations-* und *Exmatriculations-*Gebühren, besonders da dieselbe (wie übrigens auch theilweise die Examengebühren) zu nichts Anderem als zur Erhaltung von Universitätsinstituten (Bibliotheken, Museen etc.), sowie zur Deckung der noch dazu

meist sehr kärglichen Besoldung gewisser Universitätsbeamten (Rector, Decane, Pedelle etc.) dienen und beim Wegfalle der Staat nothwendiger Weise sofort Entschädigung gewähren müsste.

Die Disputationen, welche von Docenten bei Erlangung von ordentlichen oder ausserordentlichen Professuren noch häufig verlangt werden, würdigen als eine Art von Examen die Meisterwürde des Docenten herab und müssen desswegen wegfallen. Dagegen scheint es angemessen, dass der Beförderte eine feierliche Antrittsrede halte.

Das Institut der Repetenten, welches sich an manchen Uninersitäten findet und neuerlich so sehr angepriesen zu werden pflegte, scheint in keiner Weise von allgemeinem Werthe zu sein. Stehende Repetenten, die eben nichts Anderes oder doch vorzugsweise nichts Anderes als die Hauptsätze von Wissenschaften repetiren, gerathen durch diese fortwährenden trivialen Wiederholungen zu leicht in eine schiefe Stellung und verflachen nur allzu leicht den echten lebendigen Geist der Wissenschaft in Mechanismen und Schematismen, ohne irgend wie die frische Kraft und den bildenden Geist der Wissenschaft geben zu können. Sie ersticken durch mechanisches Einpauken, wie man es richtig nennt, die Entfaltung echter Wissenschaftlichkeit. Das Repetiren muss innerlich geschehen und dem Princip nach im Selbststudium dessen, was man bereits gehört hat, bestehen. Wer die Vorträge der Docenten regelmässig besucht, der braucht die Eselsbrücke eines mechanischen Einpaukers nicht. Wem nun aber aus besonderen Gründen — das wird denn aber nur selten sein — daran liegt, die Hauptgrundsätze seiner Wissenschaft zu seiner Erleichterung mit einem Anderen durchzusprechen, der wende sich geradezu an einen Meister der Wissenschaft. Dieser wird bei Ertheilung eines Repititors den Geist echter Wissenschaftlichkeit nicht verläugnen können und sich zu einem mechanischen Abrichten nicht verstehen wollen. Auch haben die Repetitorien solcher Art, besonders wenn sie dialogisch gehalten werden, und andere scheinen mir völlig unzweckmässig, manches Gute, freilich auch so viel Schlechtes, indem sie immer etwas Schulmässiges an sich tragen und den Zuhörer zum

Schwören in verba magistri zu leicht verleiten, dass ich sie möglichst entfernt wünschen möchte und vorschlage, desswegen das Honorar recht hoch zu stellen. Das Gute derselben wird nämlich durch die von uns vielfach wieder anempfohlenen Disputirübungen in viel freierer, wahrhaft wissenschaftlicher Weise erreicht und dazu fordern die Disputationen unmittelbar zum regsten und freiesten Selbststudium auf, was durch Repetitorien mehr oder weniger umgangen werden soll.

Verhältniss der Deutschen Universitäten zu einander und zum Reiche.

Die Stellung der Universität zum Deutschen (Territorial-) Staate ist Kap. IV. und öfter zur Genüge erörtert. Es scheint im Allgemeinen kein Bedürfniss vorhanden zu sein, wesswegen die Universitäten, nachdem das lose Band des bisherigen Deutschen (Staaten-) Bundes sich zum nationaleren, strengeren Bundesstaate, oder wie man auch sagt zu einem Deutschen Reiche (ohne aber in der Regel gerade die Einzelstaaten völlig darin aufgehen zu lassen) befestigen zu wollen scheint, ihre bisherige Stellung zu den Landesregierungen nun sofort aufgeben und sich auf Gnade und Ungnade dem Neuen Reiche in die Arme werfen sollen, etwa auf das zweifelhafte und zugleich höchst zweideutige Glück hin, Nationalinstitute eines centralisirenden Reiches zu werden. Die Centralisation scheint bei den Universitätsinstituten wenig nöthig zu sein und hat sich einzig auf das Zustandekommen einer gewissen Einheit und Einigkeit dieser Deutschen Bildungsanstalten zu beschränken. Es muss trotz der Centralgewalt über den Universitäten möglich sein, dass die einzelnen Deutschen Volksstämme es für eine Ehrensache ansehen, den Glanz gerade ihrer Universitäten zu erheben, dass dieselben gerade die ihnen werthen Wissenschaften am meisten anbauen mögen, dass eine organische Mannigfaltigkeit, gemäss der Verschiedenheit der Deutschen Nationalzweige, in den Universitäten der verschiedenen deutschen Landen sich erhalten könne. Die Fürsten und Stämme haben ihre Universitäten lieb gewonnen, betrachten sie als ihr theures heiliges Kleinod und fördern aus dieser Gesinnung heraus diese ihre Lieblingsinsti-

tute aufs Beste. Warum dieses schöne Band zerstören? Warum statt dieser bisherigen besten Pflege jene neue, zweifelhafte? Eine Centralgewalt wird alle die verschiedenen Universitäten mit gleichgültigen Augen ansehen, vielleicht aus ökonomischen Gesichtspunkten ihre Zahl für zu gross erklären, und doch kann ihre Zahl aus dem ethischen Gesichtspunkte nie zu gross sein. Je mehr desto besser, um das Volk in allen seinen Gliedern möglichst zur Humanität heranzubilden. Deutschland verdankt die grosse Verbreitung und Vertiefung der Bildung in allen Theilen der Nation gerade diesem Reichthume an Universitäten. Man vermindere diese und reissend schnell wird sich auch die Bildung des Volkes vermindern, in einer Zeit, wo es sehr noth thut, selbst in die untersten Schichten des Volkes recht viel, viel Bildung hineinzubringen, damit die demokratischen Institutionen uns nicht in communistische Irrwege hinabschleudern.

Wie bisher nicht selten Landesregierungen aus einseitig religiösen oder politischen Gesichtspunkten die Wissenschaft förderten oder auch nicht förderten, wie aber der etwa dadurch entstehende Nachtheil durch das Bestehen vieler anderer Landesregierungen, die wohl gerade von den entgegengesetzten Ansichten in Bezug auf Förderung ihrer Universitäten ausgingen, fast völlig aufgehoben wurde, indem die Meister der Wissenschaft, welche man dort verfolgte (in Baiern oder Preussen oder Hannover), hier (in Baden, Sachsen u. s. w.) Schutz und Ehre fanden: so wird auch die Reichscentralgewalt — denn ihre Vertreter und Minister sind Menschen, keine Götter, und solche Geltendmachung ist zu natürlich in der menschlichen Natur eingewurzelt — nicht umhin können, ihre politische und religiöse Ansicht auf die Wissenschaften und Universitäten influiren zu lassen: ein Nachtheil, welcher nun auch nicht mehr wie früher durch das entgegengesetzte Walten anderer Gewalten ausgeglichen werden kann.

Die Reichsgewalt wird sich mit ihrem Einflusse auf Deutsche Wissenschaft und Deutsche Universitäten auf das Nothwendige, auf das wirkliche Bedürfniss zu beschränken haben und demnach nur besonders bemüht sein müssen, auf der Basis jener vorhandenen lebendigen Mannigfaltigkeit

des Deutschen Universitätswesens eine gewisse Einheit unter diesen vielen Deutschen Instituten herbeizuführen. Dass die Thätigkeit der Reichsgewalt hier nicht gross sein müsse und dürfe, scheint dieselbe, die doch sonst gern centralisiren möchte, bereits selbst gefühlt zu haben. Wenigstens ist bis jetzt noch kein besonderes Ministerium des Unterrichts eingerichtet, da doch sonst alle anderen creirt sind.

Das aber dieses Nothwendige realisirt werde, liegt in dem eigenen Wunsche aller Universitäten und Landesregierungen. Beide werden mit der Reichsgewalt hierin harmonisch zusammenwirken. Es möge die Reichsgewalt nichts ohne Vermittlung der Landesregierungen in dieser Sache thun. Es scheint angemessen, dass die Universitäten Vorschläge über die allgemeine Umgestaltung der Universitäten machen. In Preussen hat sie dazu die wohlmeinende Regierung mit Recht besonders veranlasst. Doch die Universitäten mögen auch ohne Aufforderung selbstthätig sein, um das gesteckte Ziel zu erreichen; sie sind ja eben nicht blosse Staatsanstalten, sondern selbstständige, wenn auch vom Staate durchdrungene Korporationen. Es ist nicht abzusehen, warum nicht die Universitäten, eben als freie Korporationen, zu einem freien Congresse zur gemeinsamen Berathung über ihre zeitgemässe Umbildung sich versammeln sollen, wie dies in Jena der Fall sein wird. Es ist eine unnöthige Scheu und eine falsche Ansicht von der Stellung der Universität als Korporation, wenn die bisher allein privilegierte und darum etwas exclusive Korporation der ordentlichen Professoren auf einigen Preussischen Universitäten (Halle, besonders Berlin in einer motivirten Antwort auf die Jenaer Aufforderung), gleich von Anfang an, bei der ersten Aufforderung zur Betheiligung am Jenaer akademischen Congresse von Seiten des Prorectors und Senates der Universität Jena, einigen Anstand nahm als „Korporation“ den Congress zu beschicken, vielleicht schon desshalb, weil besagte Einladung aufforderte, auch aus der Mitte der ausserordentlichen Professoren und Privatdocenten und zwar durch diese selbst gewählte Deputirte zu senden, vielleicht aber auch, weil man dort dieselben radical centralisirenden Tendenzen fürchtet, welche auf der Juni-Wartburg-Studen-

ten-Versammlung in sehr unklarer und doch sehr weitgehender Weise, indem man sogar die Universitäten zum „National-eigenthum“ — (incredibile dictu) — erklärte, in damaligen Zeiten noch allzu leidenschaftlicher Aufregung und in jugendlicher Phantasterei zum Vorschein kamen, und weil man, nicht etwa bloss im Sinne eines bornirten Preussischen Patriotismus, sondern fürwahr im edelsten Gefühle Deutscher Nationalität mit ihrer intensiven und mannigfaltigen Entwicklung von einem besonderen socialen, politischen, sittlichen, religiösen, intellectuellen Stammlieben in einzelnen untergeordneten Staatsorganismen als einer welthistorischen Wiedergeburt des herrlichen Hellenismus, — ein solches Centralisiren als gegen den innersten Geist, sowie gegen das gegenwärtige Bedürfniss der Nation völlig anstrebend, verabscheut, endlich weil man sich glücklich fühlt in der Pflege der Wissenschaft unter dem angestammten Volkskönige, und einzig und allein und zwar im wahren und richtigen Sinne des Volksbewusstseins das als Bedürfniss erkennt, die einzelnen Deutschen Staaten mit ihren Fürsten und Völkern zu einem organischen, darum reich gegliederten Ganzen wie in allen andern Dingen, so namentlich auch in Bezug auf die vaterländischen Universitäten, zu grösserer Einheit auf der echt deutschen Basis einer durch Natur und Geschichte, durch Vernunft und durch die Lage der Gegenwart, durch den Zeitgeist nicht bloss, sondern fürwahr durch den Weltgeist gebotenen und berechtigten Mannigfaltigkeit und Selbstständigkeit im Einzelnen zu erheben. — Uebrigens scheinen die vom Jenaer Congresse etwa zu Stande gebrachten Anträge fürs Erste an die einzelnen Landesregierungen und sodann oder auch zu gleicher Zeit an die Reichscentralgewalt zu überweisen zu sein, damit Central- und Landesregierung harmonisch zusammenwirken mögen. Sollte sich die Umbildung der Universitäten dadurch auch wirklich etwas in die Länge ziehen, so ist dies kein Unglück, fördert vielmehr die Gründlichkeit in dieser so hochwichtigen Sache und ist fürwahr besser als eine übereilte Schöpfung. Auch ist Eile kein Bedürfniss, denn es sind doch nur sehr Wenige, welche unsere Deutschen Universitäten für so heruntergekommen halten möchten, dass man nur eiligst den jetzigen

Zustand reformiren müsse, damit nicht sofort das ganze Institut in sich zusammenstürze. So schlimm steht es, Gott Lob und Dank, mit unseren Universitäten nicht; vielmehr sind dieselben der Ruhm der Nation, der Neid des Auslandes und der Sporn zur Nachahmung (für die Schweiz und Nordamerika) noch in jüngster Zeit gewesen. Sie bedürfen einer Reform im Sinne des neuen Geistes der Zeit. Weiter lässt sich nichts sagen.

Das Bedürfniss der Einheit scheint sich aber auf Folgendes reduciren zu lassen. Die Universitäten mögen unter der besonderen Aufsicht und unter dem besonderen Schutze des Neuen Reiches stehen, damit dieselben mehr und mehr, was sie übrigens theilweise schon sind, Nationalinstitute des gesammten Deutschen Vaterlandes werden. Alles was hierauf nicht speciellen Bezug hat, darum möge sich die Reichsgewalt nicht bekümmern, sondern das möge sie, wie bisher gewesen, der freien autonomen Thätigkeit, sowie der oben (besonders Kap. IV.) normirten Einwirkung der einzelnen Landesregierungen in harmonischer Eintracht überlassen. Alles weitere Centralisiren ist hier dem freien Wesen der Deutschen Universitäten gefährlich. Die Universitäten haben zwar den innersten Beruf und zugleich das sehnlichste Verlangen, auch durch die Mitwirkung der Reichsgewalt Nationalinstitute zu werden, aber ebensowenig als sie Territorialstaatsanstalten werden wollen, so sind sie noch viel weniger geneigt zu Reichsstaatsanstalten gemacht zu werden. Sie wollen überhaupt keine blossen Staatsanstalten sein, weder die des Reiches, noch die des Territoriums; indessen verschliessen sie sich, trotz ihres Verlangens nach autonomischer Selbstständigkeit, doch keineswegs gegen eine vernünftige Einwirkung des Reiches und Staats, indem sie sich willig den Gliederungen dieser politischen Organismen anreihen, dieselben mit ihrem lebendigen, freien, geistigen Inhalte zu durchdringen und zu verklären bereit sind und zugleich eine Ergänzung ihrer selbst von Reich und Staat zu empfangen sich bemühen. — Die dauernde Behörde von Seiten des Reiches zur Ausübung die-

ses obersten Aufsichts- und Schutzrechtes über die Universitäten ist natürlich das Reichsministerium, das denn auch das Reichsparlament veranlassen kann, hierin gesetzgeberisch aufzutreten, obgleich natürlich auch diesem letzteren die Befugniss der Initiative zustehen mag. Aber das Ministerium wie das Parlament des Neuen Reiches möge bedenken, dass es ihres Amtes nicht ist, den freien wissenschaftlichen Inhalt und somit das innerste Wesen der Universitäten zu bestimmen, dass aber deren Verfassung durch diesen innersten Gehalt getragen wird, dass mithin es immer wenigstens angemessen erscheint, die Gutachten der Universitäten über irgend welche sie betreffenden Reichsgesetze und Verordnungen einzuholen, ehe man sich schliesslich entscheidet. Die Wissenschaft würde zu Grunde gehen und es würde als das bitterste die Universitäten treffende Schicksal angesehen werden müssen, wenn es dem Reichsparlamente beikommen sollte, den freien Inhalt der Wissenschaft und das freie Leben der Universitäten durch Centralgesetze zu schematisiren und zu stereotypiren. Ferner mögen Ministerium und Parlament des Reiches sich nicht erkühnen, gegen den freien Willen der Universitäten — und ich denke natürlich nach Allem oben dargelegten hier vor Allem, ja vorzugsweise an die Genossenschaft der Docenten, denn nur diese vertritt das Princip der Universität, die Wissenschaft, voll, ganz, rein — das innige Band zu lösen, welches zwischen den einzelnen Universitäten und ihren Landesregierungen, zwischen ihren Landesfürsten und dem besonderen Volksstamme durch ihre Universitäten besteht. Es mögen sich die Universitäten hierüber recht bald sowohl einzelne als nun besonders in ihrer Gesammtheit aussprechen. Der Docentencongress zu Jena gibt die beste Gelegenheit. Nun, er ist ja vor der Thür. —

Es wird nun an den Universitäten sein, ihren Charakter als Deutsche Nationalinstitute noch mehr und recht schnell auszuprägen und der Nation durch eine geordnete Gesamtverfassung aller Deutschen Universitäten zu einem wissenschaftlichen Gesamtorganismus recht ersichtlich zu machen, und zwar kraft ihrer innern Autonomie durch eigene freie Entschliessung und Thätigkeit, welche den

Universitäten weder vom Reiche noch vom Territorialstaate zu entziehen ist, sondern einzig und allein durch die Sanctionirung von Seiten des Reiches wie des Einzelstaates seinen vollendeten Ausdruck empfangen und dadurch sich zugleich als mit dem vernünftigen Volks- und Stammeswillen in seiner politischen Gesammtheit (Reich, Einzelstaat) harmonirend bekunden soll.

Es fehlt übrigens nur noch wenig, um den Universitäten den vollen Charakter von solchen Nationalinstituten zu geben. Sie waren immer auf dem besten Wege, solche zu sein. Die Berufung der Docenten von einer Deutschen Universität auf die andere durch alle Deutschen Sonderlande — mit Ausnahme der österreichischen — hindurch erhob die einzelne Universität über die Grenzen des kleineren Vaterlandes und liess sie als Glied einer grossen Deutschen Gelehrtenrepublik erscheinen. Dazu standen die Universitäten in einem gelehrten Verkehre miteinander und sandten sich namentlich ihre sämtlichen officiellen Schriften, Dissertationen, Lectionskataloge etc. zu. Ferner wurden die ertheilten akademischen Grade allgemein respectirt und ihre Gerechtsame meist gleichmässig anerkannt; doch ist hier noch zu reformiren. Endlich wurde durch die fast allgemeine Freizügigkeit der Studirenden das Band unter den einzelnen Universitäten noch fester geknüpft; die österreichischen verhielten sich freilich auch in dieser Beziehung fast exclusiv. Es muss hier jede Beschränkung fallen. — Es scheint nun aber allerdings nothwendig, dass die Universitäten auch durch eine äusserliche Organisation sich verbinden; sie werden durch eine solche äussere Gesamtverfassung gerade ihr durch die gemeinsame Wissenschaft begründetes Einheitsband noch intensiver machen. Wie die kirchlichen Sprengel ihre Synoden haben, so mögen die Universitäten sich zu Congressen versammeln und diese Versammlungen mögen nach einem bestimmten Turnus wiederkehren, damit die Gesamtverfassung einen dauernden Bestand gewinne. Auf solchen Congressen mögen sie über das unter ihnen Gemeinsame berathen und beschliessen, ihren Deutschen Gesammtnationalcharakter befestigen und sich mehr und mehr als die geistigen Bindemittel des ganzen

Deutschen Volkes auch äusserlich documentiren. Es werden dann von hier aus in Folge der Beschlüsse Anträge an den Einzelstaat, oder an das Reich, oder am besten an Beide zu stellen sein, um die Sanction der Gesetze für neue Einrichtungen zu erhalten. — Solche Gesamtversammlungen können theils allein von Docenten, theils allein von Studenten, theils von beiden zusammen gehalten werden. Ich entscheide mich dafür, dass sowohl eine besondere allgemeine Docentenversammlung, als eine Studentenversammlung gehalten werde, aber zu gleicher Zeit und an demselben Orte, doch mit gesonderter Berathung, gleichsam ein Zweikammersystem. Die Docentenversammlung vertritt voll und frei den Inhalt der Universität ganz. Die Studentenversammlung ist dazu nur ein Supplement; die Studenten haben das Princip der Universität, die Wissenschaft, noch nicht für sich gesetzt, sondern sie streben nur danach oder sollten es wenigstens; sie werden daher in der Regel noch keine entscheidende Stimme in den allgemeinen Angelegenheiten der Universität haben. Doch stehen sie jedenfalls in einem Verhältnisse zur Universität durch ihr Streben nach Wissenschaft; es gehen sie die Angelegenheiten der Universität an; sie haben eine beratende Stimme. — Ich denke mir das so regulirt. „In allen „allgemeinen, aber wenigstens die Studenteninteressen „berührenden Universitätsangelegenheiten hat die Docenten- „versammlung den allein entscheidenden Beschluss, „doch ist allemal nach der Schlussberathung und Abstimmung ein motivirtes oder nicht motivirtes — dies hängt von „den Studenten ab — Gutachten der Studentenversammlung „einzuholen, übrigens nicht früher, damit die Studenten „durch die Debatte der Docenten sich über das vorliegende „Universitätsverhältniss in jedem einzelnen Falle haben genügend belehren können, denn an sich wissen ja die Studenten die Universitätsverhältnisse noch nicht völlig zu beurtheilen, da ihnen das volle Princip der Universität noch nicht innewohnt. Dagegen in allen reinstudentischen Angelegenheiten haben die Studenten die entscheidende „Stimme und sie sind nur verpflichtet, vor der Schlussbe-

„rathung über einen Gegenstand ein Gutachten der Docenten-
 „versammlung einzuholen.“

Schliesslich noch folgende Bemerkung. Bildung ist zwar vor
 Allem Sache der Nation in ihrer Gesammtheit, aber in D e u t s c h -
 l a n d nicht weniger der einzelnen Stämme, welche ja hier so
 sehr verschiedenartig sind und welche auf Grundlage dieses Un-
 terschiedes ein eigenthümlich modificirtes particuläres Natio-
 nalleben in dem grossen Leben des Deutschen Gesamtvolkes
 wie in Dialect, Sitte, Mode, Bildung, Charakter, Moralität, Re-
 ligiösität, so namentlich in Kunst und Wissenschaft und dem-
 gemäss in den Universitäten zur Erscheinung gebracht haben:
 ein Leben, das auf Selbstständigkeit, auf volle Erhaltung und
 freie Entfaltung so lange Anspruch hat, als nicht die Beson-
 derheiten der einzelnen Deutschen Stämme völlig verwischt
 sind; und dies letztere ist in der Gegenwart keineswegs der
 Fall. Demnach rechtfertigt es sich vollständig, wenn wir die
 Deutschen Universitäten in der bisherigen Verbindung mit den
 einzelnen Deutschen Particular- (Stamm-) Staaten belassen und
 dieselben nicht zu blossen abstracten Reichsanstalten gemacht
 wissen wollen. — Endlich aber wollen wir — und das hängt
 mit dem Vorigen zusammen — durch jene Beziehung der einzel-
 nen Universitäten zum Reiche, sowie überhaupt durch die
 empfohlene Gleichmässigkeit und Verbindung der Universitäten
 im gesammten Deutschen Vaterlande, keineswegs die Entfaltung
 eines eigenthümlichen Geistes, eines eigenthümlichen akademi-
 schen Lebens auf jeder einzelnen Deutschen Universität, nicht
 bloss je nach der Eigenthümlichkeit des besonderen Deutschen
 Stammes, dem die Hochschule angehört, sondern ganz beson-
 ders auch nach der Besonderheit der geschichtlichen Entwicke-
 lung und vor Allem nach dem gegenwärtigen positiven Be-
 stande der besonderen Universität, endlich je nach der eigen-
 thümlichen Individualität und Virtuosität einzelner grosser Do-
 centen und derem Anhange, aufgehoben haben. Wir respec-
 tiren vielmehr überall die Freiheit, die Individualität der Ent-
 wicklung im Universitätsleben und hoffen von dieser üppigen
 Mannigfaltigkeit das beste Gedeihen für das Ganze. Man cen-
 tralisire hier nur soweit es nothwendig oder doch zweck-
 mässig ist.

Schliessliches und Nachträgliches über Rector, Senat, Kanzler.

Die gesetzgebende Gewalt der Universität steht dem Korpus der sämtlichen Docenten zu. Das Haupt ist der Rector. Rector und Senat werden nur aus der Mitte der ordentlichen Professoren, aber durch sämtliche Docenten gewählt. Der Rector ist das Haupt der Universität in allen rein wissenschaftlichen, sowie in allen rein akademischen (rein Universitätskorporations-) Angelegenheiten, nämlich soweit diese keine Beziehung zum Staate haben. Der Senat und der Rector bilden die dirigirende verwaltende Universitätsbehörde für allgemeine akademische Angelegenheiten. Der Rector ist nur Vorsitzender im Senate als einem Collegium, nicht bürokratisches Haupt mit französischer Präfectenmacht. Ferner entscheiden Rector und Senat vorläufig überall, wo es sich um Verhältnisse, die Staat und Universität gleichmässig berühren, handelt, indem sie hier selbstständige Gutachten abgeben, auf Grundlage deren der Staat durch seinen Kanzler Staatsacte zu vollbringen hat. Doch treten hier zweierlei Schranken ein. Einmal dürfen, nach der Besonderheit des Falles, nicht gesetzgeberische Acte der Universität nothwendig sein, die eben nur durch das Korpus sämtlicher Docenten festgestellt werden können. Sodann darf die Angelegenheit nicht vor das besondere Forum der einzelnen Fakultät gehören, die in ihren Fachsachen zu entscheiden hat. — Der Decan steht an der Spitze der Fakultät und zu deren Mitgliedern im ähnlichen Verhältnisse wie der Rector zu den Senatoren. Der Decan wird aus der Mitte der ordentlichen Professoren nach einem regelmässigen Turnus bestimmt. Rector und Decanat wechseln jährlich oder halbjährlich. Sämtliche Docenten sind Mitglieder der Fakultäten, nicht aber jeder Doctor (wie in Wien). Die Fakultät ist für ihre besonderen Angelegenheiten ebenso sehr vollziehende wie gesetzgeberische Behörde.

Der Kanzler als Vertreter der Rechte des Staats gegenüber der Universität (Siehe Kap. IV.) hat diese Selbstständigkeit des Rectors und Senats, überhaupt der Universität und ihrer vorstehenden vollziehenden wie gesetzgeberischen Organe anzuerkennen und auf Grundlage dieser Universitätsfreiheit die

Rechte des Staats zu wahren. Er hat namentlich die Vermögensangelegenheiten der Universität von Staatswegen mehr oder weniger selbstständig, je nachdem nämlich die Universität eigenes Vermögen besitzt und je weniger sie der Staatsunterstützung bedarf, zu beaufsichtigen und theilweis oder am besten (Siehe Kap. IV.) ganz zu verwalten und darüber im Namen des Staats, aber in der Regel nach dem Gutachten entweder des Corpus academicum oder des Senats oder einer Fakultät zu disponiren. Das mechanische Rechnungswesen wird ein unter ihm stehender (Staats-) Kassenbeamter mit etwanigen Gehülfen besorgen. — Der Kanzler übt ferner die Rechte des Staats in Bezug auf die Promotionen, Beförderung etc. der Docenten aus, ohne dabei die oben angedeuteten Rechte der Universität schmälern zu wollen, aber natürlich mit dem Berufe, das Interesse des Staats gegenüber der Universität zu wahren. — Ferner wird der Kanzler eine allgemeine Aufsicht über die Universität und deren gesammte Thätigkeit ausüben zu dem Ende, dass die Universität sich nicht krankhaft isolire, sondern sich als ein organisches Glied im nationalen Gesamtleben erweise, in lebendiger Beziehung zu den übrigen Nationalinstituten bleibe und namentlich nichts gegen den Staat, die Kirche etc. vornehme. Doch sind staats- und kirchengefährliche Theorien einzig auf wissenschaftlichem Wege zu bekämpfen und zu überwinden. Wir räumen desshalb oben dem Staate und der Kirche das Recht ein, auf ihre Kosten Docenten ihres Sinnes auch über den Etat überall zu bestellen. Dagegen darf und soll der Kanzler nicht den Beruf haben, die Wissenschaft misstrauisch zu bevormunden. — Ferner ist der Kanzler die Staatsbehörde zur Ausübung der etwa noch beliebten besonderen Polizei über die Studirenden, wenn man diese letzteren nicht lieber den gemeinen Polizeigesetzen unterwerfen will. Diese etwanige akademische Disciplinarpolizei ist reine Staatssache und wird sie der Kanzler ähnlich wie das Rechnungswesen durch einen besonderen Beamten, hier einen Juristen, ausüben lassen, durch den Universitätspolizeirichter, dem die Pedelle zur Seite stehen. Die Civil- und Kriminaljurisdiction geht den Kanzler wie die Universität gar nichts an, sondern steht den gewöhnlichen Gerichten zu.

— Endlich denken wir uns den Kanzler zugleich als Vicepräsidenten der mit jeder Universität verbundenen Akademie (siehe oben) und zuletzt als Präsidenten der Universität als der Centralbehörde des Unterrichts (siehe Kap. VII.). Etwa vierteljährlich mögen sich die verschiedenen Kanzler mehrerer Landesuniversitäten unter dem Vorsitze des Unterrichtsministers oder eines besonderen Ministerialdirectors im Unterrichtsministerium für Universitätsangelegenheiten zu gemeinsamen Berathungen etc. am Sitze der Landesregierung vereinigen.

Die Wartburganträge.)*

Dass die von der Studentenversammlung und ihrem nachherigen Ausschusse zu Eisennach (Wartburg) an die Nationalversammlung zu Frankfurt im Juni d. J. gemachten Anträge keine auf organische Weise hervorgegangenen seien, wird wohl jetzt die Deutsche Studentenschaft mehr und mehr einsehen. Erstlich waren die Studenten bekanntlich mit solcher Absicht gar nicht nach der Wartburg gepilgert; ferner war die Vertretung der einzelnen Universitäten und ihrer verschiedenen Stimmungen und Parteien sehr ungleich; viele Universitäten waren gar nicht vertreten; sodann war die Berathung theilweise tumultuarisch genug und erfolgte überhaupt noch unter der ersten leidenschaftlichen Gemüthsaufregung in Folge der grossen Zeitbewegung; ist es doch jetzt (2 — 3 Monat später) Vielen noch nicht möglich die Farbe der Leidenschaft abzulegen und ein wahrhaft objectives Urtheil zu fällen. Kurz, wie dem auch sein möge, wir wagen in etwas zu bezweifeln, ob die wirklich organisch vollzählig vertretene Studentenschaft aller Deutschen Universitäten im gegenwärtigen Augenblicke noch alle die damals gefassten Beschlüsse gutheissen würde. Auch scheint es, wie unter der vorigen Rubrik gezeigt worden, angemessen, dass Docenten und Studenten die Berathung der

*) Vergl. darüber die interessante Schrift: Das Wartburgfest der Deutschen Studenten in der Pfingstwoche des Jahres 1848. (Leipzig. Verlagsbureau. 1848). Sie ist nach dem Vorworte von zwei Breslauer Studenten, Max Friedländer und Robert Giseke, abgefasst, von denen besonders der Letztere bei dem Feste vielfach thätig war. Es findet sich hierin eine Darstellung des Festes und eine gute Uebersicht der Verhandlungen.

Universitätsreform in gewisser Weise (p.137) gemeinsam halten und die Resultate ihrer Berathungen gemeinsam publiciren und als Anträge an die Reichs- und Staatsbehörden bringen. — Darum ist es wünschenswerth, dass die Studenten nochmals alle Gegenstände jener Anträge berathen, wie dies auch die Docenten thun werden, und dann von Neuem Beschlüsse fassen und Anträge stellen. Der Docentencongress zu Jena (Ende September) bietet die beste Gelegenheit und wenn der eben veröffentlichte Aufruf der Tübinger Studentenschaft, dass an dem akademischen Congresse auch die ganze Deutsche Studentenschaft Theil nehme, wie zu erwarten, Billigung finden sollte, so ist die Sache im Kurzen abgethan. Es liegt fürwahr, unter den gegebenen Verhältnissen, bei dem ungeheuren Umschwunge der Zeit, kein grosses Dementi darin, wenn die nunmehr organisch und vollständig vertretene Deutsche Studentenschaft ihre ersten mehr extemporirten Anträge in gewisser Weise desavouirt und im Verein mit dem Docenten-Congresse oder auch allein neue stellt.

Ich schliesse hieran eine kurze Kritik der Wartburger Anträge, ohne eine specielle Widerlegung des Einzelnen zu geben; ich werde vielmehr nur meine beifällige oder abweichende Ansicht mit kurzen Notizen hinstellen und verweise auf die ganze in dieser Schrift gelieferte Darlegung zur wissenschaftlichen Begründung meines jedesmaligen Urtheiles.

Die „im Namen der Deutschen Studentenversammlung auf der Wartburg“ (d. d. Eisenach, 14. Juni 1848) gestellten Anträge wollen:

1) Dass die Universitäten **Nationaleigenthum** werden, das Vermögen der einzelnen Universitäten vom Gesamtstaate eingezogen werde und dieser ihre Bedürfnisse bestreite, dass die Oberleitung das Deutsche Unterrichts-Ministerium übernimmt, dass übrigens im Einzelnen das Princip der Selbstverwaltung anzuerkennen sei. — Wenn nun hierunter eine völlige Trennung von den Territorialstaaten verstanden sein soll, so müssen wir uns dagegen erklären. Ferner ist die Vernichtung eines selbstständigen Vermögens wahrhaftig einer Korporation nicht zu wünschen; der Staat wird gerade jetzt schlecht für das Auskommen der Universitäten sorgen können;

das Universitätsvermögen wird verschleudert werden und die Staatskassen werden leer sein, oder doch von der materiellen Noth der Zeit so in Anspruch genommen werden, dass die Universitäten darben, betteln gehen müssen. cf. p. 48. 56. 104.

2) Unbedingte Lehr- und Hörfreiheit. — Freiheit ist mit einer gewissen Ordnung wohl verträglich. Siehe oben.

3) Die Universitäten sollen die ganze Wissenschaft vertreten etc. Dies ist sehr zu wünschen.

4) Jede Fakultätsabsonderung hört auf. — Dagegen haben wir uns mit Entschiedenheit aussprechen zu müssen geglaubt.

5) Die Aufhebung der hemmenden Bundesbeschlüsse etc. ist bereits erfolgt überall.

6) Absolute Aufhebung aller Exemptionen der Gerichtsbarkeit. — Ist zu billigen. Nur möge man über die oben besprochene vom Staate unter Zuziehung von akademischen Geschworenen auszuübende Disciplinar- (Polizei-) Gewalt sich noch besonders verbreiten.

7) Betheiligung der Studirenden a) bei der Wahl der akademischen Behörden und b) bei Besetzung der Lehrstühle. — Dass die Studenten durch einige Kuriatstimmen an der Wahl z. B. des Rectors etc. Theil nehmen, mit entscheidender Stimme, scheint angemessen. In Bezug auf ihre Betheiligung bei Besetzung der Lehrstühle scheint ihnen nichts als ein Petitionsrecht zuzukommen.

8) Zur Erlangung eines Staatsamts soll Universitätsbesuch nicht mehr erforderlich sein. — Dagegen haben wir uns erklärt.

Unter den später vom sog. Ausschusse (von 101 Mitgliedern) gestellten Anträgen scheinen uns

1) die in Betreff der Organisation der Deutschen Studentenschaft vernünftig und im Geiste der Zeit und der akademischen Freiheit begründet zu sein. Namentlich scheint die vorgeschlagene Einrichtung von studentischen Schiedsgerichten empfehlenswerth.

2) Gegen den Wegfall der Collegienhonorare mussten wir uns erklären.

3) Dagegen können wir es nur billigen, dass alle Examina öffentlich (nicht dass sie unentgeltlich) sein sollen, dass die lateinische Sprache aufhöre (einzig) officielle der Universität zu sein, dass alle Examina während des Trienniums wegfallen (und nehmen wir nicht einmal die Stipendienexamen aus), dass die Aerzte nicht mehr genöthigt werden, den Doctortitel zu erwerben, dass zu Staatsprüfungen (auch nicht zu kirchlichen, überhaupt nicht bloss in Betracht der Mediciner) keine (nicht bloss) Professoren gezogen werden etc. Natürlich können Prüfungen zu Promotionen und Habilitationen nur von Docenten abgehalten werden.

4) Es ist angemessen, dass Jeder nach Willkür die Universität beziehen könne. Freilich, das Ideal ist, dass nur Gutvorbereitete zum Studium der Wissenschaft herantreten, wie wir denn oben in Ermangelung des Maturitätszeugnisses wenigstens ein gewisses Lebensalter verlangten.

Ueber die principielle Bedeutung wie über die Möglichkeit praktischer Realisirung aller einzelnen in diesen Anträgen berührten Institute und Verhältnisse ist oben gesprochen.

Project einer sog. freien akademischen Universität.

Dieses wird in einer Denkschrift zur Gründung etc. (Frankf. a. M. Meidinger. 1848) von Leuten der äussersten Linken, besonders der Hegelschen Schule, wie Arnold Ruge, Ludwig Feuerbach etc. gemacht und wahrscheinlich ist jetzt (28. August) die Verhandlung darüber zu Frankfurt im Gange. Diese sog. freie akad. U. will „den Prozess der idealen Selbst-, erzeugung und Selbsterziehung des Deutschen Volksbewusstseins in seinem Zuge zum Universalismus des Weltgeistes“ übernehmen. — Als ob, wenn man nur diese mystischen Redensarten in einfaches Deutsch übersetzt, unsere bisherigen Universitäten nicht ganz dasselbe Ziel und zwar zu jeder Zeit gehabt hätten, nämlich Heranbildung zur individuellen Selbstständigkeit und Humanität des Geistes durch die freie Wissenschaft! — Ferner soll dieser projectirten Schöpfung „allein vorbehalten bleiben, die philosophische Durchdringung der bisherigen Fachwissenschaften zu erstreben.“ — Das ist eben die Aufgabe jeder Universität der Ge-

genwart. Das wollen aber die Projectmacher nicht. Vielmehr sollen die bisherigen Universitäten, nach deren Willen, nichts als gelehrte Seminarien zur Vertretung des Provinzialismus werden, da dann die akademische U. die Nationaluniversität sein soll. Es wird dann natürlich postulirt, dass nur solche Studirende bei ihr aufzunehmen, welche ihre Studien auf den blossen Universitäten bereits vollendet haben. Freilich werden nur wenige Leute Lust, Zeit und Geld haben, so spät noch die himmlische Priesterweihe dieser freien akademischen U. sich zu holen und sie wird leider, wegen dieser unpraktischen Vornehmthuerei des Geistes, nur wenige Studenten finden. — Natürlich, da das Institut ein Nationalinstitut sein will und soll, so will man es durch Reichsmittel dotirt wissen, wozu aber die Herren Unternehmer sehr wenig Hoffnung zu haben scheinen, denn erforderlichen Falls, heisst es bereits in der Denkschrift, soll es, ich glaube, auf Actien gegründet werden. Mit Recht wird das Reich eine solche Dotirung verweigern, denn nach der ganzen Anlage und nun besonders nach dem Namen der Projectirer zu urtheilen, ist das Institut kein Nationalinstitut, sondern das einer kleinen Partei im Vaterlande, der extremen Linken in der Wissenschaft. Dass auch eine solche Richtung das volle Recht zu ihrer Existenz und zu ihrer Geltendmachung auf einer Universität habe, versteht sich von selbst. Aber ihre Sache ist noch nicht Sache der Nation. Sie mögen eine Universität nach ihrer Weise und ihrem „speculativen“ Sinne immerhin für sich und darum natürlich auch auf ihre eigenen Kosten gründen.

Es scheint nun überhaupt nicht wünschenswerth, dass neben den bisherigen Universitäten noch eine neue sog. National- oder Centraluniversität gegründet werde. Es würde eine solche Schöpfung nur dazu beitragen, die übrigen Universitäten zu schwächen. Vielmehr ist noch mehr als bisher geschehen dahin zu wirken, dass alle Deutschen Universitäten Nationalinstitute im besten Sinne des Wortes werden, dass sie alle und jede als die centralen Brennpunkte des geistigen Lebens der grossen Deutschen Nation vom heiligen Feuer der Freiheit und der Wissenschaft, des Patriotismus wie der Hu-

manität umstrahlt sind und Licht und Wärme der Geistesmacht über das schöne Vaterland verbreiten.

Capitel VII.

Die Universitäten Centralbehörden des Unterrichts.

Es ist in dieser Schrift auf die Stellung der Universitäten zum Leben, auf die Nothwendigkeit der Durchdringung derselben durch das nationale Gesamtleben wie überhaupt so namentlich in der Gegenwart, ferner anderseits wiederum auf die Unvollkommenheit des Lebens ohne geistiges Bewusstsein von demselben, also ohne die Wissenschaft, endlich auf das ideale Postulat der gegenseitigen Verbindung von Wissenschaft und Leben, Theorie und Praxis in einem harmonischen Verhältnisse zwischen Universität und zwischen den übrigen socialen und politischen Organisationen der Nation, namentlich dem Staate, fortwährend mit allem nur möglichen Nachdrucke hingewiesen. Wir haben vielfach Gelegenheit genommen, das Wesen eines solchen harmonischen Zusammenwirkens näher zu bestimmen, sowie den grossartigen Segen desselben ins rechte Licht zu stellen, und wir haben es für unsere ganz besondere Pflicht gehalten, alles Das im Einzelnen und Ganzen anzudeuten, was nach unserer Meinung dazu beitragen kann, einen solchen vernünftigen Zustand möglichst herbei zu führen. Wir konnten uns — mit einer gewissen patriotischen Freude bekennen wir es — dabei fortwährend an schon bestehende Einrichtungen des geliebten Deutschen Vaterlandes anschliessen. Indessen scheinen uns doch alle obigen Vorschläge noch ungenügend zur Erreichung jenes endlichen Zieles zu sein. Wir glauben noch einen neuen machen zu müssen, dessen Erfüllung im Bunde mit allen bisher angedeuteten

Institutionen zur vollen Verwirklichung jener Harmonie erst führen mag. Es scheint uns nämlich vom idealen, principiellen Standpunkte nicht bloss, sondern namentlich auch aus praktisch politischen Gesichtspunkten und in Erwägung der Gegenwart und ihrer Zeittendenzen durchaus nothwendig zu sein, die Universitäten (— versteht sich unter Aufrechterhaltung ihrer autonomen Selbstständigkeit in Bezug auf ihre freie Vertretung, Beförderung und Verbreitung der Wissenschaft —) zugleich zu Centralbehörden des Unterrichts in den einzelnen Staaten zu erheben, so dass ihnen mithin sämtliche Schulen — und alle Schulen, sahen wir Kap. I, sind Staatsschulen — untergeordnet sind und sie in dieser Beziehung als unmittelbare Anstalten zur Verwirklichung der unmittelbaren Staatszwecke, als rein beamtliche Organe des Staates erscheinen müssen. Man rufe nur nicht erschrocken aus: Das ist ja Russisch. Das ist mir gleichviel; es ist bekanntlich auch Französisch. In Russland wie in Frankreich (hier nämlich die Pariser Universität, unter welcher sämtliche Unterrichtsanstalten, mit Ausnahme der Kunst-, Ingenieur-, Militair-, Navigations-, Veterinär- und Bergwerksschulen stehen) sind die Universitäten in gewisser Weise solche staatliche Centralbehörden des Unterrichts. Wir empfehlen aber die Einrichtung nicht, weil und wie sie irgendwo schon besteht, einerlei, sei es in der despotischen Türkei, in Persien oder Arabien, sei es im freien Nordamerika, in England oder in Norwegen. Wir verlangen vielmehr diesen neuen Charakter und diese neue Aufgabe für unsere Deutschen Universitäten, weil uns diese Einrichtung der Idee des Staats wie der Universität wahrhaft zu entsprechen, also principiell und vernünftig gerechtfertigt erscheint, und weil zugleich gerade die Gegenwart mit ihren guten und mit ihren schlechten Seiten nicht nur zur Einführung dieses Instituts sehr empfänglich zu sein scheint, sondern diese Gegenwart, nach unserer Ansicht, die schleunige Verwirklichung jener neuen Verbindung zwischen Universität und Staat, ebenso sehr zum Heile der Universität als des Staats, überhaupt zum Wohle der ganzen Deutschen Nation gebieterisch fordert, weil Zögerung in dieser Sache den ganzen staatlichen

Organismus und das ganze geistige Leben des Volkes zu vernichten droht.

Es kann mir nun am Schlusse dieser Schrift nicht einfallen wollen, diesen wichtigen Gegenstand ganz erschöpfen oder auch nur irgend vollständig behandeln zu wollen. Ich begnüge mich mit einigen Andeutungen und werde mich vielleicht an einem anderen Orte weiter darüber verbreiten.

Unstreitig würde durch eine solche Verbindung die Universität mit allen socialen und politischen Institutionen des Staats und Volks in die innigste Beziehung gesetzt sein, und somit wahrhaft ein Nationalinstitut werden. Fürwahr aber dies könnte nur dazu beitragen, die Gesinnung des Volks auch für den selbstständigen Inhalt der Universität, für die Wissenschaft und für eine autonomische Selbstregierung der Universität in Bezug auf die Wissenschaft günstig zu stimmen. Die unmittelbare Einwirkung der Universität als jene Unterrichtscentralbehörde auf das Leben der Nation würde ihr auch als Anstalt der Wissenschaft jene wahre Verbindung mit dem nationalen Leben verschaffen, die wir immer verlangt haben und die sie wahrhaft zum Nationalinstitut erhebt. — Sodann aber würde zugleich der Staat und das ganze Volksleben durch diese unmittelbare Durchdringung von dem Geiste der Wissenschaft und der Universität gehoben und verklärt werden. Es muss immerdar als das schönste Ideal erscheinen, den gesamten Schulunterricht, den sich allerdings der Staat mit Recht als seine eigene Sache vindicirt, indem ihm sonst jedes ethische Princip fehlen würde (Kap. I.), vom Geiste der Wissenschaft getragen und erfüllt zu sehen, wenn es auch nicht Absicht sein kann und darf, ihn selbst schon zur Wissenschaft zu machen. Die Universität als Centralbehörde des Staatsunterrichts, mit der obersten Aufsicht und Leitung aller Schulen innerhalb ihres Sprengels, wird unmittelbar dahin wirken, dieses Ideal möglichst im Dienste der freien Wissenschaft für Volk und Staat zu erreichen. Demnach wird das principielle Wesen des Staats wie der Universität durch die von uns postulierte Einrichtung in jeder Weise gehoben und gefördert werden und wäre somit unser Project vom idealen Standpunkte aus gerechtfertigt. Die Universität würde dann gerade die

Fülle des wirklichen Lebens, wie es ihr höchster Beruf ist, in sich aufnehmen und geistig verarbeiten, ihre Theorie unmittelbar an dem objectiven Bestande der nationalen Lebensverhältnisse erfrischen und erproben können. Der Staat aber würde durch diese unmittelbare Verbindung mit dem wissenschaftlichen Organismus gerade in Bezug auf die Erfüllung seiner ethischen, seiner erhabensten und geistigsten Zwecke durch die Schule in der Thätigkeit der Universität eine wahre Verklärung finden. — Auch fürchte man nicht, dass bei einer solchen neuen Stellung die autonomische Selbstständigkeit der Universität als Vertreterin der freien Wissenschaft beeinträchtigt werden möchte. Die Grenzlinien lassen sich scharf ziehen. Die Wissenschaft und ihr Wesen ist leicht zu bestimmen und für ihre Sphäre der Universität völlige Freiheit zu gewähren. Eine gute Organisation in der Verfassung dieser neuen Centralunterrichtsbehörde würde die Gefahr noch geringfügiger zu machen haben. Was das principielle Wesen der Verhältnisse so gebieterisch und mit solchen grossen Heilswirkungen für Staat und Universität zu verlangen scheint, das mag man zu erfüllen nicht zaudern und vielmehr immer in Erwägung ziehen, dass zwischen Staat und Universität überhaupt kein Gegensatz von Anfang an statfinde und dass es darum beiden Instituten wohl anstehe, in gegenseitiger Wechselverbindung einen Schein von untergeordneter Abhängigkeit sich gefallen zu lassen, wenn es nur eben ein blosser Schein ist, und dies steht um so mehr zu hoffen, wenn der Staat der vollendete sein wird, den er durch diese enge Verbindung mit der Wissenschaft, mit der Universität zu werden den Beruf hat.

Nun fordert aber zu einer solchen Einrichtung noch ganz besonders die praktische Politik, die ganze Tendenz und der ganze Charakter des gegenwärtigen Deutschen Volkes und Staats, überhaupt des gegenwärtigen Zeitalters dringend auf. Sollte uns das principielle Postulat der Philosophie auch nicht bestimmen können, so wird es die Noth der Zeiten thun müssen, besonders wenn sich herausstellen sollte, dass ohnedem die Existenz der Universitäten, ja vielleicht des Staats in Frage steht, des Staats, der dann in ein socialistisch-com-

munistisches Zerrbild aufgelöst werden mag. Es drückt unsere Zeit eine schwere Noth. Die politische Freiheit kann darüber nicht hinweghelfen. Die Noth ist materieller Art. Das ökonomische Zeitalter ist herangebrochen. Die Zeit ruft nach materieller Befriedigung jedes Individuums; das Individuum will mit der politischen Freiheit nicht mehr zufrieden sein. Die Tendenz scheint im Ideal eine gute. Aber die Lösung des Problem's bietet unendliche Schwierigkeiten, die vielleicht wegen der Unvollkommenheit menschlicher Zustände nie zu lösen sind. Doch ist darnach zu streben. In der Gegenwart nun drängt man verworren, leidenschaftlich, oft mit blinder, toller Wuth jenem geheimnissvollen Ziele entgegen und die rohe materialistische Auffassung sieht die Erreichung des Zieles einzig in Vernichtung nicht bloss aller staatlichen, sondern auch aller privatrechtlichen Verhältnisse, wie sie bisher unter der Menschheit zum Vorschein gekommen sind; sie verlangt statt des bisherigen Staats- und Privatrechts eine communistische Gemeinschaft des Lebens und somit das Grab jeglicher persönlicher Freiheit, den Untergang geistiger Bildung und Thätigkeit, die Knechtung des Menschenthums und der Menschenwürde, und proclamirt das Fleisch statt des Geistes, die thierische Freiheit und ein bestialisches Leben statt menschlicher Freiheit, statt menschlichen Lebens. Fluch, ewiger Fluch den Verworfenen, die im viehischen Gelüste einen solchen Zustand mit hämischer Freude und niederträchtiger Boshaftigkeit herbeizuführen suchen, trotz des besseren Wissens. Hoffentlich sind dieser Kinder des Satans nur wenige, doch es giebt welche und sie liessen sich nennen. Aber herbei zur thätigen Hülfe allen Denen, die in geistiger Verblendung zu den communistischen Irrsäten hinabsteigen wollen! Hier ist noch Rettung möglich. Der Wille ist nicht verstockt; nur hat ihn das Unglück, die materielle Noth der Zeiten bethört. Aber bringt starke Hülfe! Die Zahl und die Krankheit der Irrenden ist gross. Die materialistische Ansicht und Richtung ist weit verbreitet unter der gegenwärtigen Generation. — Und welches ist diese starke Hülfe, diese Rettung aus der Noth? — Es ist der Unterricht des Geistes in allen Klassen der Schule, es ist die in allen Schichten des

Volkes und so tief und so gründlich als möglich zu verbreitende Bildung. Die starke geistige Macht der Wissenschaft eile herbei, die Schule zur Ueberwindung der Zeitnoth wahrhaft zu befähigen. Dies geschieht, wenn die Universität sich unmittelbar in der angedeuteten Weise mit den zur Verbreitung der Bildung bestimmten Staatsschulen in organische Verbindung setzt, wenn sie Centralbehörde des Unterrichts wird u. s. w.

Uebrigens empfiehlt sich diese Einrichtung gerade der Gegenwart durch ihre Wohlfeilheit. Die jetzigen beaufsichtigenden oberen Schulbehörden sind kostspielig; sie werden aufgelöst; die nun fungirenden Professoren brauchen nur eine kleine Zulage zu ihren Gehältern zu erhalten. Die Ersparung ist bedeutend. Zugleich wird aber Volk und Staat geneigt sein, die Universitäten, wenn es noth thut, recht kräftig auch mit Geldmitteln zu unterstützen, wenn eben Volk und Staat erst augenfällig die heilsamen Wirkungen verspüren werden, welche die geistige Thätigkeit der Universität in dieser ihrer neuen Sphäre, in ihrem Einfluss auf die Schule, auf die allgemeine Volksbildung ausübt, wenn die Universität den materiellen Geist des Communismus durch Verbreitung echter Bildung mehr und mehr zu überwinden vermag.

Die Organisation dieser neuen Einrichtung denke ich mir etwa so: 1) An der Spitze dieser akademischen Centralbehörde des Unterrichts steht der Kanzler der Universität (siehe oben) nebst einigen routinirten Geschäftsbeamten zu Expeditionen etc. — 2) Nicht alle Professoren nehmen an der eigentlichen Schul-Verwaltung Theil. — Dagegen 3) geschieht nichts Wichtiges in Unterrichtssachen ohne vorher eingeholtes Gutachten in physischen Dingen der medicinischen, in juridischen der juridischen etc. Fakultät, in allgemeinen Sachen der ganzen Universität. Die Fakultäten etc. wählen zum Berichterstatter einen Professor, dessen Spezialfache der Gegenstand am nächsten liegt. — 4) Als eigentlich verwaltende Behörde stehen dem Kanzler zur Seite alle Professoren von Fächern, die sich unmittelbar auf Lehrgegenstände der Schule beziehen (also je ein Professor der classischen und modernen Philologie, der Geschichte, der Mathematik, der Naturwissenschaft, der

Theologie, der Turnmeister etc.), sowie ausserdem je ein Professor der Medicin, der Nationalökonomie, der Politik, des Staatsrechts, des Naturrechts. Der Staat wählt aus mehreren Professoren des Faches beliebig; Privatdocenten sind dazu in der Regel nicht zu verwenden, indem sie durch solche executiven Beamtenengeschäfte allzu sehr vom tüchtigen Anbaue der Wissenschaft abgehalten werden. — Die Universität als Centralunterrichtsbehörde hat dann namentlich dahin zu wirken, dass in den oberen Klassen aller Schulen gesunde Ansichten über Volkswirthschaft, Staatsrecht, Politik und Naturrecht in volksthümlicher Weise vorgetragen und somit schon in den jungen Gemüthern die Waffen zur Bekämpfung des Communismus niedergelegt werden.

Durch diese harmonische Verbindung der idealen Wissenschaft mit dem concreten Leben der Nation, durch diese organische Verschmelzung des volksthümlichen Staates und der mehr humanistischen Universität, glauben wir, wird es möglich sein, die gegenwärtige Krisis im Menschheitsleben im politisch-socialen Gebiete endlich glücklich zu überwinden. Nur durch die Macht des Geistes, der Bildung, der Wissenschaft ist der Sieg zu erringen. Der neue Bund zwischen Universität und Staat wird mit der gewaltigen Kraft des Geistes alle Gefahren überwinden, denn er erscheint uns geradezu als die Hochzeitfeier des Volkes mit der Menschheit, als die Vermählung der Erde mit dem Himmel.

Capitel VIII.

Die Thätigkeit der Jenaer Docenten-Versammlung.

Die vorstehenden sieben ersten Kapitel dieser Schrift waren bereits im Laufe des Monats August vollständig der Druckerei übergeben, in der Hoffnung sie recht bald gedruckt

zu sehen. Indessen zog sich der Druck so in die Länge, dass ich inzwischen dem Jenaer Docentencongresse (21.—24. September) beiwohnen konnte. Es scheint mir nun angemessen, diese Schrift über die Reform der Deutschen Universitäten mit einer kurzen Uebersicht und Kritik der Thätigkeit jener Versammlung zu beschliessen.

Einleitung.

Indem ich im Allgemeinen die Bewandtniss dieser Versammlung als bekannt voraussetzen darf, auch im Verlaufe meiner Schrift mehrmals darauf hingewiesen habe, glaube ich mich auf folgende kurze Bemerkung beschränken zu dürfen. Prorector und Senat der Universität Jena schrieben diesen allgemeinen Congress der Deutschen Universitätslehrer aus, nachdem die jüngeren Docenten Jena's (Nichtsenatoren) in dem sog. Reform-Vereine diesem endlichen Entschlusse vielfach vorgearbeitet hatten. Der Congress sollte eine möglichst organische Vertretung aller Deutschen Universitäten (mit Einschluss der Oesterreichischen) bilden, um über die gegenwärtige Reform dieser wissenschaftlichen Institute zu berathen und zu beschliessen, nicht als souveraine Versammlung, sondern um diese Beschlüsse als Anträge, Petita an die Deutschen (Reichs- und Territorial-) Regierungen zu bringen. Doch war Letzteres nicht klar genug ausgesprochen, so dass namentlich mehrere Preussische Universitäten, vielleicht auch aus anderen Gründen, sogleich von vornherein Anstoss nahmen, den Congress zu beschicken und auf Grundlage dieser Stimmung auf ihren Universitäten (namentlich Berlin) die Preussische Regierung ihren Landesuniversitäten die Beschickung des Congresses als Korporationen und in officieller Weise zeitweilig verbot, bis dass der Prorector der Universität Jena das Preussische Ministerium über die ungefährliche Tendenz der Versammlung aufklärte. Dann wurde das Verbot sofort zurückgenommen. Aber Berlin, Königsberg und theilweise Halle konnten sich trotz dem nicht entschliessen, den Congress zu beschicken.

Von Seiten des Senats war eine „Vorbereitende Commission für die Versammlung der Lehrer Deutscher Hoch-

schulen“ ernannt, welche die formellen Einrichtungen getroffen und zugleich alle an die projectirte Versammlung gerichteten Anträge und Wünsche einzelner Docenten wie einzelner Genossenschaften und ganzer Universitäten zur übersichtlichen Anordnung in Empfang genommen, sowie in einer kurzen schematischen Uebersicht hatte drucken lassen. Indessen die materielle Grundlage für die Berathungen des Congresses bildete nicht dieses kurze Schema der V. C., sondern eine detaillirte schematische Uebersicht von allen Universitätsverhältnissen mit Reformvorschlägen im Einzelnen, welche der genannte Reformverein 1) als Ergebniss eigener Forschung und 2) aus den an die V. C. gelangten Vorschlägen zusammengestellt und unter dem Titel: *Zur Reform der Deutschen Universitäten* (Jena. September 1848. in 4. S. 16.) publicirt hatte. Doch fand der Congress es für angemessen, die dort gewählte Ordnung der Materien aufzugeben und überhaupt nur die wichtigsten Fragen herauszuwählen. — Ueber die Annahme einer (von der V. C. soviel ich weiss) entworfenen Geschäftsordnung verständigte sich die Versammlung sehr bald, doch wurden einige zweckmässige Modificationen beliebt.

Die organische Zusammensetzung des Congresses.

Die jüngeren (Privatdocenten und ausserordentliche Professoren) und die älteren (ordentliche P.) Docenten waren ziemlich gleichmässig vertreten, von jeder Kategorie je zwei von jeder Universität, doch mit mehreren Ausnahmen. Hierin war ein ziemlich organisches Verhältniss sichtbar und mit Recht bildeten die älteren Docenten eine gewisse Mehrzahl. Dagegen waren leider nicht alle Deutschen Universitäten vertreten und fehlten Vertreter mehrerer und zwar der unstreitig tüchtigsten Deutschen Universitäten, nämlich Preussens, sowie die aller Oesterreichischen mit einziger Ausnahme Wiens. Mit den Oesterreichischen Universitäten glaubte man dadurch in etwas zu pacisciren, dass man 9 Deputirte Wiens zuliess und fortwährend die grösste Rücksicht auf die eigenthümlichen Zustände der Oesterreichischen Universitäten nahm. Mit Preussen liess sich hier keine solche Verständigung herbeiführen, die überhaupt hier viel schwieriger als bei den Oesterreichischen

zu bewerkstelligen sein dürfte, da die Preussischen Universitäten von ungleich grösserer Bedeutung sind als jene. Berlin und Königsberg waren gar nicht vertreten; Halle nur durch 2 Deputirte der ausserordentlichen Professoren und Privatdozenten, endlich auch Breslau und Greifswalde nur unvollständig, nämlich durch je zwei ordentliche Professoren, so dass also einzig und allein Bonn vollständig vertreten war. Endlich waren auch von Kiel nur zwei Deputirte anwesend. In dieser Beziehung konnte demnach die Versammlung keineswegs als der volle Ausdruck aller Deutschen Universitäten betrachtet werden. Indessen war sie es doch annäherungsweise und mit Recht liess sie sich durch diese ihre Unvollständigkeit nicht abhalten, in die Berathungen einzugehen und Beschlüsse zu fassen. Freilich können diese Beschlüsse, namentlich bei den Landesregierungen und bei der Reichscentralgewalt, leider nicht diejenige Autorität haben, welche sie sonst wohl bei einer völlig organischen Zusammensetzung nothwendig gehabt haben würden. Man bedenke nur, gerade die wichtigsten deutschen Staaten, Oesterreich und Preussen, waren auf das Unvollständigste repräsentirt.

Endlich war die Versammlung sich ihres Berufes einer organischen Vertretung der Deutschen Universitäten in ihrer Gesamtheit fürwahr zum grossen Theile selbst nicht recht bewusst. Wenigstens kann ich mir die anfangs von vielen Deputirten ausgesprochene Ansicht nicht anders erklären, dass auch die vielen akademischen Gäste (circa 40 Docenten aus Jena und etwa 15 von anderen Universitäten) an den Abstimmungen*) mit Theil nehmen sollten, bis man sich endlich dahin vereinigte, dass die Gäste nur mit an der Debatte sich betheiligen dürften, was wahrlich schon allzu viel war, übrigens mit Recht nur von sehr Wenigen benutzt wurde, auch theilweise nicht benutzt werden konnte, indem vor den Deputirten-Rednern diese Gäste, schon da sie ziemlich entfernt von

*) Die 40 Jenaer hätten natürlich immer den Ausschlag gegeben und es wären demnach etwanige Abstimmungen nur als rein localer, nämlich Jenaer Natur, nicht als ein Ausdruck des wissenschaftlichen Geistes des ganzen Deutschen Volkes zu betrachten gewesen.

dem Präsidenten und den Sekretairen extra carceres und etwas niedriger als die Vertreter sassen, nicht immer zu Worte zu kommen vermochten. Vielleicht wurde die Versammlung in dieser Beziehung durch die Vorschläge des Jenaer Reformvereins (und der V. C.) etwas unklar gemacht.

Die Versammlung scheint mir demnach, wegen dieses ihres ganzen unvollkommenen Charakters, sehr wohl daran gethan zu haben, wenn sie nur die nothwendigsten Punkte des Universitätslebens hervorhob und darüber beschloss, sowie sich selbst mehr als eine einleitende und vorbereitende Versammlung zu künftigen regelmässig wiederkehrenden und hoffentlich vollständigeren zu betrachten schien. Wenigstens ist mir das so vorgekommen.

Endlich waren zufälliger Weise nicht so viel Notabilitäten unter den Deputirten als man hätte vermuthen sollen. Fehlten doch Universitäten wie Berlin und Königsberg ganz. Sodann sind ja gegenwärtig so viele Docenten Volksvertreter zu Berlin und Frankfurt — und doch unstreitig die tüchtigsten — so dass eben schon desswegen ein Abbruch für die Jenaer Versammlung merklich werden musste. Namentlich waren die allgemeinen Disciplinen der philosophischen Fakultät im Ganzen nicht sehr glänzend vertreten, besonders schwach die Hegelsche Philosophie, endlich auch die evangelische Theologie. Also auch in dieser Beziehung war der Congress nicht recht organisch zusammengesetzt. Die Versammlung war nicht glänzend genug, um wahrhaft als der volle Ausdruck und die vollendete Concentration des Deutschen wissenschaftlichen Lebens auf den Universitäten angesehen werden zu können. Gerade die grössten Sterne fehlten fast sämmtlich. *)

*) Ich gebe hier ein Verzeichniss der Abgeordneten. 1) Aus Jena: Stoy, Domrich, Hoffmann, Göttling; 2) Giessen: Carrière, Baur, Birnbaum, Knobel; 3) Marburg: Cäsar, Falck, Platner, v. Sybel; 4) Halle: Haarbrücker, Krahmer; 5) Leipzig: Schletter, Drobisch, Erdmann, Klee; 6) Würzburg: Osann, Sigmund, Lang, Hildenbrand; 7) Göttingen: Seelig, Ehrenfeuchter, Ribbentrop, Ruete; 8) Tübingen: Volz, v. Wächter, Zech, Köstlin; 9) Freiburg: v. Woringen, Staudenmeyer, Stromeyer, Fischer; 10) Heidelberg: v. Vangerow, Delffs, Brinkmann, Rau; 11) München: v. Thiersch, v. Walther, v. Ringseis, Dollmann, Stadlbaur, Pettenkofer, Quitzmänn; 12) Erlangen: v. Raumer, Hofmann, Schmid, Nägelsbach, Kastner;

Allgemeiner Charakter der Verhandlungen.

Die Versammlung war durchaus von dem redlichsten Geiste erfüllt und von dem besten Willen beseelt. Alle Parteien kamen sich freundlich entgegen und jede fügte sich zuletzt wenigstens willig dem Ganzen. Gerade dadurch gewann der ganze Gang der Verhandlungen sogleich von Anfang an eine gewisse Würde. Doch fehlte ihm durchaus das Glänzende, vielmehr Alles hatte einen schlichten Charakter. Reden im eigentlichen Sinne wurden weniger gehalten, sondern man begnügte sich mit meist kurzer, energischer und würdevoller Begründung seiner Ansicht und der nothwendigsten Widerlegung der gegnerischen Meinungen, ohne allen oratorischen Beisatz, ohne den rhetorischen Schmuck der Einleitung und des Schlusses, namentlich auch ohne Apostrophe an die Parteien, ohne Aufregung der Leidenschaften, meist auch ohne Satyre und Witzelei, denn wo letztere sich einmal herauszumachen wagte, fand sie sofort die allerenergischste Abfertigung und zwar nicht bloss von Seiten des Betroffenen. Kurz die ganze Verhandlung hatte etwas ungemein Parlamentarisches, wenn auch nicht die glänzende Seite desselben, einen wahrhaft wissenschaftlichen Charakter, ohne dass man irgend wie die Sache historisch oder philosophisch hätte erschöpfen und somit langweilig machen wollen, sondern immer angemessen dem Orte, der Zeit, den Verhältnissen. Wenn man damit die Frankfurter und Berliner Parlamentsverhandlungen der Gegenwart vergleicht, so muss man fürwahr geneigt sein, dem guten Willen wie dem grossen Geschick, dem richtigen Tacte, dem gesunden Sinne, dem praktischen Blicke dieser Männer der Wissenschaft bei Weitem den Vorzug zu geben. Freilich war die Versammlung nicht so zahlreich und sodann hatte sie in dem Kanzler v. Wächter aus Tübingen einen Präsidenten der

13) Breslau: Wilda, Gitzler; 14) Rostock: Wiggers, Stannius, Karsten, Busch; 15) Greifswald: Planck, Barkow; 16) Wien: v. Liechtenfels, Scheiner, Häusle, Frieze, Kunzeck, Lerch, Tomaschek, Endlicher, Hye; 17) Bonn: Breidenstein, Snell, Bluhme, Schaafhausen; 18) Kiel: Behn, Harms. — Zusammen 73. — Die gesammten sechs Preussischen Universitäten waren nur durch 10, die Baierschen drei aber durch 15 Deputirte vertreten.

trefflichsten Art. Nur das Eine vermissten wir. Im Ganzen wurde doch fast zu wenig auf das Princip in jeder einzelnen Frage eingegangen, fast zu wenig der Zusammenhang unter den einzelnen Fragen in Erwägung gezogen. Man gefiel sich auf der einen wie auf der anderen Parteiseite das Princip als bekannt vorauszusetzen und als unumstösslich anzusehen, so dass man sich denn nicht einmal die Mühe nahm, es besonders hervorzuheben, geschweige denn, dass man versucht hätte es wissenschaftlich darzulegen und zu begründen. Die Debatte gewann dadurch an parlamentarischer Flüssigkeit, indem man schneller über den Gegenstand hinwegkommen konnte. Aber es kam dadurch wenigstens ein Schein der Ungründlichkeit zu Tage, der allerdings mehr oder weniger ein Schein war, aber denn doch die Versammlung nicht zierte. Zum Glück lässt sich behaupten, dass die Versammlung selbst an diesem Scheine und an diesem wenigeren Eingehen auf die wissenschaftlichen Principien in den einzelnen Fragen nicht Schuld war, sondern vielmehr die Zeit. Wir meinen dabei nicht bloss das kurze Spatium der Zeit, welches dem Congresse von Prorector und Senat der Universität Jena im Einladungsschreiben zugemessen war, aber wir denken doch auch ganz hauptsächlich hieran. Es muss als ein unglücklicher Gedanke bezeichnet werden, einer solchen Versammlung, die so überaus wichtige Angelegenheiten des Deutschen Gesamt Vaterlandes zu behandeln hatte, nur einen Zeitraum von 3 Tagen zur Entfaltung ihrer Thätigkeit und Vollendung ihrer hochwichtigen Geschäfte zugemessen zu haben. So haben es aber die Jenenser gethan. Die Versammlung musste natürlich für's Erste darauf eingehen. Das Mandat wohl aller Deputirten lautete ja auf diese bestimmte Zeit und Manche hielten sich wirklich, wie es schien, für verpflichtet, nicht länger an den Berathungen Theil zu nehmen. Wenigstens konnte es erst nach kurzer, aber sehr stürmischer Debatte am 3. Tage durchgesetzt werden, dass man sich am folgenden (4.) Tage noch einmal zu einer kurzen Sitzung entschloss. Kurz wie dem auch sein möge, diese Kürze der zugemessenen Zeit musste von Anfang an Allen vorschweben und man machte sogar fortwährend während der Verhandlungen darauf aufmerksam. Nament-

lich erinnerte der Präsident selbst zum öftern daran, trotzdem dass die Versammlung niemals sich in unnütze Weitläufigkeiten einliess. Es musste aber dadurch der Congress sich gedrungen fühlen, möglichst schnell über jeglichen Gegenstand hinwegzukommen und dadurch einen Anstrich der Eilfertigkeit erlangen. Nun glauben wir zwar nicht, dass, im Ganzen wenigstens, diese Eile für die Reife der Beschlüsse sehr nachtheilig gewesen sei. Mir fürwahr bürgt dafür die Tüchtigkeit dieser Männer der Wissenschaft, die ja doch wohl meist alle ein bereits fertiges Urtheil über die einzelnen Universitätsverhältnisse in die Versammlung mithineinbrachten, das nur wenig durch die Debatte geläutert und modificirt werden konnte. Aber gar mancher Andere wird das Gegentheil zu glauben geneigt sein und jedenfalls würde es der Würde der Versammlung gemässer gewesen sein, diese Eilfertigkeit oder doch den Schein derselben ganz vermieden haben zu können. Eine solche Versammlung soll nichts im Sturme erobern oder gar der Zeit abstehlen.

Uebrigens sind wir nun der Ansicht, dass die Gewalt der Zeitverhältnisse, die ganze Stimmung und Richtung der Gegenwart mit ihrer Aufgeregtheit, Leidenschaftlichkeit und Zerrissenheit noch viel mehr als die Zumessung von jenen drei Tagen diese Hast und Eilfertigkeit in die Versammlung hineingetragen hat. Kam doch jeder Deputirte, wenn auch nicht mit Sorge oder mit Aufregung, so doch jedenfalls mit einer gewissen durch die Zeitgeburten und -Wirren hervorgerufenen Spannung und Erregtheit des Geistes in die Versammlung, mit der innigsten Sehnsucht nach Ruhe, nach einer festen Ordnung der Dinge wie in allen Verhältnissen, so auch in den akademischen und zwar so schnell als möglich, denn dieser dauernde Zustand des Werdens, der Gährung, der krankhaften Zuckungen einer Neugeburt ist jedem Wohlmeinenden — und zu diesen dürfen wir jene Deputirten unbedingt rechnen — unerträglich. Wenn sich demnach wirklich die Versammlung durch eine Art von Eilfertigkeit in Bezug auf ihre Würde eine gewisse Blösse gegeben hat — fürwahr die Schuld lag viel weniger an ihr, als sie vielmehr durch die Allgewalt der Zeit-

verhältnisse heraufbeschworen wurde und demnach für sehr verzeihlich zu halten ist.

Die Beschlüsse im Allgemeinen.

Trotz dieser mancherlei Hindernisse hat der Congress im Allgemeinen Beschlüsse gefasst, welche ebenso sehr aus dem innersten Wesen unserer Deutschen Universitäten als aus dem wahren Bedürfnisse der Zeit mit ihren Reformbestrebungen hervorgegangen zu sein scheinen. Alle sind von einem frischen reformatorischen Geiste, von der Fülle des Lebens gehoben und getragen. Alle athmen Freiheit und Fortschritt, ohne die gegebenen positiven Zustände ignoriren, ohne abstracte Ideale verfolgen, ohne über das wahre Bedürfniss der Gegenwart hinausgehen zu wollen. Wir freuen uns, dass manche von unseren Reformvorschlägen durch diese Beschlüsse bereits eine gewisse höhere Autorisirung von Seiten einer solchen Versammlung wissenschaftlicher Geister gefunden haben. Und fürwahr so vortrefflich war der Geist der Versammlung, dass die Reformbeschlüsse der principiellsten Art, durch welche namentlich die autonomische Alleinherrschaft der ordentlichen Professoren aufgehoben und die korporative Mitgliedschaft und die autonomische Macht an sämtliche Docenten übertragen wurde, durchgesetzt werden konnten, etwas, was die jüngeren Docenten allerdings für das Nothwendigste der Reform hielten, aber doch kaum durchsetzen zu können glaubten; und wenn dies auch mit sehr geringer Majorität geschah, so möge man erwägen, dass die Versammlung der Mehrzahl nach aus ordentlichen Professoren bestand.

Freilich konnte die Versammlung nur die wichtigsten Punkte hervorheben und sah sich sogar genöthigt, einige sehr wesentliche Verhältnisse aus Mangel an Zeit einer vorbereitenden Commission zu Reformvorschlägen für eine spätere Versammlung zu überweisen. Indessen es ist doch ein sehr guter Anfang gemacht. Die Fundamente zu einem schönen Neubau der Universitätsverhältnisse sind gelegt.

Wir geben hiermit eine kurze Uebersicht der von dem Congresse gefassten Beschlüsse.

Beschlüsse im Einzelnen.

1) Die *Lehrfreiheit* ward anerkannt und gegen alle politische und religiöse Beschränkung verwahrt. Dabei wurde namentlich noch festgesetzt, dass ein Docent auch verwandte Fächer lesen dürfe, doch so, dass bei entstehendem Zweifel über die Grenzen dieser Verwandtschaft die betreffenden Fakultäten in vereinigter Sitzung hierüber zu entscheiden haben. Die masslosen Anträge Einzelner, dass wer einmal Docent geworden, alle und jede Wissenschaft lesen dürfe, vermochten nicht durchzudringen.

2) Die *Honorare* wurden, vom praktischen Gesichtspunkte aus, als gerechtfertigt anerkannt (da ohne sie keine Privatdocenten möglich, ferner die Gehälter der Professoren gering seien etc.). Doch wurde das System der *Stundung* empfohlen und der *Schenkung* vorgezogen, besonders auch aus Rücksicht auf die Wittwen der Professoren, welche in ihren alten Tagen dadurch noch manche Zubusse gewönnen. — Die Verschiedenheiten des Honorar's sollten möglichst schwinden. Auch solle jeder Professor darauf Bedacht nehmen, ein *Publicum* zu lesen.

3) In Betreff der *Lernfreiheit* wurde beschlossen, dass Jedem die Wahl der zu besuchenden (Deutschen oder nicht) Universität durchaus frei stehe. Doch sehe die Versammlung darin keine Beeinträchtigung der Lehr- und Lernfreiheit, wenn der Staat (und die Kirche) den Besuch einer Universität für die Zulassung zu den Prüfungen, zu denen es bis jetzt gefordert wird, als Regel auch fernerhin verlangt. (Mit 39 gegen 34 Stimmen durchgesetzt.)

Mit grosser Majorität sprach man sich gegen den *Collegienzwang* aus. Vom idealen Standpunkte aus ist diese Aufhebung gewiss zu rechtfertigen, nicht aber vom praktischen gegenüber dem Materialismus der Zeit, der sich namentlich auch in den Studenten rege macht, gegenüber der Trüglichkeit der Examina etc. Siehe oben. Besonders verwarf man auch jeden *Studienplan* und dies mit Recht, denn die *Schranke* darf nicht soweit gehen, dass man die Art und Weise des Studirens dem Einzelnen vorschreibe. Wohl aber scheint

es mir angemessen zu verlangen, dass er überhaupt den ganzen Kreis des Wissens in seinem Fache umspannt habe.

4) Man erklärte, dass Universitätslehrer als solche nicht mit Staatsprüfungen betraut werden sollten. Doch seien solche Prüfungen möglichst von gemischten Commissionen (aus dem Kreise sämtlicher Docenten und mit Zuziehung von Praktikern, mit möglichstem Wechsel für jeden einzelnen Fall) und zwar öffentlich zu halten.

5) Alle Fleisses- und Fortgangszeugnisse sind abgeschafft; nur wo das Privatinteresse des Studirenden ein solches verlangt, ist der Lehrer verbunden, es ihm auszustellen.

6) Der Gebrauch der lateinischen Sprache bei Fakultäts-Prüfungen belangend, nahm man den Antrag an, dass es den einzelnen Fakultäten zu überlassen sei, das Doctorexamen ganz oder theilweis in lateinischer Sprache abzuhalten. (Mit 39 gegen 33 Stimmen.)

7) Per acclamationem erklärte man sich gegen alle Semestralprüfungen.

8) Es wurde anerkannt, dass die Studirenden ein Recht haben, die wissenschaftlichen Sammlungen und Anstalten der Universität zu benutzen.

9) In Bezug auf die Verfassung der Universitäten wurde beschlossen, dass zu gewissen Zeiten jedes Semesters ein allgemeines Plenum, bestehend aus sämtlichen habilitirten Lehrern, zusammentrete, um die allgemeinen akademischen Angelegenheiten zu berathen und Anträge an die akademischen Behörden, sowie an die Regierungen zu stellen und um den Rector zu wählen. Dazu wurde nach schwerem Kampfe (mit 37 gegen 36 Stimmen) noch durchgesetzt, dass diesem Plenum das alleinige Recht zustehen solle, sämtliche administrirende Behörden, aus der Mitte der ordentlichen Professoren, zu wählen. Dadurch wurde natürlich der Wegfall des akademischen Senates wie er jetzt ist stillschweigend genehmigt. Endlich wurde anerkannt, dass zu diesem Plenum, in Angelegenheiten, welche die Studirenden unmittelbar angehen, eine Deputation der Studirenden hinzugezogen werden möchte. In der Regel sind

die Sitzungen öffentlich. Alles Uebrige wird der Autonomie der einzelnen Universitäten überlassen.

10) In Bezug auf die Gerichtsbarkeit wurde festgesetzt, dass die Disciplin des Hauses bei den akademischen Behörden wie bisher verbleibe. Dagegen sollen die Studirenden in Bezug auf gemeine Polizeivergehen und Criminalverbrechen, sowie in Civilsachen den gewöhnlichen ordentlichen Gerichten unterworfen sein. Den Studirenden möge ein Antheil an der Ausübung der Disciplinargewalt zustehen. Das Weitere wurde der Commission zur Berathung und Vorlegung für eine künftige Versammlung überwiesen. Namentlich sei zu erwägen, ob Modificationen der gemeinen Gesetzgebung über studentische Verhältnisse zu empfehlen seien.

11) Das Associationsrecht der Studirenden steht unter den allgemeinen gesetzlichen Bestimmungen.

12) Gleichmässigkeit der Universitätsferien sei überall zu empfehlen. Am angemessensten wurde die Zeit 15. März bis 15. April, 15. August bis 15. October gehalten.

13) Als Ort der nächsten Versammlung wurde Heidelberg bestimmt und die Herbstferien für die passendste Zeit erklärt.

14) Es wurde eine Commission ernannt zur Vorbereitung von Vorlagen an die nächste Versammlung (namentlich in Betreff der Fakultäten und ihrer Reformirung, sowie in Bezug auf das Universitäts-Kanzelariat.)

15) Endlich wurde beschlossen, dass die Deputirten bei den Universitäten dahin wirken sollten, dass die hier gefassten Beschlüsse zur Kenntniss der Regierungen gebracht würden, sowie dass die Universitäten ersucht werden sollten, alle Schritte, welche sie in der Reformfrage thun werden, der Commission anzuzeigen. *)

*) Es thut mir leid, dass es mir nicht möglich ist, mich immer genau an die authentischen Worte der Beschlüsse zu halten. Aber leider sind die Protocolle des Congresses noch immer nicht gedruckt und der Setzer treibt mich ihm endlich den Schlussbogen zuzusenden.

Anhang.

Die Studenten in Eisenach.

Anstatt sich irgend wie mit dem Jenaer Docentencongresse in eine organische Beziehung zu setzen, wie wir das gehofft hatten, erfolgte von Seiten des Vorortes (Breslau) der sog. allgemeinen Deutschen Studentenschaft im Voraus ein ungemein grober Protest gegen diejenigen Beschlüsse der Docentenversammlung, welche gegen die Interessen der studirenden Jugend gehen würden. Darauf wurden zu Eisenach am 25. September die Sitzungen des sog. Gesamtausschusses der Deutschen Studentenschaft eröffnet.

Der Vorort hatte in Folge der Wartburgbeschlüsse die verschiedenen Deutschen Universitäten im Laufe des Sommers aufgefordert, von je 100 Studenten auf jeder Hochschule einen Abgeordneten zum Zusammentritt eines Gesamtausschusses der Deutschen Studentenschaft für Ende September nach Eisenach zu entsenden. Da in Deutschland etwa 15500 Studirende existiren, so hätten zur vollen organischen Vertretung der Deutschen akademischen Jugend etwa 155 Deputirte zu Eisenach sich einfinden müssen. Nun hatten sich aber sogar bereits im Voraus die Studentenschaften von Berlin, Rostock, Kiel und Jena gegen diese Art von Studentenparlament erklärt und beschickten natürlich in Folge dessen den Congress gar nicht. Ebenso war von Erlangen, Insbruck, Prag und Ollmütz kein einziger Vertreter gekommen und endlich erschien von mehreren Hochschulen nicht die genügende Anzahl von Deputirten. So kam es denn, dass im Ganzen nur 71 Abgeordnete anwesend waren, eine Zahl, die man doch auch nicht einmal annäherungsweise als die organische Vertretung der Deutschen Studentenschaft ansehen darf. Nichts destoweniger vindicirte sich diese Versammlung den vollen Charakter eines solchen Gesamtausschusses und erklärte sich für souverain, indem ihre Beschlüsse sofort bindend für jede Universität sein sollten. Die Hallischen Abgeordneten protestirten zwar dage-

gen und zeigten endlich sogar ihren Austritt aus der Versammlung an, da sie derselben nur eine vorbereitende, beratende, keine souverain gesetzgebende Macht über die einzelnen Universitäten wie im Princip so nach ihrem Mandate einräumen zu können glaubten. Aber die Versammlung liess sich trotzdem nun doch nicht abhalten, weiter zu agiren und fasste innerhalb vierzehn Tagen ihre Beschlüsse. Ihre politische Thätigkeit, wofür sie einen besonderen Ausschuss eingesetzt haben soll, ist mir nun völlig unbekannt geblieben. Mir liegen nur folgende zwei Produkte ihrer Berathungen vor, nämlich 1) der Organisationsentwurf für die Deutschen Universitäten*), sowie 2) das Organisations-Statut der Deutschen Studentenschaft.**)

*) *Organisationsentwurf für die deutschen Universitäten, berathen und zur Vorlegung an die hohe Nationalversammlung und resp. Ministerien beschlossen von dem am 25. Septbr. zusammengetretenen Gesammtausschuss der deutschen Studentenschaft.* §. 1. Die Universitäten sind die Institute, auf welchen die Wissenschaft und die Ausbildung ihrer Jünger gepflegt wird. §. 2. Sie sind Nationalanstalten; somit hören alle Beschränkungen auf, die sie zu Landesuniversitäten machten. §. 3. Die Nation ist verpflichtet, sie zu erhalten. §. 4. Die Verfassung der Universitäten geht von der deutschen Nationalversammlung aus. Die unumschränkte Lehrfreiheit und die selbstständige Verwaltung verbleibt der Universität. §. 5. In staatsbürgerlicher Hinsicht findet keinerlei Exemption für sie Statt. §. 6. Die Universität besteht ihrem Begriffe nach aus Lehrenden und Lernenden. §. 7. Die Universität wird durch einen aus sämtlichen Lehrern und einer gleichen Anzahl von Lernenden gebildeten Ausschuss (Universitätsausschuss) repräsentirt. Der Vorsitz desselben geht aus freier Wahl der Mitglieder hervor. §. 8. Der Ausschuss wählt aus sich eine verantwortliche Executiv- und Verwaltungsbehörde, an deren Spitze der von dem Ausschuss freigewählte Universitätsvorstand steht. §. 8. Die Lehrer der Universität sind besoldete und unbesoldete. Jeder, der sich dafür befähigt hält, hat das Recht über wissenschaftliche Gegenstände Vorträge zu halten. Die Beurtheilung, ob der Gegenstand ein wissenschaftlicher sei, steht dem Universitätsausschusse zu. Die besoldeten Lehrer werden vom Staate auf Vorschlag des Universitätsausschusses ernannt. Die Zulassung zum akademischen Katheder geschieht kostenfrei. §. 10. Lernender darf auf der Universität Jeder sein; alle Lernenden sind gleichberechtigt. §. 11. Das fixe Gehalt bleibt für die festangestellten Lehrer wie bisher bestehen. Die von Seiten der Studirenden entrichteten Collegienhonorare fallen

**) *Organisations-Statut der deutschen Studentenschaft. I. Wesen derselben.* Die deutsche Studentenschaft bildet einen Verein zur Förderung der allge-

Wir glauben uns jeder speciellen Kritik dieser beiden Actenstücke enthalten zu dürfen, indem wir dieselben, wegen der durchaus unvollständigen Zusammensetzung der sie beschliessenden Versammlung, für juristisch nichtig erklären müssen und weil wir eben desswegen in ihnen den Ausdruck des studentischen Geistes der gesamten Deutschen Hochschulen nicht zu erblicken vermögen, sodann weil wir überhaupt die darin aufgestellten Postulate an die Reform der Deutschen

weg; an ihre Stelle tritt von Seiten des Staats eine Vergütung nach Massgabe der Vorlesungen und Anzahl der Zuhörer. Die Verwerthung der Vorlesungen ist vom Universitätsausschuss näher zu fixiren. §. 12. Die Universitäten nehmen mit Aufhebung aller Fakultätssonderung eine encyclopädische Stellung ein. Sie sollen die ganze Wissenschaft vertreten und nach diesem Princip die Lehrfächer vervollständigt werden. §. 13. Alle Prüfungen, welche mit der Fakultätssonderung zusammenhängen, fallen weg. Ebenso soll zur Erlangung eines Staatsamtes der Besuch einer Universität nicht mehr erforderlich sein. §. 14. Der Universität steht keinerlei richterliche Gewalt zu. Lehrende und Lernende stehen in allen Beziehungen unter den Staatsgesetzen. §. 15. Der Gebrauch der lateinischen Sprache ist abgeschafft. Eisenach, den 3. Octbr. 1848. Die mit dem Entwurfe dieses Organisationsplans beauftragte Commission.

meinen akademischen Interessen. II. Organisation. 1) Centralausschuss. 2) Vorörtliche Behörde. 3) Zweigvereine. Die deutsche Studentenschaft setzt zu ihrer Repräsentation einen Centralausschuss und eine vorörtliche Behörde nieder. ad 1) Centralausschuss. §. 1. Der Central- oder Gesamtausschuss ist das Organ der Berathung und der Gesetzgebung der deutschen Studentenschaft. Seine Beschlüsse gelten als Gesetze; werden aber von einem annullirenden Veto der Majorität aller deutschen Studenten aufgehoben. §. 2. Er ist gesetzgebend in allen Verhältnissen der Centralisation der Zweigvereine, sowie über alle die Vertretung der akademischen Gesamtinteressen betreffenden Massregeln. §. 3. Auch bestimmt derselbe die in die Vereinskasse fliessenden Geldbeiträge, die jedoch für die Dauer eines Semesters 3 Neugroschen pro Kopf nicht übersteigen dürfen. §. 4. Für 100 ihrer Studenten wird von den Zweigvereinen ein Deputirter gewählt. Bleibt bei der Reduction auf Hunderte ein Rest, so zählt er für 100, wenn er 50 übersteigt. Die Wahl erfolgt in allgemeinen acht Tage vorher öffentlich angezeigten Plenarversammlungen der einzelnen Zweigvereine. Die Wahlen finden nach absoluter Majorität der Votanten Statt. Die Deputirten legitimiren sich durch ein kurzes Wahlprotocoll. Die Deputirten sind an keine Instructionen gebunden. Den einzelnen Zweigvereinen bleibt es unbenommen, sich von den Abgeordneten eines anderen Zweigvereines vertreten zu lassen. Jeder Abgeordnete jedoch hat ohne Rücksicht auf die Anzahl seiner Committenten nur

Universitäten weder aus dem Wesen dieser wissenschaftlichen Institute noch aus dem reinen Geiste und dem wahren Bedürfnisse der Zeit als hervorgegangen anzusehen im Stande sind. Und wenn letzteres Urtheil auch weniger von dem Organisationsstatut der Deutschen Studentenschaft gelten mag, so fehlt doch wie gesagt auch diesem Actenstücke allzusehr die juristische Gültigkeit, um dasselbe als etwas Anderes ansehen zu können denn eine Privatansicht von studentischen Vertretern

eine Stimme. §. 5. Der Gesamtausschuss ist competent, sobald die Mehrzahl der Vereinsmitglieder in ihm vertreten ist, wenn auch die Anzahl der Deputirten nicht so gross ist, als sie nach dem Wahlgesetze sein darf. §. 6. Er bestimmt Ort und Zeit der nächsten ordentlichen Versammlung des Gesamtausschusses. ad 2) *Vorörtliche Behörde.* §. 1. Die vorörtliche Behörde wird aus und von den vorörtlichen Zweigvereinen, welche dazu von dem Gesamtausschuss ernannt werden, nach absoluter Stimmenmehrheit gewählt, doch darf die Zahl der Mitglieder nicht unter 7, nicht über 15 betragen. §. 2. Die vorörtliche Behörde hat nach dem Auseinandergehen des Gesamtausschusses die Pflichten und Rechte des letzteren, mit Ausnahme derer zur Gesetzgebung zu übernehmen. §. 3. Sie hat alle Beschlüsse des Gesamtausschusses zur Ausführung zu bringen. §. 4. Die vom Gesamtausschuss bereits nach Ort und Zeit bestimmte nächste regelmässige Versammlung des Gesamtausschusses allen Zweigvereinen 8 Wochen vorher anzuzeigen. §. 5. Sie hat in dringenden Fällen selbstständig das Recht, auf Antrag der Majorität der Zweigvereine die Pflicht, in möglichst kurzer Zeit einen ausserordentlichen Gesamtausschuss zu berufen. §. 6. Die Gesamtm Mitglieder des Vereins zu ermitteln. §. 7. Die Geldbeiträge einzuziehen und die Vereinskasse zu verwalten. §. 8. Sie hat die provisorische Tagesordnung für den nächsten Gesamtausschuss dadurch zu beschaffen, dass sie Anträge der Zweigvereine und ihre eigenen Vorlagen planmässig ordnet. Dieselbe ist einige Zeit vor dem Zusammentreten des Gesamtausschusses den Zweigvereinen zur Kenntnissnahme und Vorbereitung der Abgeordneten mitzutheilen. §. 9. Die vorörtliche Behörde ist dem Gesamtausschuss verantwortlich. §. 10. Sie hat endlich im Allgemeinen das Wohl der deutschen Studentenschaft und Universitäten immerdar wahrzunehmen und es namentlich nach Aussen hin auf's Kräftigste zu wahren. Anhang. Weder der Gesamtausschuss, noch die vorörtliche Behörde stehen zu den Verbindungen, organisirten und unorganisirten Gesellschaften, wie zu allen Gewohnheiten und Bräuchen auf den einzelnen Universitäten in irgend einem Verhältnisse; sie haben sich beide jeder Einmischung darein zu enthalten. ad 3) *Zweigvereine der Studentenschaft.* §. 1. Jede Gesammtheit von Studirenden auf einer deutschen Universität, welche das Recht hat, mindestens einen Abgeordneten zum Gesamtausschusse zu senden, ist Zweigverein der deutschen

mehrerer Deutschen Universitäten. Wir können demnach diesen Entwurf höchstens einer künftigen organischen Gesamtvertretung der Deutschen Studentenschaft zur weiteren kritischen Durchsicht empfehlen, indem wir hoffen, es werden dann auch von dieser keine dictatorischen Decrete erlassen, sondern vielmehr Anträge an die Docenten und an die Regierungen gestellt werden.

Studentenschaft. §. 2. Jeder Zweigverein darf der vorörtlichen Behörde Anträge aller Art machen, über deren Ausführung oder Beilegung dieselbe in möglichst kurzer Zeit verfügen muss. §. 3. Er hat den Beschlüssen des Gesamtausschusses nachzukommen. §. 4. Alle Anfragen der vorörtlichen Behörde schleunig zu beantworten, alle Einsendungen an dieselbe portofrei zu machen, und die ausgeschriebenen Beiträge zu beschaffen. §. 5. Jeder Student ist gleich berechtigt zur Theilnahme an einem Zweigverein. — Nach dem Beschlusse des Gesamtausschusses von der damit beauftragten Commission entworfen. Eisenach, den 2. October 1848.

Berichtigungen.

S. 16. Z. 17 u. 18 sind die Kommata zu streichen u. Z. 24 lies müsse statt müssen. — S. 21. Z. 10 u. 11 lies beizubringen statt zu gewöhnen. — S. 31. Z. 7 lies die Schüler st. den Schülern. — S. 61. Z. 32 lies *δαρείς* st. *δαρείε*. — S. 82. Z. 2 lies die st. das, und Z. 3 das st. die. — S. 88. Z. 24 lies wie st. weil. — S. 97. Z. 5 lies staatlich st. statlich. — S. 105. Z. 24 nach dem Worte: äusseren lies Dingen.

Zur Entschuldigung dieser und einiger anderen kleinen Errata möge die Bemerkung dienen, dass der Verfasser die Revision des Druckes grössten Theils auf einer grösseren Reise besorgt hat, indem ihm die einzelnen Bogen nachgeschickt wurden.

Kaltenborn, Karl <<von>>,

Staat, Gemeinde, Kirche, Schule, insbesondere Universitäten und ihre
Reform ein Beitrag zur Unterrichtsfrage und eine Ansprache an die
deutschen Parlamente

Halle 1848

H.lit.u. 149 o

urn:nbn:de:bvb:12-bsb10447694-8